

WISSEN ZUR
GESCHICHTE



Inhaltsverzeichnis

Vorwort. Was ist ein Studienzirkel?	1
Die Anfänge	4
Die geomorphologische und siedlungsgeschichtliche	4
Entwicklung des Ostseeraums und Nordeuropas	8
Menschliche Siedlungen in der baltischen Region	8
Entwicklungen bis zum Anfang der Hanse	10
Die Hanse	12
Was war die Hanse? Ein Überblick.	12
Hintergrundinformationen	12
Die Stadt in der mittelalterlichen Gesellschaft	12
Die Entstehung und Entwicklung der Hanse.	14
Die innere Struktur der Hanse	16
Die Mitgliedsstädte	17
Die geographische Ausdehnung und der Handel der Hanse.	18
Die Wirtschaftspolitik der Hanse	18
Die Bevölkerung in den Hansestädten	20
Bedeutungsrückgang der Hanse	22
Vom Gebrauch der Hanse – die verschiedenen Rollen in der Geschichtsschreibung	23
Geschichtspolitik mit der Hanse in Deutschland	24
Die Hanse als Bedrohung: Die norwegische Sichtweise	25
Die Interpretation der Hanse in Estland	26
Das 20. Jahrhundert	29
Der zweite Weltkrieg in Skandinavien	29
Norwegen und Dänemark	31
Finnland	32
Schweden	34
Die baltischen Staaten im zweiten Weltkrieg und der Wandel in den Jahren 1989–1991	37
Die deutsche Wiedervereinigung	45
Außenpolitische Konstellationen und ihre Auswirkungen	46
Die Entwicklung in der DDR.	48
Literatur- und Quellenhinweise	52
Chronologie: 1000 Jahre im Ostseeraum.	54

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft im Einklang mit den Rahmenbedingungen des GRUNDTVIG Programms durchgeführt.
Der Inhalt dieses Projektes gibt nicht notwendigerweise die Position der Europäischen Gemeinschaft wieder noch lassen sich daraus irgendwelche Verbindlichkeiten / Verpflichtungen seitens der Europäischen Gemeinschaft ableiten.



Vorwort

WIE WIR SEHEN WERDEN, ist die Geschichte des Ostseeraums außerordentlich vielfältig und komplex. Die beiden Studienzirkel in Tallinn und Hamburg haben sich daher entschieden, diese Geschichte anhand von ausgewählten Beispielen zu erarbeiten und darzustellen. Damit wollen wir einen Fundus von zum Teil schwer zugänglichen, ungewöhnlichen Informationen bereit stellen, aus dem zukünftige TeilnehmerInnen von Studienzirkeln schöpfen können.

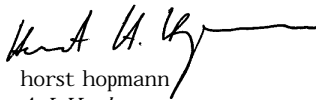
Die heutigen zehn Anrainerstaaten der Ostsee (Finnland, Russland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen) haben bereits als Nationalstaaten eine lange und komplexe Geschichte. Gleichzeitig sind alle Länder aber auch in vielerlei Hinsicht miteinander verbunden: Norwegen und Dänemark bildeten fast fünfhundert Jahre eine Union, zeitweilig mit Schweden. In Finnland sprechen viele noch schwedisch als Muttersprache, weil das Land lange zu Schweden gehörte. Ebenso waren Litauen und Polen im Mittelalter ein gemeinsamer Staat. Das Staatsgebiet von Polen war lange Zeit unter Bedrohung von Deutschland und Russland und ist erst nach Teilungen und Gebietsverschiebungen in der heutigen Form entstanden, und erst nach der Einigung 1990 hat Deutschland die Westgrenze Polens völkerrechtlich anerkannt. Zur Hanse, einem mittelalterlichen deutschen Fernkaufleutebund, zählten auch viele Städte, die nicht zu Deutschland gehörten. Politische, ökonomische und kulturelle Verbindungen aber auch Kriege haben Spuren im ganzen Ostseeraum hinterlassen.

Heute ist die Zeit der Kriege und militärischen Konflikte zwischen Nationalstaaten um Einfluss und Land im Ostseeraum glücklicherweise vorbei. Durch zwischenstaatliche Vereinbarungen und Abkommen werden die Grenzen im Ostseeraum für die Anwohnerinnen und Anwohner durchlässiger. Zugleich erhalten Grenzen jedoch auch einen neuen Aspekt der Abschottung, denn die Einreise in die EU wird im gleichen Moment erschwert, wo die Freizügigkeit zwischen den EU-Ländern steigt. Die sozialen Ungleichheiten im Ostseeraum – in den Ländern wie zwischen den Ländern – sind noch lange nicht aufgehoben.

In dem Prozess des Zusammenwachsens ist auch das Interesse an der Geschichte im Ostseeraum gestiegen. Eine Region entsteht, die sich zu Recht auch der gemeinsamen Geschichte vergewissern möchte. Durch die Suche nach verbindenden historischen Elementen in der Region steigt heute das Bewusstsein um eine Zusammengehörigkeit, wie es auch mit unserem internationalen Projekt verbunden ist.

IM VERSTÄNDNIS UNSERES STUDIENZIRKELS ist Geschichte keine einfache Abbildung einer historischen Wirklichkeit. Geschichte ist nicht allein das, was geschehen ist: Geschichte ist vor allem eine Konstruktion der der Vergangenheit aus der Gegenwart, und mit Geschichte wird Politik betrieben. Wünsche, Ängste und politische Vorstellungen werden häufig in die Vergangenheit projiziert, um eine Orientierung für die Zukunft zu erlangen und das gegenwärtige Handeln historisch zu legitimieren und aufzuladen. Geschichte steht daher immer auch im Widerstreit unterschiedlicher Positionen in der Gegenwart. Diesen Deutungen nachzuspüren – wozu natürlich auch Hintergrundwissen gehört – ist für uns der wichtigste Grund der Beschäftigung mit Geschichte.

Wir möchten uns bei allen Beteiligten sehr herzlich bedanken, die mit ihrem Engagement, ihrem Wissen und ihren Ideen zu diesem Studienbuch beigetragen haben. Für Hamburg sind das Michael Grill, Ortrun Kliche, Claudia Lenz, Jörg W. Lewin, Jens Schmidt, Rudolf Sommer, Hans Thormählen sowie Renate Arndt und Barbara Cox. Die Studienzirkelleitung hatten Barbara Schrader und Knud Andresen (beide Hamburg) sowie Ivar Rüütli in Tallinn. Projektleitung: Horst Hopmann und Sirje Kessa.


horst hopmann
AuL Hamburg


sirje kessa
AHL Viljandi

Die vier vorliegenden Studienbücher sind das Ergebnis einer Kooperation zwischen sieben Teams in sechs Ostseestaaten im Rahmen eines EU-Projektes.



TSL
HELSINKI

AHL
ESTONIA



LLES
LITHUANIA



Was ist ein Studienzirkel?

WIE LERNEN WIR? Auf welchem Weg erweitern wir unser Wissen? Traditionelles Lernen bedeutet häufig, für sich alleine zu lernen, in Kursen, die oft zu einem Abschlußtest führen. Wir neigen dazu, für die Schule und nicht für das Leben zu lernen. Das kennen wir aus unserer Schulzeit genauso wie aus unserem Studium oder aus unseren Arbeitserfahrungen. Andererseits haben Studien ergeben, dass das, was wir auf diese Art lernen und in Tests durchaus erfolgreich wiedergeben können, sehr schnell wieder vergessen wird.

Wir wissen alle, dass es verschiedene Arten des Lernens gibt, eine davon ist der Studienzirkel, eine Lernform, die insbesondere in den skandinavischen Ländern weit verbreitet ist. Charakteristisch für einen Studienzirkel ist, dass eine Gruppe von Menschen freiwillig in einem bestimmten Rahmen zusammentrifft, in dem sie entscheidet, wie und auf welche Art sie gemeinschaftlich Wissen erwerben möchte. Die TeilnehmerInnen planen ihr Lernen, sammeln Informationen, formulieren Fragen, diskutieren, analysieren und evaluieren auf Grundlage ihrer Zielvorstellungen und ihrer eigenen Interessen. Menschen, die sich ihrer eigenen, individuellen Lernziele bewußt sind, können oft andere Lernmöglichkeiten finden.

NEHMEN WIR AN, dass wir eine Gruppe von Erwachsenen haben, die auf einem bestimmten Gebiet ihr Wissen vertiefen will und dieses gemeinsam tun möchte. Es ist nicht notwendig, dass ein Lehrer den Studienzirkel unterrichtet. Im Mittelpunkt steht, dass die TeilnehmerInnen sich selbständig ihr Wissen erarbeiten, obwohl es durchaus sein kann, dass ein Lehrer die Verantwortung für den Studienzirkel trägt. Dieses ist aber eher für Studienfächer wie Fremdsprachen oder Mathematik der Fall. Es ist wesentlich, dass die LehrerInnen verstehen, dass ihre Rolle in solch einer Erwachsenengruppe eine andere ist, als die gewohnte. In einem Studienzirkel muß das Hauptaugenmerk auf die Zusammenarbeit gelegt werden, um Antworten auf die Fragen zu finden, die den TeilnehmerInnen wichtig sind. Es ist nicht das Ziel, Antworten zu finden auf Fragen, deren Antworten der Lehrer bereits kennt. Die Fragen der TeilnehmerInnen in den Mittelpunkt zu stellen, führt nicht nur zu einer Erweiterung des Wissens, sondern es fördert auch das Selbstvertrauen und die Unabhängigkeit der Mitglieder des Studienzirkels.

In den Ländern, in denen dieses EU-Projekt realisiert wurde, gibt es unterschiedliche Erfahrungen mit den Studienzirkeln, wie sie hier beschrieben wurden. Der Studienzirkel als eine Form des Lernens wird als Ergänzung zu anderen Formen betrachtet. Für die EU-Gemeinschaft ist es wichtig, das Wissen über Studienzirkel in der EU unter Erwachsenen so weit wie möglich zu verbreiten. Schon heute wird dieser nicht-autoritären Art des Lernens in Schweden eine große Bedeutung bei der Entwicklung der demokratischen Gesellschaft zugesprochen.

Olof Palme, Schwedens ehemaliger Ministerpräsident, pflegte manchmal Schweden als eine "Demokratie der Studienzirkel" zu beschreiben. Er meinte, dass die TeilnehmerInnen dort lernen, einander zuzuhören, ihre eigene Meinung zu sagen und der Meinung anderer Aufmerksamkeit und Respekt zu zollen. Auf diese Weise habe die große Anzahl von nicht-autoritären Studienzirkeln dazu beigetragen, die Demokratie Schwedens zu formen.

ES GIBT KEIN BESONDERES TEXTBUCH neben diesem Arbeitsbuch. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Material in einem Studienzirkel benutzt wird. In diesem Führer sind eine Menge Fragen mit einer großen Anzahl von Fakten vermischt. Das Ziel dieser

Fragen ist, eine Diskussion anzuregen oder die Fakten anzunehmen, entweder aus diesem Buch oder so, wie die Mitglieder sie vorgetragen haben.

Die Anzahl von Fragen macht es notwendig, vorher zu entscheiden, auf welche das Hauptaugenmerk der Gruppe gerichtet werden soll. Man kann selbst wählen, was wichtig genug ist, um darüber zu diskutieren. Es ist möglich, einige Fragen wegzulassen, oder neue, die einem wichtig erscheinen, hinzuzufügen.

Das Arbeitsbuch ist so aufgebaut, dass man auswählen kann, was man in diesem Leitfaden lesen möchte und welche Informationen man allein oder in Untergruppen zwischen den Treffen des Studienzirkels sammeln möchte. Erfahrungen haben uns gelehrt, dass es wertvoll sein kann, Leute außerhalb des Studienzirkels zu interviewen. Manchmal ist es der einzige Weg, die Informationen zu bekommen, die der Studienzirkels benötigt.

Am wichtigsten sind natürlich die TeilnehmerInnen selbst. Ihre Erfahrungen, Einsichten, Neugier und Entdeckungslust bilden die Grundlage eines erfolgreichen Studienzirkels.

DER STUDIENZIRKEL BRAUCHT eine Person, die koordiniert und leitet. Sie ist den anderen TeilnehmerInnen gleichgestellt. Ihre Aufgabe ist es, den Kreis zusammen zu halten und eine Gruppe zu formen. Sie sollte jedem Mitglied Aufmerksamkeit schenken, die Schüchternen dazu ermuntern, an Diskussionen teilzunehmen und die Dominanten dazu bewegen, sich zurückzuhalten. LeiterInnen von Studienzirkeln sollte Kenntnisse über die ideologischen und praktischen Merkmale eines Studienzirkels haben, sie sollte wissen, wie Erwachsene im Gegensatz zu Kindern lernen und wie sich gruppendynamische Prozesse und gemeinschaftliches Arbeiten auf den Einzelnen auswirken.

ERFAHRUNGSGEMÄß SOLLTEN idealerweise sieben bis zehn Personen an einem Studienzirkel teilnehmen. Bei weniger Mitgliedern ist die Anzahl der Meinungen und Haltungen sehr begrenzt. Eine große Anzahl TeilnehmerInnen macht es dagegen schwieriger, für jeden Einzelnen aktiv an dem Studienzirkel teilzunehmen und den Entwicklungsprozess der Arbeit dieses Zirkels vollständig mit zu tragen. Der Dialog innerhalb der Gruppe ist das Wesentliche.

Ein üblicher Studienzirkel trifft sich während der Freizeit der TeilnehmerInnen normalerweise einmal pro Woche für zwei bis drei Stunden. Die Zwischenseite dient der Verarbeitung und individuellen Reflexion.

Gelegentlich werden diese Studienzirkel auf ein oder mehrere Tage ausgedehnt – oft über das Wochenende oder im Rahmen der Bildungsfreistellung über 5 Tage. Das gibt die Möglichkeit für eine intensivere Arbeit an aktuellen Themen.

Wie lange dauert so ein Studienzirkel? Darauf gibt es keine eindeutige Antwort. Einige Gruppe können nicht mehr als drei Treffen absolvieren. Die meisten dauern mehrere Monate lang. Aber es gibt auch Beispiele für Studienzirkel, die das Feld ihres Lernens so ausgedehnt haben, dass sie über Jahre zusammen arbeiteten.

DA STUDIENZIRKEL für die meisten Menschen eine relativ neue Idee sind, ist es wichtig, dass die TeilnehmerInnen an einer Einführungsveranstaltung über Studienzirkel teilnehmen. Sie sollte grundlegende Merkmale der gemeinschaftlichen Arbeit in Form eines Studienzirkels beinhalten. Nachdem die Gruppe die Möglichkeit bekommen hat, das Material zu sichten, kann sie entscheiden, auf welche Aspekte ihr Hauptaugenmerk gerichtet werden soll und einen groben Plan für das weitere Vorgehen machen.

ZU GUTER LETZT hat es sich für die TeilnehmerInnen – und auch für den Studienzirkel – als wertvoll erwiesen, dass gelegentlich eine Unterbrechung der Arbeit erfolgt und die Mitglieder über die Art ihrer Zusammenarbeit reflektieren

Die Anfänge

Die geomorphologische und siedlungshistorische Entwicklung des Ostseeraums und Nordeuropas

DIE HEUTE BEKANNTE Landschaft Nordeuropas mit den großen Regionalmeeren Nordsee und Ostsee wurde im wesentlichen von den beiden letzten großen Eiszeiten geprägt: die vor ca. 100.000 Jahren endende Saale-Eiszeit und die vor ca. 12.000 Jahren endende Weichsel-Eiszeit. In der Saale-Eiszeit waren ganz Skandinavien, die britischen Inseln bis auf einen kleinen Bereich von Südwestengland, das heutige Norddeutschland, Polen, das Baltikum und teile der Ukraine durch riesige Gletschermassen bedeckt. Diese Gletscher „rasierten“ (schärften) die alten Gebirge in Skandinavien ab und trugen Sand, große und kleine Steine (Findlinge) aus dem gesamten europäischen Norden bis in den nord-mitteleuropäischen Raum und lagerten diese Sand- und Geröllmassen als Grund- und Endmoränen dort ab. Durch die im Eis gebundenen Wassermassen war der Weltmeeresspiegel ca. 60 m niedriger als heute, so dass die damalige Atlantikküste des heutigen Frankreichs ca. 100 km vor der heutigen Küstenlinie lag und zwischen Südengland und der französischen Normandie eine Landverbindung bestand.





karte 1, Vereisung Nordeuropas

VOR CA. 120.000 JAHREN wurde die Eiszeit durch eine wärmere Periode abgelöst und das Eis schmolz vollständig ab, bis vor ca. 25.000 Jahren eine neue Eiszeit begann, die sogenannte „Weichsel-Eiszeit“ (wegen des Vordringen des Eises bis an die Weichsel). Diese um ca. 12.000 v. Chr. endende Eiszeit hatte in Nordeuropa zwei getrennte Gletschergebiete: ein kleineres Eisgebiet mit Schottland, Wales, Nordengland und fast der gesamten irischen Insel und ein größeres Eisfeld um die heutige Ostsee. Bedeckt war die gesamte Fläche der heutigen Länder Norwegen (dort waren die Täler und Fjorde und Gebirgslagen vereist, die höchsten Bergspitzen lagen über dem Eis), Schweden, Finnland, Estland, Lettland und Litauen, in Dänemark die östliche Hälfte der Halbinsel Jütland einschließlich der östlichen Hälfte des deutschen Bundeslandes Schleswig-Holstein, Nordostdeutschland, Nordpolen und Ostpreußen. Die erneut in Skandinavien abgescherten Fels-, Stein- und Sandmassen wurden z.T. vor den Gletschermassen hergeschoben und blieben vor den Gletschern als sandige und hügelige Endmoränen liegen. Durch ein viele Jahrhunderte dauerndes Hin- und Herbewegen der Gletscher in der beginnenden Abtauperiode formte sich das Landschaftsbild mit Endmoränen und Grundmoränen zu der heute bekannten Hügellandschaft. Das ablaufende Schmelzwasser grub die Rinnen für Flüsse und Bäche. Während der Abtauzeit verblieben z.T. große Gletscherreste, die Mulden ausbildeten, die sich mit Schmelzwasser füllten und sich später zu Seen entwickelten.

DIES IST DIE ENTSTEHUNGSURSACHE für die bis zu ca. 180 m hohen Hügellandschaften im östlichen Jütland, auf den dänischen Ostseeinseln, im Osten Schleswig-Holsteins, über Mecklenburg, Pommern bis in das Baltikum. Aus den Mulden mit den dort teilweise viele Jahrhunderte überdauernden Gletscherresten entstanden z.T. tiefe Klarwasserseen, wie z.B. der 70 m tiefe Schaalsee zwischen Hamburg und Schwerin. Aber auch das Becken der heutigen Ostsee wurde durch die zwei Eiszeiten und ihre riesigen Gletschermassen ausgehöhlt. Mit dem Rückgang des Eises floß das Schmelzwasser in Richtung Süden und Westen ab und bildete ein riesiges Urstromtal von der Weichsel



Karte 1:
Vereisung in Nordeuropa

- 
 grösste Ausdehnung des Inlandseises
 vor ca. 120.000 Jahren (Saaleeiszeit)
- 
 vermuteter Küstenverlauf
 vor ca. 120.000 Jahren
- 
 grösste Ausdehnung der letzten
 Inlandsvereisung Vor ca. 12.000–15.000 Jahren
 Weichseleiszeit
- 
 vermuteter Küstenverlauf
 vor 12.000 Jahren

über die mittlere Oder, den Spree-Havelbereich im heutigen Berlin bis zur Elbe und weiter in Richtung zur heutigen Nordsee. Auch in der Zeit um 10.000 v. Chr. war noch so viel Wasser im Eis gebunden, dass der Weltmeeresspiegel ca. 60 m niedriger lag als heute und die damalige Nordseeküstenlinie etwa von Nordengland bis nach Nordjütland verlief. Die gesamte südliche und mittlere Nordsee und der Ärmelkanal waren Land und die britischen Inseln waren Teil des europäischen Festlandes, die Ur-Themse war ein Nebenfluß des Ur-Rheins, der östlich von Nordengland in das Meer mündete. Pflanzen, Tiere und Menschen benutzten bei dem Rückgang des Eises diese Landverbindung bei der Wiederbesiedlung der damaligen Tundralandschaft von Süd- und Mittelengland nach dem Rückzug des Eises. Erst um ca. 5000 v. Chr. wurde die Landverbindung zwischen dem europäischen Festland und der englischen Insel durch Überflutung unterbrochen.

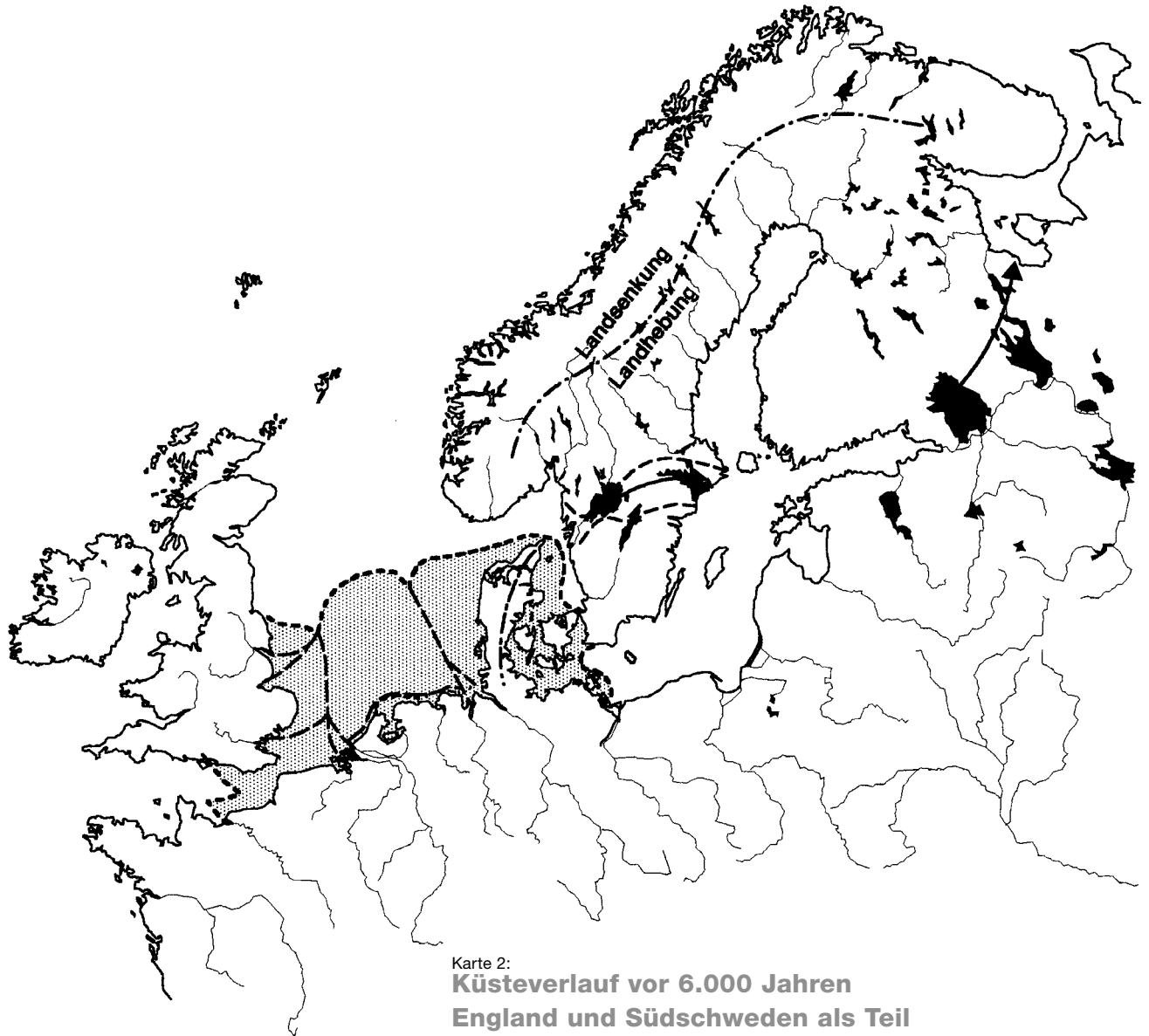
DURCH DIE TEILWEISE bis zu 1000 m mächtigen Eisschilde wurden die Landmassen im Ostseebereich, vor allem im heutigen Schweden und Finnland, über viele Jahrtausende niedergedrückt. Auch nach dem Rückzug des Eises waren die dortigen Landmassen noch so viel niedriger als heute, dass die damalige Ostsee im Westen eine durchgehende Wasserverbindung über Mittelschweden zum heutigen Skagerak hatte und im Nordosten über den Bereich Ladogasee, Onegasee zum Weißen Meer und zur Barentsee. Im Bereich der heutigen dänischen Inseln Fünen und Seeland war dagegen das Land noch höher. Gleichzeitig lag vor ca. 8000 Jahren die Uferlinie etwa bei der heutigen 20 m Tiefenlinie, so dass dort eine feste Landverbindung zwischen Norddeutschland und Südschweden bestand. So waren die heutigen südschwedischen Provinzen Skåne, Halland, Blekinge und Småland Teil der mitteleuropäischen Landmasse und durch einen großen Wasserarm vom heutigen Mittelschweden getrennt. Durch den direkten Wasserzugang der alten Ostsee zu den Weltmeeren war die damalige Ostsee ein sehr viel salzhaltigeres Meer als heute.

Karte 2

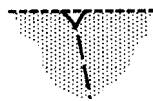
AUFGRUND DER URSPRÜNGLICH vorhandenen Landbrücke nach Südschweden rückten auch über diese Landbrücke Pflanzen, Tiere und erste Menschen als Jäger dem zurückweichenden Eis hinterher. Aus der Zeit von vor ca. 5000 v. Chr. lassen sich in Südschweden erste solche menschliche Spuren nachweisen, älteste Funde in Schleswig-Holstein sind ca. 7.500 Jahre alt.

Nach dem Abtauen der schweren Eislast begann sich das Land um die Ostsee herum langsam wieder zu heben. Dieser Vorgang hält insbesondere im Bereich des nördlichen Finnischen Meerbusens noch bis heute an. So hat sich dort innerhalb der letzten 100 Jahre das Land immer noch um über 1 m gehoben. Aufgrund dieser Landanhebung wurde die Wasserverbindung zwischen dem heutigen Stockholm und dem Gebiet nördlich Göteborgs unterbrochen, und als Überreste dieser Meeresverbindung blieben die großen Seen vom Vänern über den Vättern bis zu dem Mälaren. Südlich des Vänerns sind noch heute die alten Küstenlinien zu erkennen und man findet dort noch typische Salzwassermuscheln. Diese fortgesetzte Landhebung führte auch dazu, dass frühere Wikingerstädte mit freiem Meereszugang, wie das schwedische Birka westlich des heutigen Stockholms, versandeten und den Meeresbezug verloren und damit auch ihre Bedeutung als Handelsstädte einbüßten.

WENN SICH DIE ERDKRUSTE geomorphologisch in einem bestimmten Bereich hebt, senkt sich zum Ausgleich häufig das Land in der Nachbarschaft der Hebung. Dieser Vorgang hat auch in Nordeuropa stattgefunden. So gibt es eine durch Norwegen und mittig



Karte 2:
Küsteverlauf vor 6.000 Jahren
England und Südschweden als Teil
des europäischen Festlandes



Küsteverlauf vor ca. 6000–7000 Jahren mit Flussverlauf und damaliges Festland. Landverbindung nach England und Südschweden erst vor ca. 5000 Jahren Unterbrochen



Nach Rückzug des Inlandeises und der Verfüllung des Ostseebeckens mit Schmelzwasser entstanden Verbindung zur Nordsee und zum Weisses Meer. Es entstand das salzige Yoldiameer.

Nach Hebung des Landes Abtrennung Der Ostsee vom Weissmeer und „Aussüssung“ der Ostsee. Reste der ehemaligen Wasserverbindung in Schweden: Die grossen Seen: Vänern, Vättern, Mälaren

Später Landenkung im dänischen Bereich und Hebung der Weltmeere: Überflutung der Landbereiche in der Heutigen südlichen Nordsee und Flutung des Kattegatt und Eindringen des Nordseewassers in die Ostsee: Beltbildung und Flutung der Förden und Fjorde (7000–2000 v. Chr.)

durch Jütland verlaufende „Kippachse“. Westlich dieser Kippachse sank das Land. Dadurch wurden die norwegischen Fjorde geflutet und auch die Landmassen im Bereich der heutigen Nordsee sanken ab. So konnten sich schließlich durch dauerhafte Landabsenkungen im Bereich der heutigen Nordsee und gleichzeitigem Anstieg des Weltmeerniveaus im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit schwere Sturmfluten mit solchen Überflutungen ereignen, dass riesige Kulturlandschaften an der nordfriesischen Küste untergingen: 1362 und nochmals 1634, als das reiche und sagenumwogene Rungholt auf der Insel Strand (die heutige Insel Nordstrand ist der nördliche kleine Rest dieser Insel) überspült und zerstört wurde.

Menschliche Besiedlung des Ostseeraumes, Entwicklung bis zum Beginn der Hanse

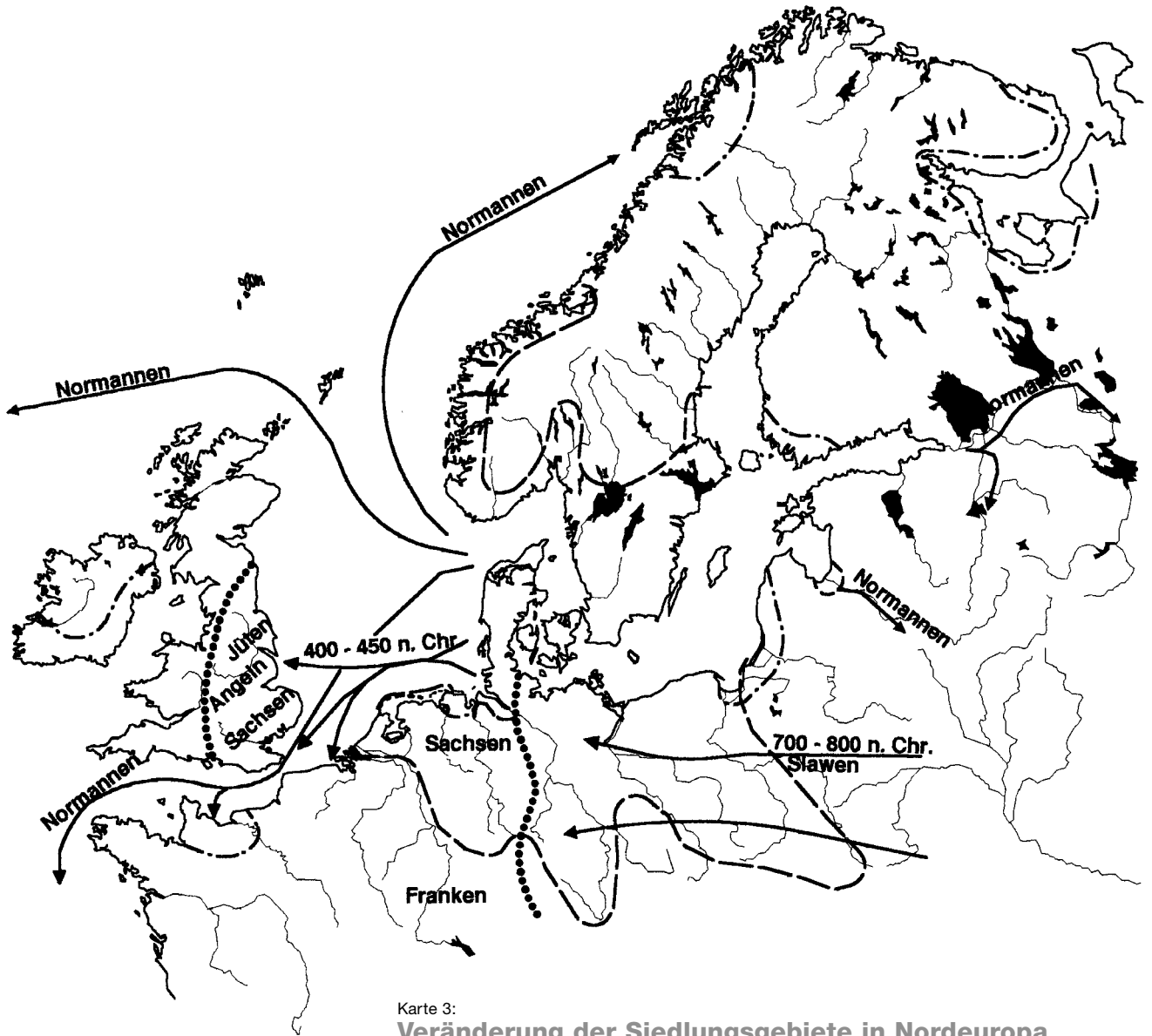
MIT DEM RÜCKGANG DER GLETSCHER der Weichsel-Eiszeit und der Erwärmung des Landes folgte mit der tundraartigen Flora und dem Eindringen der Fauna später auch die Wiederbesiedlung durch den Menschen. Indogermanische Völker besiedelten ab ca. 6000 v. Chr. den Siedlungsraum zwischen dem heutigen Holland und Polen und folgten dann als Jäger und Sammler den Tieren über die damals noch vorhandenen Landbrücken nach England und Südsandinavien. Noch heute zeugen hin und wieder Funde von frühgeschichtlichen Geräten auf dem Meeresboden der südlichen Nordsee von der Zeit der dort umherschweifenden Jäger und Sammler. Um ca. 5000 v. Chr. wurde der Zwischenraum zwischen England und dem Kontinent geflutet.

VOR CA. 2000 JAHREN umfasste das germanische Siedlungsgebiet noch weite Teile Osteuropas, die Germanen siedelten bis in Bereiche der heutigen Ukraine. Aufgrund von Klimaverschlechterungen begannen etwa in der Zeit von 200 bis 500 n. Chr. indogermanische Volksstämme aus dem Gebiet des heutigen Jütland, Schleswig-Holstein und dem Gebiet östlich der Elbe und dem heutigen Polen in Richtung Westen zu wandern und mit Booten über die Nordsee überzusetzen in das Gebiet des heutigen östlichen Englands und südöstlichen Schottlands. Die Sachsen aus dem damaligen sächsischen Kernland, dem heutigen Niedersachsen, die Jüten und Angeln (nordöstliches Schleswig-Holstein) drängten die in England siedelnden Kelten zurück. Die eindringenden Völker brachten ihre damalige nordgermanische Sprache mit auf die britischen Inseln. Die nach Westen abgezogenen germanischen Volksstämme hinterließen bis auf wenige Siedlungsreste in Nordostmitteleuropa einen fast siedlungsleeren Raum und ehemals bereits gerodete Landstriche begannen wieder vollständig zuzuwachsen.

Karte 3

IN DIESEN SIEDLUNGSLEEREN RAUM drangen um 700–800 n. Chr. slawische Volksstämme ein, die bis hinter die Elbe und bis zum heutigen Kiel vorrückten. Ostholstein und Nordostniedersachsen wurden slawisches (wendisches) Siedlungsgebiet. Die dort neu entstehenden Siedlungen erhielten slawische Namen und Reste der slawischen Neubesiedlung hielten sich mit ihrer slawischen (wendischen) Sprache in Nordostniedersachsen im „Wendland“ an der Mittel- bis Elbe bis Anfang des 19. Jahrhunderts und im südbrandenburgisch/südsächsischen Raum mit den Sorben bis in die heutige Zeit.

Am Ostende der Ostsee siedelten sich im Laufe dieser sogenannten Völkerwanderung finnisch-urgische Volksgruppen an, die sich von Volksstämmen getrennt hatten, die im heutigen Ungarn siedeln. Ihr Siedlungsbereich erstreckte sich



Karte 3:

Veränderung der Siedlungsgebiete in Nordeuropa während und nach der Völkerwanderungszeit

— Grenzen des germanischen Siedlungsbereichs vor der Völkerwanderung (ca. 300 v. Chr.)

450–500 n. Chr. verlassen die germanischen Völker die östlichen Siedlungsgebiete

700–800 n. Chr. Ca. 200 bis 300 Jahre später rücken slawische Völker in der leeren Raum ein

..... Grenze des slawischen Siedlungsraumes gegenüber den Gebieten der Sachsen und Franken 700– ca.1100

- - - - Siedlungs- und Eroberungsgebiete der Normannen im 9. und 10. Jahrhundert



Eine Internetseite des
Haithabu-Museums:
[www.schloss.gottorf.de/
haithabu/frameset.htm](http://www.schloss.gottorf.de/haithabu/frameset.htm)

auf das Gebiet der heutigen Länder Finnland und Estland. Noch bis heute sind die Sprachen Finnisch und Estnisch so nahe verwandt geblieben, dass man sich in Grundzügen gegenseitig verstehen kann. Südlich davon siedelten baltische Volksstämme.

GLEICHZEITIG WAR DER BEREICH nördlich der Elbe normannischer Siedlungsbereich, und die Elbe markierte die südliche Grenze des nordischen Kulturraumes mit der damals noch gemeinsamen nordischen Sprache. In dieser Zeit der Flächenneubesiedlung durch die Slawen auf der Südseite der Ostsee etablierte sich im nördlichen und nordwestlichen Ostseeraum das normannische Siedlungsgebiet mit dem Schwerpunkt seiner Siedlungen und Standorte für Fürsten- und Heeresführer im heutigen Dänemark, zu dem auch das heutige deutsche Schleswig-Holstein nördlich der Elbe gehörte. Eine damalige wichtige normannisch / dänische Handelsstadt war Haithabu („Siedlung an der Heide“) am Ende der schmalen Förde der Schlei in der Nachbarschaft der heutigen Stadt Schleswig. Südlich der Elbe im Siedlungsgebiet der Sachsen etablierte sich zur selben Zeit das fränkische Reich unter Karl dem Großen.

ZUR ZEIT KARL DES GROßEN begannen die Karolinger ihr Herrschaftsgebiet bis nördlich der Elbe auszudehnen. Dieses war oft verbunden mit der christlicher Missionierung. So entstand um 808 n. Chr. auf der Nordseite der Elbe, an der Alster gelegen, die kleine Missionsdomkirche von Bischof Ansgar in der damaligen Hammaburg, dem heutigen Hamburg. Dieses Gebiet nördlich der Elbe war dann lange Zeit ein umkämpftes Gebiet zwischen den Normannen (Dänen), den von Osten heranrückenden Slawen und den von Süden gemeinsam mit der christlichen Kirche vorstoßenden Franken. Zum Schutz gegen die nach Norden vorrückenden Truppen Karls des Großen ließ der dänische König Godfred Anfang des 9. Jahrhunderts zwischen Haithabu und der Eidermündung an der Nordsee einen Grenzwall, das Danewerk, errichten. Wenig später wurde von den Sachsen eine Grenzlinie etwa vom heutigen Kiel bis in das Gebiet östlich Hamburgs gezogen als Linie zahlreicher kleiner Burgwälle zwischen den Sachsen im Westen und den Slawen im Osten (Limes saxionis). Bis in das 11. Jahrhundert war Haithabu der wichtigste Handelsplatz in Nordeuropa. Friesische Kaufleute kamen per Schiff von der Nordsee über die Eider und Treene von Westen her nach Haithabu und nutzten dieses als Handelsumschlagplatz für die Waren aus dem Ostseeraum.

IN DER ZEIT DES 9. UND 10. JAHRHUNDERTS entwickelte sich im Ostseeraum aus vielen kleinen Fürstentümern das Königreich Dänemark. Es wurde nach der Eroberung Norwegens und großer Teile Englands zur bestimmenden normannischen Macht in Nordeuropa. Die Normannen beherrschten die Ost- und Nordsee, sie befuhrten die großen russischen Flüsse bis zum Schwarzen Meer, gründeten im Norden Rußlands Siedlungen, besiedelten die französische Nordküste (Normandie), fuhren bis ins Mittelmeer, wo sie später auf Sizilien und in Süditalien einen normannischen Staat gründeten, und im Norden segelten Erik der Rote und Leif Erikson (um 980–1000) von Island nach Grönland und Nordamerika, das sie Vinland, (Land der Wiesen) nannten.

UM 960 LIEß SICH DER NORMANNISCH-DÄNISCHE KÖNIG Harald Blauzahn taufen und so konnte – ausgehend von dem Erzbisum Hamburg-Bremen – die Christianisierung des Nordens beginnen. Neue Domkirchen in Ribe (Jütland) und Lund (Skåne) konnten gebaut werden und der christliche Glauben breitete sich weiter in Richtung Norden und Osten aus. Während die politische Hauptmacht auch im 11. und 12. Jahrhundert

im Ostseeraum das dänische Königreich war, das aufgrund der Personalunion mit den Herzögen von Schleswig und Holstein seinen Einflußbereich bis an die Elbe ausübte, waren es die Kirchen und zunehmend auch die Kaufleute, die parallele Machtstrukturen aufbauten.

Die Hanse

Was war die Hanse? Ein Überblick

DER STÄDTE- UND KAUFLEUTEBUND der Hanse bestand vom 12. bis zum 17. Jahrhundert, ihm gehörten bis zu 200 überwiegend deutsche Städte an. Das lange Bestehen und auch die breite geographische Streuung der Städte bedeuten eine Vielzahl von lokal- und sozialgeschichtlichen Aspekten, die hier in Grundzügen skizziert werden. Der Überblick soll aber vor allem Anregungen und Hilfe geben, um die lokale Geschichte in die hansische Geschichte einordnen zu können.

Die Stadt in der mittelalterlichen Gesellschaft

DIE ENTSTEHUNG DER HANSE hängt vor allem mit der spezifischen Stellung der Städte im Mittelalters zusammen. Die mittelalterliche Feudal-Gesellschaft ist in soziale Gruppen mit unterschiedlichem Rechtsstatus eingeteilt. Machttechnischer Kern der mittelalterlichen Gesellschaft ist der „Personenverbandsstaat“, die Herrschaft ist an einzelne Adelige bzw. deren Familien gebunden. Durch das Lehnssystem waren Adelige einander verpflichtet. Das heißt Loyalitäten und Abhängigkeiten bestanden zwischen Personen, nicht zwischen Staaten im heutigen Sinne. Das Nationale war keine Vergesellschaftungsform im Mittelalter, sondern wurde erst im 19. Jahrhundert zur bestimmenden politischen Erscheinung. Aus der mittelalterlichen Konstruktion des Personenverbandsstaates konnten Städte bis zu einem gewissen Grad herausfallen, sie bildeten sogenannte „Schwurgemeinschaften“, aus denen sich die Bürgergemeinde entwickelte. Seit dem 11. Jahrhundert hatten sich Städte in Europa von der adeligen Stadtherrschaft emanzipiert und regierten sich mittels einer Ratsversammlung selbst. Immer wieder kam es zu Konflikten zwischen den lokalen adeligen Herrschern und den Städten, die nach einer gewissen Unabhängigkeit strebten.

Diskussion



Die Stadt ist eine mittelalterliche „Erfindung“, es wurden im 12. und 13. Jahrhundert ca. 4000 Städte in Europa neu gegründet. Gibt es noch andere mittelalterliche Neuerungen, die bis in die heutige Zeit nachwirken?

AM BEISPIEL DER STADT LÜBECK, die 1143 von dem Holsteiner Landesherrn neben der alten slawischen Siedlung Liubice (d.h. „die Schöne“) neu gegründet worden war, soll die Emanzipation aufgezeigt werden. Lübeck, das bald nach seiner Gründung zum wichtigen Umschlagplatz für den Ostseehandel aufstieg, nutzte die Kämpfe zwischen Feudalherren, um für sich Unabhängigkeit zu gewinnen: 1180 wurde es dem Kaiser Friedrich Barbarossa persönlich unterstellt, nachdem Heinrich der Löwe, vorher Landesherr von Lübeck, besiegt worden war. Bald darauf übernahm der dänische König die Herrschaft über die Stadt, wurde aber 1226 vertrieben. Daraufhin wandte sich der Rat an den Stauferkaiser Friedrich II mit der Bitte, „reichsunmittelbare“ Stadt zu werden, also direkt dem Kaiser zu unterstehen. Lübeck unterstand nun formal direkt dem Kaiser, dem sie Steuern zu zahlen hatte. Der kaiserliche Einfluss war jedoch erheblich geringer als der von lokalen Herrschern, so dass Lübeck – wie eine Reihe von



In der Literatur wird die Hanse-Geschichte üblicherweise in drei Phasen unterteilt: Die Kaufmannshanse bis ungefähr 1350, die Blütezeit der Städtehanse mit einer Bedeutung als nordeuropäischer Großmacht im 14. und 15. Jahrhundert sowie die Niedergangphase vom späten 15. bis zum 17. Jahrhundert.

weiteren Städten – seine Politik weitgehend selbständig gestalten konnte. Reichsfreie Städte waren in der Hanse jedoch nur Lübeck, Dortmund, Goslar, Nordhausen und Mühlhausen in Thüringen, später noch Köln, Hamburg und Bremen. Alle anderen Hansestädte, die wie Braunschweig, Riga oder Danzig eine zentrale Rolle spielten, unterstanden formal adeligen Stadtherren, hatten oft aber einen großen politischen Spielraum oder wie Hamburg die adelige Herrschaft faktisch aus der Stadt gedrängt.

DIE BÜRGER UNTERSTANDEN dem in ihrer Stadt geltendem Recht. Die Ratsversammlung in den Städten war jedoch kein demokratisches Organ, sondern bestand in der Regel aus der jeweiligen herrschenden Oligarchie, zumeist der Kaufleute, dem „Patriziat“. Die Mitglieder wurden kooptiert und übten ihr Amt häufig ein Leben lang aus. Mit anderen Gruppen – vor allem den Handwerkern, die in Zünften (bzw. Ämtern, wie es in Norddeutschland hieß) organisiert waren – kam es immer wieder zu Konflikten um die Macht innerhalb einer Stadt. Die unteren sozialen Schichten waren von der Machtausübung weitgehend ausgeschlossen, da sie häufig nicht das Bürgerrecht besaßen – so Tagelöhner, Zugereiste und Angehörige ehrloser Berufe wie Henker. Dennoch kann von frühbürgerlichen Strukturen gesprochen werden, da in den Städten nicht die Geburt, sondern der ökonomische Erfolg über die soziale Stellung mitentschied. Allerdings war der Zugang zu den führenden Schichten erschwert und innerhalb der Hansestädte herrschte eine patrizische Oligarchie mit ähnlichen Einschluss- und Ausschlussmechanismen wie die Adelherrschaft, die sich über Geburtsrechte definierte. Die Stadt bot aber gegenüber dem Landleben eine größere Durchlässigkeit, auf die der Spruch „Stadtluft macht frei“ zurückgeht: Wer ein Jahr und einen Tag in der Stadt lebte, ohne dass sein adeliger Herr ihn zurückforderte, konnte in der Stadt bleiben und das Bürgerrecht erwerben, welches aber an Geldzahlungen gebunden war.

Diskussion



Es wird auch heute noch manchmal von Unterschieden zwischen Stadt und Land gesprochen. Hat der Spruch „Stadtluft macht frei“ heute noch eine Bedeutung?



Städtegründungen werden heute oft gefeiert. Wann sind die Städte in Eurer Nähe gegründet worden? Wer war daran beteiligt?

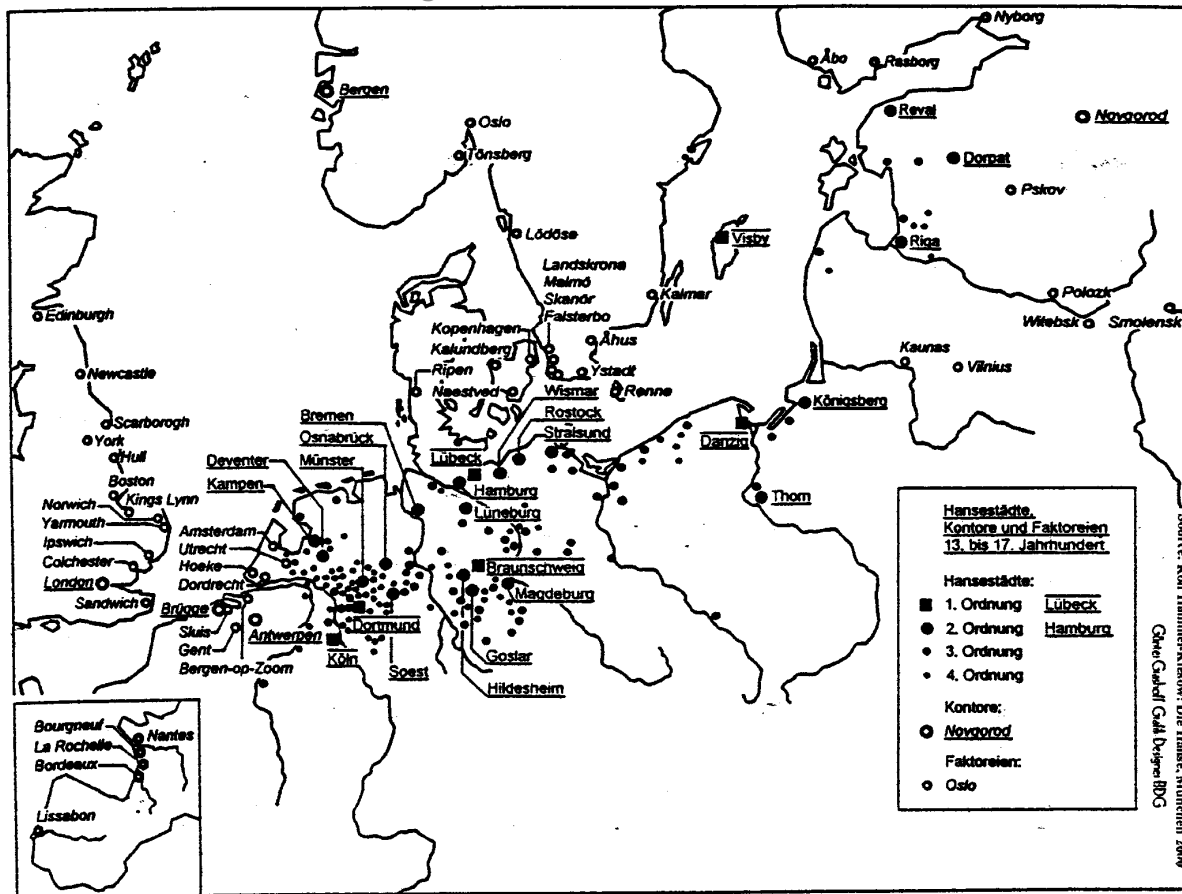


Besonders gut geeignet für einen Besuch ist Lübeck, dessen mittelalterlicher Stadtkern sich gut erhalten hat. Im Folgenden einige Sehenswürdigkeiten:

- Holstentor – oder die Verteidigungsanlage einer Hansestadt im Mittelalter (mit Stadtmuseum)
- Marienkirche und Rathaus – oder die kulturelle Identität und die Verwaltung einer Hansestadt
- Hansisches Kaufmannshaus – oder Alltag, Wohnen und Arbeiten der Oberschicht im Mittelalter
- Handwerkhäuser und Armenquartiere – oder Alltag, Wohnen und Arbeiten der Mittel- und Unterschicht
- Heilig-Geist-Hospital – oder Sozialwesen, Armenfürsorge und Krankenpflege in einer Hansestadt
- St. Annen-Museum – oder Zunftwesen, Stiftungen und Religiosität im Mittelalter
- St. Katharinen-Kirche – oder die Rolle der Bettelorden in mittelalterlichen Hansestädten

Das Touristbüro „Lübeck- Informations-Zentrum“, Breite Str.62, 23552 Lübeck, Tel. 01805/882233. Hier sind auch alle sonstigen Informationen (Zimmervermittlung, Stadtführungen ect.) erhältlich.

Die Ausbreitung der Hanse im 13. bis 17. Jahrhundert



Karte 4: Ausbreitung der Hanse

Die Entstehung und Entwicklung der Hanse

DER BEGINN DER HANSE lässt sich nicht auf ein Datum fixieren, sie entstand prozessual im 12. Jahrhundert. Fernhandelskaufleute aus norddeutschen Städten fuhren im Hochmittelalter, oft zu Fahrtgemeinschaften zusammengeschlossen (Hanse = niederdeutsch für „Schar“), als „Wanderkaufleute“ selbst mit Schiffen zu den Handelsplätzen, wo sie sich zur Sicherung ihrer Handelsrechte organisierten. Erstmals erwähnt wird eine solche Gemeinschaft des „gemeenen Koopmans“ 1161 auf Gotland, damals der wichtigste Handelsort im Ostseeraum. Die niederdeutschen Kaufleute erhielten bestimmte Rechte, die im Gegenzug auch den gutnischen Kaufleuten für den norddeutschen Raum gewährt wurden. Dazu gehörte vor allem das Recht Waren einzukaufen und anzubieten; dies war Kaufleuten aus anderen Gegenden verboten oder erschwert. Solche Zusammenschlüsse wurden nicht allein von niederdeutschen Kaufleuten begründet, sondern alle Fernkaufleute im Mittelalter versuchten, sich Vorrechte (zum Beispiel Befreiung von Zöllen) durch solche Abkommen zu sichern.



Einer der Gründe für den Aufstieg der Hanse war die Einführung eines neuen Schiffstypus, der Kogge, in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Dieses Schiff war den normannischen Ruderbooten überlegen. Die Kogge ist ein Segelschiff mit einem Mast und sehr hohen Bordwänden, welches eine große Menge an Ladung aufnehmen kann. So war ein größerer und schnellerer Warenumschlag möglich. Allerdings nutzen auch die Konkurrenten die Kogge und den nachfolgenden Schiffstyp „Holk“. Informationen zu alten Schiffstypen finden Ihr unter <http://index.waterland.net/navis/home/noframes.htm>

EIN WESENTLICHER ASPEKT des Aufstieges der Hanse war die deutsche Ostausbreitung. Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts wurden an der südlichen Ostseeküste die slawischen Völker von Deutschen verdrängt bzw. assimiliert, Städte gegründet und Siedler (vor allem aus Westfalen, Sachsen und Friesland) ins Land geholt. Lübeck war 1143 der erste deutsche Ostseehafen. Die meisten neugegründete deutschen Städte in dieser Region wurden zwar – wie Lübeck – in der Nähe oder auf alten slawischen Handelsplätzen angelegt, aber die Stadterhebung erfolgte erst unter deutscher Herrschaft; dabei erhielten fast alle das Lübecker Stadtrecht. Neben den Siedlungen in Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen kam auch die Gründung von Städten durch deutsche Kaufleute hinzu. In Tallinn (früher Reval) bestand zum Beispiel seit dem 10. Jahrhundert eine estnische Siedlung mit einer Burg, die 1219 von einem dänischen Heer erobert wurde. Die Dänen verließen Estland einige Jahre später und übergaben die Macht dem Schwertbrüderorden, einem deutschen Ritterorden. Dieser rief 200 deutsche Kaufleute in die Stadt, die neben der Burg und der estnischen Siedlung eine städtische Siedlung anlegten. Auch schwedische und russische Händler lebten in der Stadt, die 1248 vom dänischen König als Stadtherrn das Lübecker Stadtrecht erhielt. In diesen Städten, die heute in den baltischen Staaten liegen, bildete sich eine herrschende deutsche Oberschicht aus, aber es fand in einem nur geringen Maße eine Ansiedlung von deutscher bäuerlicher Bevölkerung statt. Die deutsche Ostausbreitung in den baltischen Staaten wurde überwiegend von dem Deutschen Orden organisiert, der ab 1231 den Ordensstaat (ungefähr auf dem Gebiet des heutigen Estland und Lettland sowie Ostpreußen) errichtete. Der Deutsche Orden beteiligte sich seit dem frühen 14. Jahrhundert selbst am Handel und der Hochmeister des Ordens wurde das einzige adelige Mitglied der Hanse.

Im 13. Jahrhundert veränderte sich die Struktur des Fernhandels durch die „kommerzielle Revolution“. Die Fernkaufleute gingen nicht mehr selbst auf Fahrt, sondern blieben in den Städten und schickten Beauftragte auf Handelsfahrt. Diese „Sesshaftwerdung des Fernhandelskaufmanns“ vergrößerte das Handelsvolumen und erzwang eine Verbindung von Waren- und Geldhandel und Ausbau der Kreditwirtschaft. Der Handel konzentrierte sich auf einige große Städte. Die Fernkaufleute waren so auch stärker an der politischen Verwaltung der Städte beteiligt.

Welche Interessen führten zur Gründung der Hanse?

Gibt es heute Entwicklungen, die den gleichen Interessen folgen?

IM 13. JAHRHUNDERT BEGANN die Entwicklung zur Städtehanse. Die kaiserliche Zentralgewalt war im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation geschwächt. In diesem Machtvakuum begannen die Städte sich durch Bündnisse zusammenzuschließen. Ziel war die Sicherung der Handelsprivilegien der Fernkaufleute der einzelnen Städte. Die führende Rolle in dieser Entwicklung übernahm Lübeck. Dort wurde 1356 der erste Hansetag einberufen, um über eine Blockade Flanderns zu verhandeln. Die „Ratssendeboten“ der einzelnen Städte beschlossen eine Handelsblockade gegen Flandern, die 1360 mit einem Erfolg für die Hanse endete: In Flandern wurden ihnen alle Vorrechte wieder zugesichert, die vorher zurückgenommen worden waren. Auf diesem Hansetag wurde erstmals als Selbstbezeichnung der Begriff „dudesche hense“ (deutsche Hanse) verwendet.

NACH DIESEM ERFOLG war die nächste große gemeinsame Aktion der Krieg gegen Dänemark. 1361 hatte der dänische König Waldemar IV Atterdag Visby – das ebenfalls Hansestadt war – erobert und vor allem die Durchfahrt durch den Sund zwischen Dänemark und Schweden mit Zöllen auch für Hansekaufleute erschwert. Im wesentlichen von den wendischen (damit ist das Gebiet von Holstein bis einschließlich Mecklenburg gemeint) Hansestädten getragen, begann ein Kaperkrieg gegen Waldemar IV, den die Hansestädte verloren. Erst mit der „Kölner Konföderation“ von 1367 gelang es, die meisten Hansestädte zum Krieg gegen Dänemark in einem befristeten Bündnis, dem aber auch adelige Gegner von Waldemar IV und eine Reihe von nicht-hansischen niederländischen Städten angehörten, zusammenzuschließen. Dänemark wurde geschlagen und 1370, im Frieden von Stralsund, die alten Rechte der Hansestädte wieder hergestellt. Die Vormachtstellung der Hanse im Handel des Ostseeraums war so für lange Zeit gesichert. Durch geschickte Privilegienpolitik sowie den Einsatz von Gewalt gelang es den Hansestädten, Konkurrenten (u.a. russische, holländische und englische Fernkaufleute) aus dem Ostseeraum immer wieder zurückzudrängen.

Die innere Struktur der Hanse

DIE STÄDTEHANSE war die meiste Zeit ihres Bestehens in Drittel eingeteilt: das wendisch-sächsisch-pommersch-brandenburgische Drittel mit der Sprecherstadt Lübeck, das westfälisch-preußisch-rheinische Drittel mit Köln, später Dortmund als Sprecherstadt sowie das livländisch-gotländisch-schwedische Drittel mit Visby, später Riga als Hauptort.

Um gemeinsam handeln zu können, mussten die Hansestädte sich austauschen. Geschah dies anfangs schriftlich oder auf Versammlungen in den Kontoren, wurden ab 1356 Hansetage abgehalten. Der Hansetag war das höchste legislative, exekutive und judikative Organ der Hanse. Er wurde anlassbezogen einberufen und tagte nicht regelmäßig. Jede Stadt entsandte „Ratsendeboten“, die die Interessen ihrer Stadt vertreten sollten. Dabei durften die Vertreter nur solchen Beschlüssen zustimmen, zu denen sie Vollmacht hatten.

Die kleinen Städte hatten oft gemeinsame Vertreter, während die großen Städte in der Regel eigene Vertreter schickten. Die Zahl der Städte mit eigenen Vertretern schwankte zwischen 80–90. Weitere Vertreter entsandten der Deutsche Orden und die vier großen Hansekontore. Wichtige Entscheidungen mussten einstimmig getroffen werden, weniger wichtige mit einfacher Stimmenmehrheit.

DIE NEUERE FORSCHUNG spricht von der Rechtsfigur der „Identität“ in den Hansestädten: Die Vertreter durften nur den gemeinsamen Willen aller Bürger einer Stadt vertreten. Bei unklaren Fällen mussten sie Rücksprache mit der Rats- oder der Bürgerversammlung ihrer Stadt halten, was lange Zeit in Anspruch nehmen konnte. Wenn Vertreter einer Stadt oder eine Gruppe von Städten eine Angelegenheit „ad referendum“ erklärten, war die getroffene Entscheidung für die Unterlegenen nicht mehr bindend, wie auch die Teilnahme an den Hansetagen nicht Pflicht war. Schriftstücke zu den Entscheidungen des Hansetages, die die anwesenden Städte auflisteten, wurden an alle Mitglieder versandt.

DAS „HAUPT“ DER HANSE war unzweifelhaft Lübeck: 1418 wurde Lübeck auf einem Hansetag als „Vorort“ der Hanse bestätigt. Tatsächlich fanden die meisten Hansetage in Lübeck statt, Lübeck verwaltete das Archiv und die Korrespondenz. Aber Lübeck war nicht die Hauptstadt im rechtlichen Sinne, denn die Hanse kannte keine gemeinsamen Gesetze, entscheidend waren die Gesetze der zugehörigen Stadtgemeinden.

Die zugehörigen Städte

ZUR HANSE GEHÖRTEN fast alle norddeutschen Städte, die direkt oder indirekt am Handel im Ostsee- und Nordseeraum teilnahmen. Kriterium für die Zugehörigkeit war die Möglichkeit der Städte, die Freiheit zur Erfüllung gewisser Pflichten zu haben sowie die Hanse nicht in Konflikte zu verwickeln.

ZWAR WURDEN EINIGE STÄDTE „verhanst“, also für begrenzte Zeit ausgeschlossen, wenn sie Aktionen nicht mittrugen (so Köln, als es 1469 einen Krieg gegen England nicht unterstützte), aber auch die Kriege, die die Hanse führte, wurden nie von allen Hansestädten aktiv getragen. Dies zeigt, dass die einzelstädtischen Interessen immer im Vordergrund standen, aber auch kein Grund zum Ausschluss aus der Hansewaren. Die Hanse war vielmehr eine Interessenskoalition von Kaufleuten und handeltreibenden Städten, die weitgehend anlassbezogen agierte.

VOLLMITGLIEDER TEILTEN ALLE gemeinsamen Rechte, einige Mitglieder oder Regionen hatten bestimmte Sonderrechte. So erhielten die preußischen Städte um Danzig nicht alle Hanseprivilegien in England. Die Rechte eines Vollmitgliedes konnten nur freigeborene Bürger erhalten, auch mussten sie Deutsche sein. Ein Händler konnte die Handelsprivilegien einer Hansestadt erhalten, wenn er sieben Jahre lang anerkannter Bürger einer Hansestadt war und sieben Jahre in einer Hansestadt gelebt hatte.

DIE „DUDESCHER HANSE“ als politischer Zusammenschluss von Städten war eine dem Mittelalter eigentlich unbekanntes Rechtsinstitut. Denn alle Städte unterstanden formal adeligen Herrschern, die aber in den Städten selbst häufig wenig zu sagen hatten oder die Nutzung der Hanseprivilegien durch ihre Städte als sinnvoll erachteten. Die politische und ökonomische Macht, die die Hanse erlangte, war nur möglich, weil die kaiserliche Zentralgewalt im Gebiet des heutigen Deutschlands im 13. Jahrhundert sehr geschwächt war.

DER DEUTSCHE KAISER betrachtete die Hanse als unabhängige Union, ausländische Machthaber als unabhängige Kraft. Die Hanse griff nicht in Konflikte zwischen Hansestädten und dem Kaiser ein, es sei denn Aktivitäten der Hanse waren betroffen. Kam es zwischen zwei Hansestädten zu Konflikten, konnte eine dritte vermittelnd eingreifen, was in einigen Fällen tatsächlich zu einer friedlichen Lösung der Konfliktes führte.

Die Beziehung der Hanse zum deutschen Kaiser war eher oberflächlich. Der Kaiser tat nichts um die Aktivitäten der Hanse zu unterbinden, noch förderte oder schützte er sie. Der deutsche Kaiser hat der Hanse nie Privilegien verliehen, und nicht die Hanse wurde von Herrschern mit Privilegien ausgestattet sondern nur einzelne Städte. Wenig hatte die Hanse mit dem deutschen Adel zu tun, mit Ausnahme des Deutschen Ordens. Dieser hatte eine schützende Rolle und half auch militärisch, wenn es notwendig war.

Die Hanse war nie der Versuch, ein territoriales Gebiet mit eigenen staatlichen Strukturen aufzubauen. Sie war immer nur eine „freie Einung“ von Einzelstädten, die gemeinsame Handelsinteressen verfolgten. Die Hanse hatte keine gemeinsame Verfassung.



Am Ende des 13. Jahrhunderts bestand die Hanse aus 23 Städten, zu Beginn des 14. Jahrhundert werden 51 Städte erwähnt. Zwischen 1370 und 1494 war die Zahl der zugehörigen Städte schwankend: 72, 77, 85, 108 werden genannt. Eine weitere Reihe von indirekt verbündeten Städten und weitere Verbündete – wie dem Deutschen Orden – gehörten zum Einflussbereich der Hanse.

Die räumliche Ausdehnung und der Handel der Hanse

DER RAUM, in dem die Hansestädte lagen, erstreckte sich vom Zuidersee im Westen bis nach Estland und Livland im Osten, im Norden war Visby (und zeitweilig Stockholm) Hansestadt, im Süden bildete die Linie Köln – Erfurt – Breslau – Krakau die Einflussgrenze. Aber bei weitem nicht alle Städte in diesem Gebiet gehörten der Hanse an. Amsterdam, Emden, Schwerin und Memel sind bekannte Beispiele von nicht-hansischen Städten.

Im 14. und frühen 15. Jahrhundert dominierte die Hanse den Handel in Nordeuropa und im Ostseeraum. Vor allem organisierten die Hansestädte den Zwischenhandel. Sie transportierten Rohstoffe, Halbfertigprodukte und Lebensmittel aus Nordosteuropa nach Westeuropa, von wo sie im Gegenzug gewerbliche Fertigprodukte zurückbrachten. Dafür richteten sie Kontore und Handelsniederlassungen ein. Die bekanntesten und größte Kontore bestanden in Nowgorod in Russland, Bergen in Norwegen, Brügge in Flandern und London in England. Der Russlandhandel war vor allem für Pelze und Wachs interessant, aus Bergen wurde Stockfisch gehandelt. Die „Industriezentren“ Brügge und London waren Fertigungsorte für Tuche und Wolle, die in Nordeuropa begehrt waren.

Die Hansestädte hatten nur eine geringe eigene gewerbliche Produktion. Hamburgs Hauptexportartikel zum Beispiel war Bier. Wenn die Städte ein produzierendes Hinterland hatten, konnten sie auf die Erzeugnisse zurückgreifen. Danzig zum Beispiel exportierte Getreide nach ganz Europa. Begehrt war auch das Salz aus Lüneburg, das über Lübeck in der Ostseeraum gehandelt wurde.

Es zeigen sich in der Ost-West-Achse der Hanse große Unterschiede: Während im Westen, in den herrschaftlich gefestigten Gebieten mit hoher Urbanisierung, nur Handelsniederlassungen bzw. Kontore existierten, kam es im südlichen und östlichen Ostseeraum zur Gründung bzw. zum Ausbau von mit einer deutschen Oberschicht.

Die Wirtschaftspolitik der Hanse

DIE ÖKONOMISCHE DOMINANZ nutzten die Hansestädte zur Absicherung ihres Einflusses. Vor allem Händler aus den holländischen Städten – von denen die meisten nicht der Hanse angehörten – und aus England bedrohten das hansische Monopol.

DIE STRUKTUR DES HANDELS lässt sich an dem Beispiel Bergens illustrieren. In Norwegen wurde vor allem Stockfisch produziert, eine in Europa begehrte Fastenspeise. Dagegen fehlte es in Norwegen an intensivem Getreideanbau. Die Hanse organisierte den Handel und lieferte vor allem Getreide aus Norddeutschland nach Norwegen. Der zentrale Ort für diesen Handel war Bergen. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts sind Hansekaufleute im Norwegenhandel nachgewiesen. Als 1284 die Handelsprivilegien vom norwegischen König eingeschränkt worden, beschlossen die meisten hansischen Städte eine Handelsblockade gegen Norwegen. Diese Zwangsmaßnahme war so erfolgreich, dass anschließend die Hansekaufleute weitgehende Handelsrechte vom norwegischen König erhielten und fast ein Monopol für den norwegischen Außenhandel besaßen.

In Bergen wurde ein Kontor eingerichtet, das sicher ab 1350 bestand. Bis zu 2000 Menschen konnten in einem eigenen Stadtteil von Bergen leben, dessen Gesamteinwohnerzahl unter 10.000 lag. Die deutschen Kaufleute waren überwiegend Männer, von denen ein kleiner Teil fest in Bergen lebte. Auch Schiffsjungen und Arbeiter gehörten zu den Bewohnern.

Die Deutschen übten eine eigene Gerichtsbarkeit aus, auch wenn der norwegische König dies offiziell nicht anerkannte. Die Männergesellschaft des Kontors geriet häufiger in Konflikt mit der einheimischen Bevölkerung; andererseits garantierte die Hanse aber einen stabilen Import und Export der norwegischen Waren. Als im 16. Jahrhundert die Monopolfunktion des Stockfischhandels durch isländischen Fisch – den englische Kaufleute handelten – verloren ging, verlor das Kontor an Bedeutung.

IN SCHWEDEN BEGANN DER EINFLUSS der Hanse um 1250, besonders bei der Beteiligung an der Entwicklung des schwedischen Bergbaus. Das erste Privileg erhielt Visby im Jahre 1199, das eigentliche Kontor – genannt „Hof“ – wurde 1276 gegründet. 1361 erhielt die Hanse weitreichende Privilegien. Der Einfluss auf die Bevölkerung war sehr groß, so waren bis in die 1470er Jahre im Magistrat von Stockholm und Visby die Hälfte der Mitglieder Deutsche.

In Dänemark war die Stellung der Hanse am schwächsten. Das Interesse der Hanse konzentriert sich auf den Heringsfang mit Zentren in Skanör and Falsterbo.

Das Kontor in Novgorod, zusammen mit einigen Faktoreien (Pskov, Smolensk) war das älteste Hanse-Kontor. Über Novgorod kontrollierte die Hanse den russischen Markt. In Novgorod waren gut 200 Händler permanent anwesend, sie hatten ein gemeinsames Sozialleben und eine Kirche. Die Stadt mit ihren ca. 20 000 Einwohner hatte ein großes Interesse an der Anwesenheit der Kaufleute.

Ab 1361 beteiligten sich auch die livländischen Städte an der Arbeit des Kontors. In Novgorod waren gut 200 Händler permanent anwesend, sie hatten ein gemeinsames Sozialleben und eine Kirche. Die Stadt mit ihren ca.

20 000 Einwohner hatte ein großes Interesse an der Anwesenheit der Kaufleute.

Das Interesse der Hanse in den Niederlanden und Belgien (Flandern) war in der wichtigen Verbindung nach Bergen und zum Heringshandel begründet. 1252 wurden die ersten Privilegien erteilt. Das Zentrum war das Kontor in Brügge, wo bis 300 zumeist gut ausgebildete Personen lebten. Der Handelsraum, der in Brügge begann, war schließlich der größte: Das Kontor war wichtiger Stützpunkt für den Handel nach Portugal, Spanien, Frankreich und Italien und Rastplatz für Schiffe die noch weiter westwärts zogen.

England war auf den Handel der Hanse anfangs angewiesen, und später nutzte es auch die Unterstützung im Krieg mit Frankreich. 1157 wurde für Kölner Kaufleute die „Gildehalle“ gegründet. Im 12. und 13. Jahrhundert erhielten verschiedene Hansestädte Privilegien in England, 1303 wurde das erste gemeinsame Privileg verliehen. Das Kontor in London (der „Stallhof“) war das kleinste Kontor, von der Struktur aber wie die anderen aufgebaut.

DIE HANSE SPIELTE OFT eine wichtige Rolle bei der Entwicklung lokaler Strukturen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben war die Garantie für die Sicherheit auf Land wie auf See. Dafür war es wichtig, dass die Hanse neutral blieb. Sie organisierte auch die Bekämpfung der „Viktualienbrüder“, der Piratengruppe um Klaus Störtebeker und Godeke Michels, vertiefte die Wasserwege, unterhielt Leuchtzeichen, hielt Straßen instand etc. Indirekt hatte die Hanse auch einen großen kulturellen Einfluß. Ihre Angehörigen prägte die kulturelle Entwicklung in vielen Regionen, in denen sie Handel trieben. Sie „exportierte“ deutsche Architektur, Malerei und Bildhauerei, mit ihr verbreitete sich handwerkliches Wissen in den skandinavischen und livländischen Städten. Auch die Verbreitung der Schriftsprache, die Gründung der Universität Rostock und die Förderung der Reformation sind mit der Hanse verbunden.

Die Bevölkerung in den Hansestädten

Die MITTELALTERLICHE SOZIALSTRUKTUR wird in drei Gruppen eingeteilt: Ober-, Mittel- und Unterschicht. In den an der See gelegenen Hansestädten war die Verteilung ausgeglichener als in den Gewerbestädten des Binnenlandes: In Lübeck gehörten ca. 22% der Oberschicht an, knapp 40% der Unterschicht. In Augsburg, das nicht zur Hanse gehörte, waren es dagegen nur 8% in der Oberschicht und 86% in der Unterschicht. Der Oberschicht gehörten vor allem die Fernhandelskaufleute an und Rentiers, die von Grundbesitz oder Vermögen lebten. Die Mittelschicht bildeten kleinere Kaufleute, städtische Bedienstete und die Handwerker, allerdings häufig mit großen sozialen Unterschieden. Goldschmiede und Lebensmittelproduzenten waren eher vermögend, am wenigsten besaßen Leinenweber und Schneider. Die Unterschicht kann in zwei Gruppen differenziert werden. Die unterste Schicht bildeten die, die nicht für ihren eigenen Unterhalt aufkommen konnten wie verarmte Alte oder Kranke ohne Familie. Sie mussten betteln gehen. Die zweite Gruppe waren Tagelöhner, Hilfsarbeiter, Mägde und Gesellen. In den Städten im Livland (heute Estland und Lettland) und in Polen kam hinzu, dass viele Bewohner nicht-deutsch waren. Diese waren in der Regel rechtlich und ökonomisch schlechter gestellt als die deutschen Stadtbewohner.

Gänzlich von politischer Teilhabe ausgeschlossen waren die Frauen aller Schichten, die das Bürgerrecht nicht erwerben durften.

Ab dem 13. und vermehrt dem 14./15. Jahrhundert mehren sich aber Hinweise auf in verschiedenen Zünften und Berufsfeldern arbeitende Frauen, und das nicht nur als Witwen, die oft die Geschäfte ihrer verstorbenen Männer weiterführen konnten. Relativ häufig finden sie in Lübeck und Köln Erwähnung, z.B. als Kauffrauen.

„Im Lübecker Stadtrecht von 1294 wird die Gleichstellung der Kauffrau mit dem Mann eindeutig formuliert: ‚Keine Jungfrau, noch Frau oder Witwe dürfen ihr Gut verkaufen, noch weggeben, noch verleihen ..., außer diese haben einen Kaufladen, dann sind sie selbständig wie Männer.‘ Das heißt, die Kauffrau kann voll über ihr Gut verfügen, aber sie muss auch für ihre Schulden einstehen.“ Ein weiterer Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeiten von Frauen lag im Textilgewerbe. In verschiedenen Textilgewerbszweigen wird ihnen wie Männern das Meisterrecht ausdrücklich verbrieft. Es gab in Köln auch mehrere reine Frauenzünfte, z.B. in der Garn- und Seidenherstellung.

Frauen sind in der Geschichte oft nicht wahrgenommen wurden.

Wie ist es heute: Kennt Ihr Beispiele dafür, dass Frauen heute stärker wahrgenommen worden als noch vor einigen Jahrzehnten?



Viel Material zu Frauen im Mittelalter findet sich bei: Erika Uitz, Die Frau in der mittelalterlichen Stadt, Freiburg, 2. Auflage 1992

ZWEI WEITERE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN blieben ebenfalls vom Bürgerrecht ausgeschlossen: Die Geistlichkeit und die Juden. Der Klerus war zwar von der Zahl her klein, hatte aber großen Einfluss unter anderem als Schreiber des Rates oder Beichtväter. In den Hansestädten der Ostsee waren an Mönchsorden vor allem die Dominikaner und die Franziskaner vertreten. Juden mussten seit dem 12. Jahrhundert häufig in Ghettos unter eigenem Recht leben. Allerdings lebten sie überwiegend im rheinischen, westfälischen und sächsischen Raum. In den Ostseestädten der Hanse lebten nur wenige Juden.

IN GREMIEN KONNTEN nur vermögende Bürger kommen, und die städtischen Führungsgruppen entwickelten mit der Zeit geburtsständische Vorstellungen. Daher bestand die gesamte Zeit der Hanse hindurch zwischen dem Rat und vor allem den Handwerkerzünften der Städte eine Konfliktlinie um die Machtverteilung, die in fast allen Städten zu Unruhen und auch zu Umwälzungen der Machtverhältnisse führten.

EINE DER BEKANNTESTEN Vorfälle dieser Art war der Aufstieg von Jürgen Wullenwever zum Bürgermeister von Lübeck 1533. Vorausgegangen war in Lübeck – wie auch den meisten anderen Ostseestädten der Hanse – seit 1522 die Reformation. Die Räte der meisten Hansestädte waren gegen die Einführung des Luthertums, aber viele Handwerker und Angehörige der Unterschichten unterstützten die neue Lehre. Die sozialen Spannungen wurden häufig mit der Einsetzung von Bürgerausschüssen kanalisiert, die den Rat vor allem in finanzieller Hinsicht stärker kontrollieren sollten. In Lübeck wurde 1528 ein 64er-Rat von Bürgern gebildet, die die Politik des Rates kontrollierten und auf die Einführung des Luthertums drängten, was der Rat aber ablehnte. Der Rat bestand überwiegend aus Grundbesitzern und Rentiers, weniger aus den aktiven Fernhandelskaufleuten, die den neuen Ausschuss unterstützen. In ihm trat der Fernkaufmann Jürgen Wullenwever als einer der Sprecher in den Vordergrund. Der Ausschuss zwang den Rat 1530, das Luthertum anzunehmen. 1531 verließen viele Ratsmitglieder die Stadt, und der 64er-Ausschuss übernahm faktisch die Macht. Es kamen nichtpatrizische Bürger in den Rat, Wullenwever wurde 1533 zum Bürgermeister gewählt.

Kennt Ihr Aufstände und Unruhen in eurer Gegend?

Wer waren die Träger der Unruhen, wer die Gegner?

Spielte Religion eine Rolle?

MIT DEM NAMEN WULLENWEVER ist aber auch der Bedeutungsverlust von Lübeck verbunden. Der beschriebene Wechsel in der Stadtführung war in einer Reihe von Hansestädten vorgekommen. Unter Wullenwevers Leitung griff Lübeck aber in die dynastischen Kämpfe in Dänemark ein, um die Kontrolle über die Sunddurchfahrt zu erlangen. Wesentliches Ziel war, den Handel von holländischen und englischen Kaufleuten in der Ostsee zu unterbinden. Lübeck unterstützte den dänischen König Friedrich I, der seinen Neffen Christian II 1523 gestürzt hatte. Allerdings führte Lübeck den Krieg 1534 ohne große Unterstützung der anderen Hansestädte und verlor ihn auch. Die preußischen Hansestädte um Danzig zum Beispiel waren an einem Getreidehandel mit den holländischen und englischen Städten interessiert. Nach der Niederlage wurde Wullenwever gestürzt und der alte Rat übernahm wieder die Stadtherrschaft, behielt aber die neue Religion bei. Wullenwever wurde einige Zeit später hingerichtet.

Bedeutungsrückgang der Hanse

DIE WESENTLICHEN GRÜNDE für den Niedergang waren die sich bildenden neuen gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen in Europa der Frühen Neuzeit. Die Hanse, als Erscheinung der mittelalterlichen Welt, fand in der neuen Ordnung keinen Platz mehr.

Mitte des 15. Jahrhunderts verursachten Pestepidemien einen Bevölkerungsverlust von fast einem Drittel. Infolgedessen kam es zur sogenannten „Agrarkrise“ mit einem starken Rückgang des Getreideanbaus und -handels, was den hansischen Getreidehandel empfindlich traf.

EIN ANDERES WICHTIGES DATUM ist 1492: mit der Landung von Columbus in Amerika begann innerhalb einiger Jahrzehnte die Erschließung des atlantischen Wirtschaftsraumes, der die iberische Halbinsel und England in das Zentrum des Welthandels rückte. Der Ostseeraum rückte an die Peripherie Europas und verlor an Bedeutung.

Aber auch die Rolle der Städte verschob sich. Seit dem 15. Jahrhundert wurden im Gebiet Deutschlands die Städte stärker von den Landesherren unter Druck gesetzt. Ihr Einfluss in vielen Städten, auch den Hansestädten, wurde wieder größer. Die Städte verließen dann oft auf Druck die Hanse. Der Austritt konnte aber auch aus eigenem Antrieb der Städte geschehen: 1474 trat Breslau als erste Stadt freiwillig aus der Hanse aus, da es neue Handelsverbindungen mit den oberdeutschen Städten – wie Nürnberg – aufgenommen hatte und die Hanseprivilegien hinderlich waren.

Der hansische Handel bestand überwiegend im Zwischenhandel, die Städte besaßen nur wenig eigene Produkte, die sie exportieren konnten. In den Territorialstaaten entwickelte sich dagegen eine intensive Gewerbeproduktion. Durch die „staatliche Verdichtung“, dem Prozess der Festigung der Territorialstaaten in den meisten europäischen Ländern – wie England und Holland, aber auch den deutschen Fürstentümern – bekamen die Hansekaufleute immer mehr Schwierigkeiten, ihre alten Privilegien des Zwischenhandels zu sichern.

SO VERLOR NOVGOROD 1478 seine Unabhängigkeit und wurde mit dem Moskauer Fürstentum vereinigt. 1494 wurde das Hanse-Kontor geschlossen. Der Handel nach Rußland wurde nun über die livländischen Städte organisiert. Ab 1550 begann im Zuge des Livländischen Krieges die Bedeutung des russischen Handels zu sinken, Ergebnis des Krieges war die endgültige Zerstörung des Deutschen Ordens, die Hansestädte des Gebietes verloren den Kontakt zu Lübeck. Nur zu Tallinn konnte noch Kontakt gehalten werden.

EBENFALLS VERLOREN DIE KONTORE in London, Brügge und Bergen im 16. Jahrhundert an Bedeutung. Zudem verlor die Hanse die meisten ihrer Privilegien in Skandinavien. Im 16. Jahrhundert sank daher auch ständig die Zahl der Hansestädte. Der Grund lag in schwächer werdenden Bindungen, hohen Kosten und fehlenden Mitteln, Beschlüsse und Strafen durchzusetzen. Auch wurde es immer teurer die Organisation zu unterhalten.

DER DREIßIGJÄHRIGE KRIEG von 1618–48 beschleunigte den Niedergang. Auf dem Hanse-Tag von 1629 wurde beschlossen, Lübeck, Hamburg und Bremen mit der Leitung der Hanse zu betrauen. 1630 und 1641 beschlossen die drei Städte eine enge Zusammenarbeit. Nach dem Westfälischen Frieden von 1648 wurden noch einige wenige Hanse-Tage organisiert, aber es nahmen nur noch 3–4 Städte teil, es wurden

Pläne für eine Wiederbelebung der Hanse diskutiert. Der letzte Hanse-Tag 1669 wurde ebenfalls nur von sehr wenigen Städten besucht.

Gegenüber den sich nach dem 30-jährigen Krieg stärkenden Territorialstaaten in Deutschland konnten sich nur die drei großen Hansestädte halten, deren besondere Stellung sich in der Existenz zweier Bundesländer in Deutschland (Hamburg und Bremen) bis heute zeigt.

Vom Gebrauch der Hanse – die verschiedenen Rollen in der Geschichtsschreibung

SEIT DEN 80ER JAHREN wird intensiver über eine Zusammenarbeit im Ostseeraum diskutiert, seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ab 1989 sind die Möglichkeiten für politische und kulturelle Verbindungen größer geworden. Innerhalb der Europäischen Union gibt es eine Entwicklung zur regionalen Identität, die in dem Großverband der EU überschaubare Räume schaffen soll. Dies „region-building“ im Ostseeraum bedeutet neben der transnationalen Zusammenarbeit häufig auch einen Rückgriff auf historische Phänomene, mit dem ein eigener Charakter der Region hervorgehoben werden soll. Für den Ostseeraum war dies häufig die Hanse, da der Städtebund als schon im späten Mittelalter von bürgerlichen Kaufleuten getragene ‚internationale‘ Zusammenarbeit interpretiert werden konnte und in fast allen Ländern ehemalige Hansestädte liegen.

Diskussion



Welche Bedeutung hat Geschichte in Eurem Land?

Wie wird sie benutzt, um Politik zu begründen?

DER DAMALIGE MINISTERPRÄSIDENT von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, sprach Ende der 80er Jahre davon, im Ostseeraum eine „Neue Hanse“ zu begründen. Kulturelle, institutionelle und ökonomische Verbindungen sollten aufgebaut werden, wie, so Engholm, es die Hanse bereits getan hatte. „Hanse ist ein Begriff für die alte ökonomische Einheit im Norden“ stellte Engholm 1991 fest.

Bis 1994 wurde von deutscher Seite dieser Begriff verwendet, auch in den drei baltischen Staaten wurde auf Hanse-Traditionen zurückgegriffen, da sie eine engere Anbindung an Europa bedeuteten und eine Abgrenzung zur Sowjetunion ermöglichten.

Was verbindest Du mit dem Begriff „Hanse“?

GERADE FIRMEN ODER INSTITUTIONEN in den Ostseestädten schmücken sich gern mit dem Beinamen „Hanse“, hanseatisch steht im deutschsprachigen Raum für nüchtern, urban, verlässlich und auch etwas steif, aber weitgehend positiv. Auch haben ehemalige DDR-Städte wie Greifswald, Stralsund, Rostock und Wismar gleich nach der Wiedervereinigung die Bezeichnung „Hansestadt“ zum Stadtnamen ergänzt.

Es war schließlich Kritik aus den skandinavischen Ländern, die dazu führte, dass seit Mitte der 90er Jahre seltener von der „Neuen Hanse“ gesprochen wird: In der skandinavischen Lesart der Historiographie steht die Hanse für ein durchaus aggressives Bündnis von deutschen Kaufleuten, die im Ostseeraum hegemonial waren. Besonders von dänischer und norwegischer Seite wurde diese Kritik erhoben. Visionen



Karl-Heinz Harbeck und Christian Wellmann: Vorwort.
In: Kooperation und Konflikt in der Ostseeregion,
herausgegeben von Christian Wellmann, Kiel 1999, S. 7–9, S. 7.



Björn Engholm: Eine neue Hanse? In: Nordeuropa-Forum 1991, No. 4, P. 9-11, P. 9.

von einer ‚internationalen‘ Zusammenarbeit der Hanse mussten sich mit der Tatsache konfrontieren, dass die Hanse ein Bündnis niederdeutscher Kaufleute war und der Bezug auf sie außerhalb Deutschlands einige Irritationen hervorrufen konnte.

Die Hanse wurde auch positiv gesehen, weil sie als Handelsmacht für friedliche Beziehungen stehen würde. Allerdings wurden die Kriege, die die Hanse ja auch geführt hat, um ihre Interessen zu sichern, dabei außer Acht gelassen.

Diskussion



Die Hanse bietet sich aber auch an, auf die gemeinsamen Wurzeln im Ostseeraum zu blicken. Ist Geschichte nicht sowieso immer eine Konstruktion, die wir brauchen, um Gemeinsamkeiten und Identitäten zu entwickeln?

ETWAS ÄLTER IST DER VERSUCH, eine neue Städtehanse zu begründen. Sie geht auf eine Idee der niederländischen Stadt Oldenzaal zurück, die 1980 anlässlich ihrer 750-Jahrfeier zu einem „Hansetag“ einlud. Dies war anfangs als Attraktion für die Jubiläumsfeier gedacht, aber in den folgenden Jahren entstand eine lose Städtekooperation, der inzwischen rund 200 Städte aus ganz Europa angehören, durchaus nicht nur historische Hansestädte. Wenn auch historische Kooperationen zur Hanse – zum Beispiel in Archivangelegenheiten – Teil dieser „Neuen Hanse“ sind, handelt es sich doch vor allem um ein Austauschgremium für gegenwärtige Probleme in städtischen Kommunen und um Zusammenarbeit in Tourismusfragen. Seit 1990 steht auch die Unterstützung des Transformationsprozesses in Osteuropa, vor allem dem Baltikum und Polen, im Vordergrund.

Geschichtspolitik mit der Hanse in Deutschland

DAS 19. JAHRHUNDERT zeichnet sich durch eine intensive Beschäftigung mit Geschichte aus. Die Geschichtswissenschaft etablierte sich als Disziplin und lieferte den Nationalbewegungen sehr häufig die historischen Legitimationen und Begründungen. Historiker interpretierten Geschichte aus einer nationalen Sicht. Daher war die Hansegeschichte gerade in Deutschland von großem Interesse. Die Hanse wurde von den historischen Umständen entkleidet und der „deutsche Charakter“ in den Vordergrund gerückt.

Kennt Ihr noch andere Beispiele für eine „nationalisierte Sichtweise“ auf Ereignisse in eurem Land?

IN DEUTSCHLAND WURDE DIE HANSE in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Referenz für die deutsche Seemacht verstanden. So schrieb der Bremer Historiker Dieter Schäfer 1906: „Wesen und Inhalt der Hanse ist ihre Vertretung Deutschlands zur See.“ Ein Aspekt – der Seehandel der meisten Hansestädte – wurde zu einer Zeit hervorgehoben, als im 1871 gegründeten Deutschen Reich der Aufbau einer großen Seestreitmacht zur nationalen Aufgabe erklärt wurde. Seit 1889 war es Kaiser Wilhelm II., der mit operettenhaftem Wahn die Seeaktivitäten Deutschlands forcierte. So sollte ein ‚Platz an der Sonne‘, gemeint waren Kolonien, erobert werden, damit Deutschland



Einen Überblick über die Städte vermittelt das „Hanseportal“ der Stadt Danzig im Internet.
http://hanza.gdansk.gda.pl/index_n.html

„Weltmachtspolitik“ betreiben könne. Dieses nationale Pathos wurde von den meisten Historikern bedient, allerdings gab es auch immer kritische Stimmen, die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte in der Hansegeschichte betonten.

Für die nationale Geschichtsschreibung kam der Hanse auch deswegen eine große Bedeutung zu, da das Gebiet Deutschlands viele Jahrhunderte in Kleinstaaten aufgeteilt war, die nationalisierte Sicht auf Geschichte aber die Konstruktion von längeren gemeinsamen Traditionslinien erforderte. Daher bot sich die Hanse als „deutsches Machtzentrum“ im Spätmittelalter an, das aus nationaler deutscher Sicht eine Niedergangsepoche war, in der die Hanse den Zusammenhalt der Deutschen zumindest teilweise getragen hätte.

IM NATIONALSOZIALISMUS WURDE die Hanse ebenfalls zur Legitimation einer aggressiven Außenpolitik genutzt. Allerdings waren die Begründungen unterschiedlich zu denen im deutschen Kaiserreich. Aufgrund seiner völkischen und rassistischen Ideologie diente die Hanse als Beweis für die Überlegenheit des ‚Deutschtums‘, eine ahistorische Kategorie, die in der völkischen Interpretation von einer konstanten Zusammengehörigkeit der Deutschen ausgeht. Die frühbürgerlichen Strukturen der Hanse wurden dahingehend interpretiert, dass sich das Deutschtum ohne adelige Hilfe zu einer Großmacht formen konnte, welche dem Norden Europas Frieden und Wohlstand gebracht habe.

AUCH FÜR ÖKONOMISCHE Expansionsabsichten Deutschlands im Ostseeraum wurde die Hanse bemüht. Denn sie hätte einen einheitlichen Wirtschaftsraum geschaffen, welcher unter nationalsozialistischer Hegemonie wieder im Ostseeraum errichtet werden sollte. Da Deutschland eine zentrale Rolle in „Mitteleuropa“ hätte, müsste es wieder die Führungsmacht in dem Wirtschaftsraum Mitteleuropas werden. Diese Überlegungen wurden mit Verweisen auf die Hanse historisch legitimiert.

NACH 1945 orientierte sich die Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn häufig mit denselben Personen, wieder neu. Das Interesse an der Hanseforschung richtete sich nun auf wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte und auch stärker auf stadtgeschichtliche Fragen. Da das geschlagene Deutschland keine Großmacht-politik mehr betreiben konnte, geriet eine Forschung, welche die Hanse zur Legitimation dafür nutzen wollte, schnell in den Hintergrund. „Hanse“ blieb zwar ein positiv besetzter Begriff, der aber weitgehend entideologisiert und entpolitisiert wurde. In der Deutschen Demokratischen Republik war die Hanseforschung thematisch nicht weit von der in der Bundesrepublik entfernt, auch wenn sie marxistisch inspiriert nach dem ‚Klassencharakter‘ der Hanse fragte. In populären Deutungen wurden zwar manchmal gewisse sozialrevolutionäre Aspekte betont, aber die Forschung hielt sich mit solchen Deutungen zurück. Interessant war die Hanse natürlich auch deshalb, weil es eine frühbürgerliche Handelsorganisation darstellte, die als eine frühe Form von kapitalistischer und nicht mehr feudaler Vergesellschaftungsweise gelesen werden konnte.

Die Hanse als Bedrohung: Die norwegische Sichtweise

DER DEUTSCHE KERN in der Hanse hat innerhalb der skandinavischen Historiographie zu einer gänzlich anderen Bewertung geführt. Auch hier waren im 19. Jahrhundert nationale Bewegungen aktiv, die sich aus der Geschichte legitimierten. In der nationalisierten Sicht galt die Hanse in den skandinavischen Ländern vor allem als

deutsche Bedrohung. Mit Dänemark führte die Hanse lange Zeit erbitterte Auseinandersetzungen. Daher fand die Idee von Björn Engholm, eine Kooperation im Ostseeraum „Neue Hanse“ zu nennen, nur bedingte Begeisterung.

Gerade in Norwegen, das erst 1905 endgültig von Schweden unabhängig wurde, wurde die Hanse in der nationalen Geschichtsschreibung als Bedrohung interpretiert. Nach 1945 nahmen diese Deutungen zu, da die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkrieges Anlass war, die Hanse als Kontinuität des deutschen Expansionsstrebens zu interpretieren. Da Hansekaufleute im Spätmittelalter den Außenhandel Norwegens weitgehend kontrollierten, wurden sie dafür verantwortlich gemacht, dass norwegische Kaufleute kaum Fernhandel betreiben konnten. Daher habe sich kein starkes norwegisches Bürgertum herausbilden können, das schon früher die norwegische Unabhängigkeit erkämpft hätte. Ebenso wurde die Kreditvergabe an die norwegischen Bauern und die damit einhergehende häufige Verschuldung als Ausbeutung der norwegischen Bevölkerung gesehen.

Neuere Forschung hingegen betont, dass die Hanse mit ihrer Monopolstellung auch positive Effekte auf die Entwicklung Norwegens gehabt habe. Dazu gehöre der starke Einfluss der niederdeutschen Sprache auf das Norwegische, die kulturellen Verbindungen nach Europa, die mit dem Hansehandel aufgebaut wurden, und die gesicherte Abnahme des Stockfisches, damals Hauptexportprodukt Norwegens. Diese Neuinterpretation der Geschichte trägt zum Teil Züge einer „nationalen Umkehridentifikation“: Waren bisher nationale Deutungen vorherrschend, wird nun eine Europäisierung versucht, die manche Konflikte, die das Wirken der Hanse immer auch geprägt haben, harmonisiert.

Diskussion



Glaubt Ihr, dass diese Neuinterpretation als eine „nationale Umkehridentifikation“ gesehen werden kann, mit der in Norwegen nun statt Abgrenzung die Zusammengehörigkeit mit Deutschland und Europa betont wird?

[questiontext: Kennt Ihr „Uminterpretationen“ von Geschichte aus eurem eigenen Erleben?

Haben sich nach 1990 Neuinterpretationen von historischen Ereignissen ergeben? Wie sahen die aus?

Die Interpretation der Hanse in Estland und Lettland

ESTLAND UND LETTLAND gehörten im Mittelalter zum deutschen kulturellen und ökonomischen Einflußbereich. Durch die mittelalterliche Konföderation von Livland und dem livländischen Schwertbrüderorden wurden diese Bindungen verstärkt. Daneben gab es unabhängige Städte, die von Deutschen gegründet und dominiert wurden. Die Hanse hatte enge Bindungen an die Zentren der Macht. Es ist daher angebracht, bei der Betrachtung der Interpretation der Hanse in Estland und Lettland auf den deutschen Einfluß im Allgemeinen zu schauen.

IN DIESER HINSICHT LASSEN SICH zwei unterschiedliche Standpunkte betrachten: den der Baltendeutschen und den nationalen. Die baltendeutsche Geschichtsschreibung entstand Ende des 19. Jahrhunderts, als Baltendeutsche, nach einer Phase der Russifizierung, auf die nationale Aufbruchsbewegung der Letten und Esten reagierten. Es wurde politisch wichtig, nach den deutschen Ursprüngen und dem „Goldenen

Zeitalter“ des Mittelalters zu forschen. Die Deutschen wurden als progressive Elemente dargestellt, die als „Kulturträger“ ins Land kamen und das Christentum nach Estland und Lettland brachten. Sie hätten die Städte gegründet und die Verbindung der Region in den westeuropäischen Kulturkreis ermöglicht. Die Einheimischen wurden als Barbaren dargestellt.

Die nationale Geschichtsschreibung der Esten entstand zur selben Zeit und war diametral entgegengesetzt. Die Deutschen wurden als Eroberer betrachtet, die lange über Estland geherrscht hätten.

DIE ESTNISCHE ZEIT vor Ankunft der Deutschen wurde idealisiert. Einzelne heroische Ereignisse des estnischen Widerstandes gegen die Deutschen wurden in den Vordergrund gerückt (so der Kampf gegen die Kreuzritter, der Aufstieg in der St. Georgs Nacht 1343–45, usw). Die schwedische Periode im 17. Jahrhundert wiederum wurde als „Das Goldene Schwedische Zeitalter“ bekannt, da die Situation der Esten sich verbesserte und die deutschen Privilegien zurückgedrängt wurden.

Diskussion



Ist es möglich diese Zeiten miteinander zu vergleichen?

Was sind die Unterschiede zwischen dem 17. und dem 20. Jahrhundert?

WÄHREND DER 1920-30ER JAHRE galt diese Interpretation im allgemeinen weiter. Neben politischen Aspekten war das Interesse an Agrar- und Siedlungsgeschichte sehr hoch, da zu der Zeit die meisten Esten auf dem Lande lebten. Das Hauptinteresse lag aber auf späteren Zeiten, nicht auf dem Mittelalter. Bei mittelalterlichen Themen war die Geschichte von Tallinn und Tartu und die Situation der Einwohner besonders beliebt, weil sie als Hanse-Städte unabhängig waren.

NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG blieb die Situation bis Ende der 1980 Jahre ungefähr gleich. In der Stalinzeit bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhundert herrschte eine beträchtliche Deutschenphobie, und es war nahezu unmöglich „deutsche“ Themen zu bearbeiten. Die Baltendeutschen hatten 1939 Estland verlassen müssen. Es ist auch bedeutsam, dass das Stadtarchiv von Tallinn, die wichtigste Quelle für mittelalterliche Studien und intensiv von den Baltendeutschen genutzt, 1944 nach Deutschland gebracht wurde. Erst 1990 kehrte es zurück. In Estland lag das Hauptaugenmerk weiterhin auf der Agrargeschichte und der Bevölkerungsentwicklung. Ende der 1980er Jahre gab es jedoch einen Aufschwung von „deutschen“ Themen.

IN DEN NEUNZIGER JAHREN änderte sich das Verhältnis sehr schnell. Die Hanse wird als Initiator und Bewahrer der engen Verbindungen zwischen dem Baltikum und Europa dargestellt. Es ist sehr beliebt geworden, den Namen „Hanse“ mit ganz unterschiedlichen Institutionen zu verbinden (z.B. Hansapank, Hansatee, Hansa Liising und so weiter). Die vier estnischen Hansestädte (Tallinn, Tartu, Viljandi, Pärnu) nutzen ihre frühere Zugehörigkeit als einen sehr wichtigen Teil ihrer Identität. So werden jährliche sogenannte Hanse-Tage organisiert und darüber die Kontakte nach Europa ausgebaut.



C. J. Jakobson propagierte 1874 seine estnisch-nationale These, dass der starke Einfluss von Deutschen und anderen „700 Jahre eine Nacht der Sklaverei und eine Zeit der Dunkelheit“ gewesen seien.

Diskussion



Die Hanse ist ein mittelalterliches Phänomen, die bis heute in allen Ländern des Ostseeraumes viele Spuren hinterlassen hat. So ist die Backsteinarchitektur, die viele Städte im Ostseeraum prägt, ein Überbleibsel der Hansezeit. Glaubt Ihr, dass mit der Hanse eine „regionale Identität“ begründet werden könnte?

Was könnten überhaupt die verbindenden Elemente im Ostseeraum sein?

Welche Spuren unterschiedlicher Länder und Völker finden sich alle im Ostseeraum und in eurer Region?

Das 20. Jahrhundert

Der Zweite Weltkrieg in Skandinavien

Norwegen und Dänemark

BEI AUSBRUCH DES ZWEITEN WELTKRIEGS versuchten Dänemark und Norwegen eine Neutralitätspolitik zu verfolgen, wie sie im Ersten Weltkrieg gelungen war. Die Anzeichen dafür, dass es zwischen den Krieg führenden Ländern zu Konflikten um die nordeuropäische Einflussphäre kommen würde, verdichteten sich aber Anfang 1940. Dennoch rechnete niemand mit einem militärischen Überfall von deutscher Seite. Regierungen wie Bevölkerungen wurden daher vom Angriff Deutschlands am 9. April 1940 weitgehend überrascht.

BEI DEN GRÜNDEN für die deutsche Entscheidung zur Besetzung der beiden Länder haben vermutlich unterschiedliche Motive eine Rolle gespielt. Welche Interessen ausschlaggebend waren, ist historisch kaum rekonstruierbar:

- 1) geostrategische/ militärische Erwägungen. Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion, die Befürchtung, die westlichen Mächte, vor allem England, könnten zu großen Einfluß auf die Region gewinnen oder gar selbst eine militärische Präsenz anstreben (die Argumentation, Deutschland sei England mit der Besetzung nur zuvorgekommen, hielt sich während und nach der Besetzungszeit – übrigens auch in Norwegen – in rechten Kreisen sehr hartnäckig)
- 2) ökonomische Interessen (Dänemark: agrarisch, Norwegen: Bodenschätze und Transportwege). Hier standen die Planungen zu einer europäischen „Großraumwirtschaft“ unter deutscher Vorherrschaft im Vordergrund.
3. die „rassenideologische“ Begründung (Nordeuropa als Teil eines großgermanischen Reiches) war zwar eher Teil der ideologischen Rechtfertigung denn wesentliches Motiv der Okkupation. Alfred Rosenberg, einer der nationalsozialistischen „Chefideologen“ und Verfechter der Idee einer vereinten „nordischen Rasse“ sowie auch Hitler scheinen dieser Dimension eine größere Bedeutung beigemessen zu haben als beispielsweise die in Norwegen operierenden Militärs. In ihren Auswirkungen auf die Art und den Verlauf der Besatzungspolitik und die Dynamik von Kollaboration und Widerstand ist die Bedeutung der Einstufung der norwegischen Bevölkerung als „arisch“ jedoch nicht zu unterschätzen.

In welcher politischen Situation befand sich Euer Land zu Beginn des zweiten Weltkrieges? Welche Rolle spielte euer Land im zweiten Weltkrieg?

DÄNEMARK ERGAB SICH noch am 9. April 1940 kampflos, Norwegen kapitulierte, nachdem in Nordnorwegen z.T. heftiger militärischer Widerstand geleistet worden war erst im Juni 1940. Darüber hinaus verlief die Besetzung bereits in den ersten Tagen in beiden Ländern sehr unterschiedlich. Dies stellte die Weichen für den weiteren Verlauf der Okkupationspolitik sowie die Dynamik von Zusammenarbeit mit und Widerstand gegen die Besatzungsmacht in beiden Ländern.



Zur Aktion „Weserübung“:
www.army.mil/cmh-pg/books/70-7_02.htm

Übersichtsdarstellungen der Okkupation Norwegens und Dänemarks
www.norwegian-scenery.com/facts/history.html
www.nuav.net/
www.um.dk/english/danmark/danmarksbog/kap6/6-15.asp

IN DÄNEMARK verblieben König und Regierung im Land und agierten in dem Dilemma zwischen den nationalen Interessen und den Vorgaben der Besatzungsmacht. Dies wird sehr unterschiedlich bewertet – zum Teil als „Anpassungs-“ oder „Zusammenarbeitspolitik“ zum Teil sogar als „Staatskollaboration“. In der Nachkriegszeit wurde diese Politik offiziell zunächst als unzweideutig patriotisches Handeln dargestellt, das Demokratie und gesellschaftliche Normalität gegen die totalitäre Besatzungsmacht verteidigt und später sogar dem Widerstand Handlungsspielräume verschafft habe.

AB 1943, ALS VON SEITEN der Besatzungsmacht immer weitere Einschränkungen der politischen Autonomie und des zivilen Lebens durchgesetzt wurden und die Repression verschärft wurde, entstand massiver und zum Teil massenhafter ziviler und schließlich auch bewaffneter Widerstand. Die Verfolgung der dänischen Jüdinnen und Juden löste, stärker als in Norwegen starke Unterstützung seitens der nichtjüdischen Bevölkerung aus. Einige tausend Däninnen und Dänen jüdischen Glaubens konnten aus dem Land – zumeist ins schwedische Exil – gelangen. Hier setzt auch eine gewisse Legendenbildung an. Eine dieser Legenden ist die Geschichte, dass der dänische König mit einem „Judenstern“ durch Kopenhagen ritt, um die Ablehnung der Deportation zu dokumentieren.

Jede historische Phase wird im Nachhinein zum Gegenstand von Legenden- und Mythenbildung. Die widersprüchliche Wirklichkeit wird darin zu überschaubaren und geordneten „Geschichten“, in denen gut und böse klar unterscheidbar sind. Kennt Ihr solche Legenden in Bezug auf ihre nationale Geschichte oder auch in Bezug auf den zweiten Weltkrieg?

IN NORWEGEN WAR DIE SITUATION anders gelagert als in Dänemark. Die Regierung und der König waren geflohen und bildeten in London eine Exilregierung. Vidkun Quisling, der Führer der norwegischen nationalsozialistischen Partei „Nasjonal Samling“ hatte bereits im April 1940 versucht, sich an die Macht zu putschen, hatte zu dem Zeitpunkt jedoch noch keine Unterstützung von Seiten der Besatzungsmacht. Deutschland schwebte zunächst ein Modell der „geduldeten“ Okkupation wie in Dänemark vor. Als sich dieses als nicht realisierbar erwies, setzte man doch auf Quisling und eine „nationalsozialistische Revolution von oben“. Im September 1940 setzten die Deutschen Vidkun Quisling als Regierungschef ein. Gestützt auf die norwegischen Nazis – deren Zahl jedoch insgesamt recht klein blieb – etablierten die Deutschen das Besatzungsregime. Quisling wurde 1942 Staatsminister. Das Land sollte also nach deutschem Modell nazifiziert werden. Hiergegen regte sich in breiten Kreisen der Gesellschaft Widerstand. Ganze Berufsgruppen und Verbände verweigerten sich dem Zugriff der Nazifizierung. Aus diesen zunächst zivilgesellschaftlichen Protest- und Boykottformen heraus entstanden die Strukturen des organisierten politischen Widerstandes. Der nicht organisierte, spontane und im Alltag verankerte Abwehrkampf gegen die Nazifizierungspolitik, Teil des sogenannten „Holdningskampen“ [übers.: (Er-)Haltungskampf] blieb jedoch die gesamte Besatzungszeit hindurch bestehen. Relativ spät entstand aus den zunächst versprengten Partisanengruppen unter der Ägide von Exilstreitkräften und britischer Armee eine regelrechte militärische Widerstandsorganisation (Milorg).

Der zivile Widerstand in den skandinavischen Ländern gilt auch heute noch als „Modell“ für politischen Widerstand, sowohl gegen Diktaturen als auch in demokratischen Zivilgesellschaften.

Kennt Ihr Beispiele dafür, dass sich in aktuellen politischen Auseinandersetzungen auf den Begriff des „Widerstandes“ berufen wird?

Welche Vergleiche werden damit gezogen?

DÄNEMARK UND NORWEGEN waren für die deutschen Soldaten im Gegensatz zu den Fronten in West- und vor allem Osteuropa eher „Erholungsraum“. Aus deutscher Sicht stellte sich die Besetzung der beiden Länder als geradezu friedlich dar (was angesichts des Terrors gegen die Widerstandsbewegungen eine zynische Einschätzung ist). Tatsächlich gab es in Dänemark und Norwegen aber auch kaum Auseinandersetzungen zwischen deutschem Militär und dem bewaffneten Widerstand. Dies resultierte unter anderem aus der immensen militärischen deutschen Überlegenheit, die einen richtiggehenden Partisanenkampf aussichtslos erscheinen ließ. Zudem drohten die Deutschen bei Angriffen auf deutsche Soldaten mit der Ermordung von zivilen Geiseln und setzten diese Drohung auch um. Die militärische Widerstandsorganisation in Norwegen verübte eher Sabotageakte gegen deutsche Militäreinrichtungen oder, vor allem gegen Ende des Krieges, gegen Bahnlinien, um den Rückzug der Deutschen und ihren Einsatz gegen die Alliierten zu verhindern. 1942 versuchte Quisling einen Arbeitsdienst für Jugendliche einzuführen, woraus eine Rekrutierung für die deutsche Armee werden sollte. Dieses Vorhaben scheiterte am beinahe geschlossenen Widerstand der norwegischen Bevölkerung. Ein Großteil der betroffenen Jahrgänge tauchte unter, viele junge Männer schlossen sich dem Widerstand an.

SOWOHL IN NORWEGEN als auch in Dänemark fand jedoch eine massive ökonomische Kollaboration statt. Auf der Ebene der einfachen Arbeiter stellte die deutsche Armee in manchen Regionen den Hauptarbeitgeber dar, auf der Ebene von Wirtschaft und Industrie herrschte ein starkes Interesse daran, an den deutschen Kriegsgewinnen, z.B. der ökonomischen Ausbeutung Osteuropas, teilzuhaben. Dieser Aspekt wurde in beiden Ländern erst spät und mühsam aufgearbeitet.

EIN ANDERES SCHWIERIGES KAPITEL der norwegischen und dänischen Besatzungsgeschichte sind die Liebesverhältnisse zwischen dänischen bzw. norwegischen Frauen und deutschen Soldaten. Von deutscher Seite wurden keine Versuche unternommen, solche Verhältnisse zu unterbinden. Wenn daraus Kinder hervorgingen, konnten die Mütter sogar durch die „Lebensborn“-Organisation unterstützt werden. Von Seiten der okkupierten Bevölkerungen galten die sogenannten „Deutschenmädchen“ als unpatriotisch und ihr Verhalten als der schlimmste nur denkbare Verrat. Auch nach dem Krieg wurden diese Frauen nachhaltiger geächtet als politische Kollaborateure. Inzwischen ist klar, dass es eine sehr große Zahl solcher Beziehungen gab, aus denen an die zehntausend Kinder hervorgegangen sind. Mütter wie Kinder erfuhren in der Nachkriegszeit soziale Stigmatisierung und Ausgrenzung. Die „Deutschenkinder“ haben sich inzwischen organisiert und haben in Norwegen 2001 den Staat wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt.



Zu den „Kriegskindern“ in Norwegen, Dänemark und anderswo:

www.warandchildren.org/Organizations.htm

Sexualität ist immer auch ein Austragungsfeld und Instrument des Krieges, das reicht von Beziehungen zwischen Besatzungssoldaten und einheimischen Frauen über Militärbordelle und Zwangsprostitution bis hin zu Massenvergewaltigungen.

Wie stellte sich die Situation in eurem Land im Zweiten Weltkrieg dar? Gab es darüber in der Nachkriegszeit eine Auseinandersetzung?

Welche aktuellen Beispiele fallen euch hierzu ein?

Finnland

IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT suchte das souveräne Finnland eine Zusammenarbeit mit den baltischen Republiken und Polen. Schon zu Beginn der 20er Jahre war die finnische Außen- und Sicherheitspolitik an den Völkerbund angelehnt. Ab 1935 hat sich Finnland am skandinavischen Modell ausgerichtet. Die Beziehungen zur Sowjetunion blieben kühl bis feindselig. Als die Gefahr eines Angriffs durch Hitler größer wurde, nahmen die Sowjets 1938 Kontakt mit Finnland auf, um sich im Falle eines Präventivschlages ihrer Zusammenarbeit zu versichern und verlangten Gebietsabtritte mit dem Hinweis auf die strategischen Sicherheitsbedürfnisse von Leningrad. Trotz des sowjetischen Angebots Gebiete an der Inlandsgrenze im Tausch zur Verfügung zu stellen, lehnte die finnische Regierung dieses Ansinnen ab. Daraufhin kündigte die Sowjetunion den 1932 mit Finnland geschlossenen Nichtangriffspakt und griff am 30. November mit überwältigender Überlegenheit an. In diesem sogenannten Winterkrieg hielt die finnische Armee, wider Erwarten, 105 Tage den sowjetischen Truppen stand. Sehr viel länger hätte die finnische Armee nicht mehr kämpfen können, als mit der Hilfe von Schweden ein Friedensvertrag ausgehandelt wurde. Finnland konnte seine Unabhängigkeit zu einem hohen Preis bewahren – 25 000 Soldaten waren gefallen. Im Friedensvertrag von Moskau, am 13. März 1940 unterzeichnet, musste Finnland die Karelische Landenge und die äußeren Inseln im Finnischen Meerbusen an die Sowjetunion abtreten.

DIE FINNISCHE AUßENPOLITIK richtete sich nach diesem Friedensvertrag im Frühjahr 1940 stärker auf Deutschland aus. Es wurde damit die Hoffnung verbunden, dass nach einer möglichen Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen eine Revision der territorialen Bestimmungen des Moskauer Friedensvertrages mit deutscher Hilfe zu erreichen sei. Im Rahmen der Vorbereitungen für den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion gewann Finnland als Teil einer strategischen Einbeziehung Skandinaviens eine größere Bedeutung. So genehmigte Hitler Anfang August 1940 den Wiederbeginn der Waffenlieferungen an Finnland. Hintergrund dieser neuen Politik war die deutsche Befürchtung, dass die Sowjetunion ähnlich wie im Baltikum eine Einverleibung Finnlands vorsah und bei einer möglichen Okkupation Nordfinnland durch die Sowjetunion die kurz zuvor in einem deutsch-finnischen Abkommen ausgehandelten Nickelerz-Lieferungen aus dem Petsamo-Gebiet gefährdet sein könnten.

DIE VERFÜGUNGSGEWALT über die Nickelerzgruben in Nordfinnland, die Konzessionsrechte lagen bei einem britisch-kanadischen Konzern, entwickelte sich für die deutsche Kriegswirtschaft zu erstrangiger Bedeutung. Durch den kriegsbedingten Wegfall der überseeischen Lieferungen von Nickel, Molybdän, Kupfer und Schwefelkies war eine erhebliche Versorgungslücke entstanden und somit sollte der Bedarf für die deutsche Kriegsindustrie zu einem Großteil aus dem Petsamo-Gebiet

gedeckt werden. Die deutsch-finnischen Handelsverträge vom 29. Juni 1940 und 23. Juli 1940 sahen eine 60 % Lieferung der Nickelerz-Ausbeute an Deutschland vor. Damit war der gesamte deutsche Bedarf an Nickel gedeckt. Doch im Vordergrund standen für Nazi-Deutschland strategische Überlegungen. Mit dem „Kampf um den Lebensraum im Osten“ wurde ein ideologisch motivierter Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet. Finnland sollte sein Territorium als Aufmarsch-, Nachschub und Operationsbasis zur Verfügung stellen.

NACH DIESEM UMSCHWUNG in den Beziehungen zu Finnland wurden im großen Maßstab finnische Waffenwünsche erfüllt. Im Gegenzug stellte Finnland Schiffsraum für deutsche Nachschubtransporte zur Verfügung. Über finnische Häfen, die Eisenbahnlinien nach Rovaniemi und die Eismeerstraße gingen diese Transporte in das Petsamo-Gebiet. Bereits Anfang September wurde es Deutschland genehmigt, Waffen über finnisches Gebiet nach Nord-Norwegen zu transportieren.

DER IM JAHRESANFANG 1941 neu zusammengesetzten Allparteien-Regierung in Finnland gehörte zum ersten Mal die faschistische Vaterländische Volksbewegung an. Schon im Herbst 1940 war es zu Neugründungen von nationalistischen und rechtsradikalen Sammlungsbewegungen und einer nationalsozialistischen Bewegung gekommen.

In monatelangen Gesprächen und durch intensive Waffenlieferungen und Militärtransporte wurde die deutsch-finnische Waffenbrüderschaft fest geschnürt. Der finnischen Regierung sind recht bald die deutschen Absichten in der Sowjetunion klar gewesen. Ohne Bedingungen hat sich das finnische Oberkommando an Deutschlands Seite gestellt. Auch ist ein rund 1200 Mann starkes finnisches Freiwilligen-Bataillon für die Waffen-SS aufgestellt worden.

ALS DIE DEUTSCHE WEHRMACHT am 22. Juni 1941 ihren verbrecherischen Krieg gegen die Sowjetunion begann, gab die finnische Regierung eine Neutralitätserklärung ab. Die finnische „Neutralität“ war taktisch bedingt. Die Regierung in Helsinki sah in einem eigenständigen Eintritt in den Krieg die Möglichkeit eines „Fortsetzungskrieges“ in Anknüpfung an den Winterkrieg 1939/40. Mit der Teilnahme an dem deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wurde die Hoffnung verbunden, die an die UdSSR abgetretenen Gebiete zurück zu erlangen und das angrenzende Ostkarelien zu erobern. Nachdem in Folge des 22. Juni 1941 sowjetische Angriffe auf finnisches Territorium erfolgten, wurden diese Kampfhandlungen zum Eintritt Finnlands in den Krieg gegen die Sowjetunion benutzt.

Finnlands Kriegsbeteiligung zielte, wie erwähnt, auf territoriale Rückgewinnung bzw. Erweiterung, war aber kein Einverständnis mit Hitlers Programm des „Lebensraums im Osten“ und der programmatischen Zielsetzung eines Vernichtungskrieges.

Die Hauptkräfte der finnischen Armee griffen nördlich des Ladogasees und auf der Karelischen Landenge in die Kampfhandlungen ein. Sehr bald erreichten sie die alte finnische Landesgrenze nördlich von Leningrad. Somit waren sie Teil des Belagerungsringes um Leningrad. Die finnischen Truppen stießen weiter auf sowjetisches Gebiet vor. Die Rote Armee leistete zähen Widerstand. Im Dezember 1941 brach die finnische Armee ihre Offensive ab und an einem günstigen Frontverlauf wurde in die Defensive zu einem Stellungskrieg übergegangen. Dieser dauerte bis zum Juni 1944, dann ging die Rote Armee zum Angriff über. Die finnische Armee hielt diesem Angriff stand, doch Staatspräsident Ryti vertrat die Ansicht, Finnland müsse sich aus dem Abkommen mit Deutschland lösen und lege sein Amt nieder. Am 5.

August wurde Marschall Mannerheim zum Staatspräsidenten gewählt. Unter ihm leitete die finnische Regierung Verhandlungen über einen Waffenstillstand ein, der am 19. September 1944 abgeschlossen wurde.

EIN „TOTALER KRIEG“ ist von der finnischen Führung nie ausgerufen und geführt worden. Es wurde vielmehr ein nationales Überlebenskonzept befolgt. Der Krieg sollte unter allen Umständen mit einer noch kampffähigen Armee und einer weitgehend intakten Wirtschaft beendet werden. Daher hat sich Finnland nach langem Zögern den harten sowjetischen Waffenstillstandforderungen gebeugt, um einer Eroberung und Zerstörung des Landes zu entgehen. Gleichzeitig bestanden die Überlebensstrategien darin, den Friedensschluss mit der UdSSR so weit hinaus zu verschieben, dass von deutscher Seite Repressionsmaßnahmen in kalkulierten Grenzen gehalten werden konnten.

FINNLAND WAR ZWAR BESIEGT aber nicht besetzt und kaum zerstört. Im Friedensvertrag verlor Finnland wieder die Gebiete aus dem Winterkrieg und die Petsamoregion. Insgesamt musste Finnland 12 % seines Staatsgebietes abtreten. Als Reparationen wurden große Teile der finnischen Naturressourcen und der industriellen Produktion beansprucht. Ein weiterer wichtiger Teil des Friedensvertrages mit der UdSSR sah die Verpflichtung vor, alle Beziehungen zum Deutschen Reich zu beenden und die Rückführung der deutschen Truppen aus finnischem Hoheitsgebiet zu veranlassen.

Die deutschen Truppen zogen aus sowjetischem Gebiet nach Nordfinnland ab und bildeten nördlich von Rovaniemi eine Schutzstellung. Eine ganze Armee setzte sich im Winter über Nordfinnland nach Norwegen ab und hinterließ „Verbrannte Erde“. Das Land wurde systematisch verwüstet. Diese Absatzbewegung wurde auf deutscher Seite „Operation Nordlicht“ genannt. Wohnhäuser, Kirchen, Fähren, Anlegestellen, Nachrichten- und Eisenbahnnetz wurden nördlich vom Polarkreis zerstört. Die Landwirtschaft und Tiere (allein 24.000 Rentiere) fielen diesem Zerstörungswerk zum Opfer. Ganze Landstriche wurden nieder gebrannt, dem Erdboden gleichgemacht, die Bewohner vertrieben. Es dauerte Jahrzehnte, bis die Gegend wieder ganz aufgebaut worden war.

Schweden

MIT DEM ÜBERFALL der deutschen Truppen am 9. April 1940 auf Dänemark und Norwegen geriet auch Schweden in eine militärisch und ökonomisch schwierige Lage. Die schwedische Regierung versicherte der deutschen Regierung, dass sie nichts gegen das deutsche Vorgehen in den Nachbarländern unternehmen und an der bisherigen Neutralitätspolitik festhalten werde. Sehr bald beugte sich Schweden allerdings dem von Deutschland ausgeübten Druck und eine Neuorientierung in Richtung Berlin ließ das Land von Neutralitätsregeln Abstand nehmen. Zugeständnisse an Hitler wurden immer zahlreicher. So erlaubte die schwedische Regierung den Transit von Lebensmitteln, Medikamenten und Sanitätspersonal für die in Nordnorwegen kämpfenden Truppen. Nach dem Ende der Kämpfe um Narvik war Schweden zunehmend bereit, auf deutsche Forderungen einzugehen.

IM DEUTSCHEN OBERKOMMANDO war eine direkte Einbeziehung Schwedens in die Vorbereitungen zum Angriff auf die Sowjetunion nicht geplant. Dennoch wurde davon ausgegangen, dass deutsche Verbände über schwedisches Territorium Richtung Finnland in Marsch gesetzt werden müssten. Allerdings sind Forderungen nach vermehrter Nutzung des schwedischen Territoriums für Truppentransporte abschlägig

beschieden worden. Nur die Erlaubnis zur Nutzung schwedischer Gewässer zum Transport Richtung Norden wurde erteilt. Deutsche Militärkreise versuchten von Schweden die Erlaubnis zu erhalten, über ihr Gebiet weitere Militärtransporte von Norwegen nach Finnland und umgekehrt zu leiten. Schweden sollte sich durch Transiterlaubnis am „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ beteiligen, wie es deutsche Kreise nach der finnischen Beteiligung am „Fortsetzungskrieg“ formulierten. Die Wiedereinbeziehung Finnlands in den Krieg änderte Schwedens Haltung fundamental. Jetzt genehmigte die schwedische Regierung Nachschublieferungen in jedem technisch durchführbaren Ausmaß und es wurden auch Waffen und Munition an Finnland geliefert. Darüber hinaus gestattet Schweden der deutschen Luftwaffe Transport- und Kurierflüge durchzuführen und Flugplätze für Notlandungen zu nutzen. Die schwedische Marine leistete u.a. durch Minensperren Hilfe für den deutschen Angriff gegen die UdSSR.

SCHWEDENS INTERESSE BESTAND IN einer Souveränität Finnlands und daher wurden Überlegungen angestellt, die Möglichkeiten einer Moderation von Vorgesprächen zu einem Friedensschluss wieder aufzunehmen, wie es Schweden im Winterkrieg ebenfalls getan hatte. Hintergrund war nicht alleine die skandinavische Solidarität, sondern in erster Linie die Angst, möglicherweise die Sowjetunion zum Nachbarn zu erhalten. Daher setzte Schweden auf einen Friedensschluss zwischen der UdSSR und Finnland und einer maßvollen Unterstützung Deutschlands.

Diese Unterstützung Deutschlands hatte allerdings auch handfeste ökonomische Gründe. Zwei kriegswichtige Dinge konnte die Schwedische Industrie liefern, auf die Deutschlands Kriegsführung unbedingt angewiesen war. Zum einen deckte Deutschland den größten Teil seines Eisenerzbedarfs aus den nordschwedischen Gruben um Kiruna und zum anderen waren Kugellager unter schwedischem Patentschutz. Unmittelbar nach Kriegsbeginn sind die Eisenerzlieferungen an Deutschland entschieden angestiegen. Erst mit Vereisung der schwedischen Ostseehäfen wurden sie eingestellt. Daher sollte im weiteren Kriegsverlauf der eisfreie Hafen im norwegischen Narvik für die deutsche Rüstungsproduktion einen wesentlich höheren Stellenwert erhalten. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen diente unter anderem auch dazu, die internationale Konkurrenz von den schwedischen Eisenerzlieferungen abzuschneiden. Außerdem sollte damit politischer und militärischer Druck auf Schweden ausgeübt werden. Bis 1943 erreichten die Eisenerztransporte nach Deutschland Rekordausmaße. Bezahlt wurde in den letzten Kriegsjahren mit Gold.

Die schwedischen Kugellagerfabriken (SKF) besaßen während des 2. Weltkrieges noch uneingeschränkt das Patent für ihr Produkt. Die Firma war im überwiegenden Besitz der Enskilda Banken, die der Familie Wallenberg gehörte. Mit allen Kriegsparteien wurde eifrigster Handel getrieben. 60 % der Gesamtproduktion sind nach Deutschland gegangen. In Schweinfurt besaß die SKF eine eigene Fabrik, die 93% des deutschen Bedarfs lieferte. Der Bedarf der deutschen Rüstungsindustrie wuchs ständig an. Da die Kapazitäten in Schweden ausgeschöpft waren, wurden über Brasilien Kugellager aus der amerikanischen Produktion nach Schweden und weiter nach Deutschland geliefert. Da nach Geheimdienstberichten die amerikanische Regierung davon unterrichtet war, dass Schweden außerdem Munition und Treibstoff nach Deutschland lieferte, forderte der US-Außenminister Henry Simpson im April 1944 die sofortige Einstellung aller Lieferungen nach Deutschland. Die schwedische Regierung antwortete auf diese Forderungen hinhaltend und verzögernd. Erst nachdem sich nach Stalingrad die Kriegslage zu wandeln begann, hat SKF Gesprächsbereitschaft signalisiert.



Zur Aktion der Weißen Busse
siehe auch: www.Redcross.se

ERST IN DIESER PHASE begann eine Annäherung an die Westalliierten und in Schweden wurde über die zukünftige Nachkriegsrolle nachgedacht. Die schwedische Regierung wollte erreichen, dass sich die Westmächte weiterhin für die Zukunft Nordeuropas interessierten. Zudem fürchtete man eine sowjetische Dominanz in Nordeuropa und somit schien die Wiederannäherung an die Westmächte geboten. Schweden hatte Interesse an einem freien und unabhängigen Skandinavien und wollte zu einer friedlichen Lösung in den Nachbarländern beitragen.

IN DEN ZEITEN des „Winter- und Fortsetzungskrieges“ in Finnland wurden durch Schweden intensive Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung der zivilen Bevölkerung durchgeführt. Tausende finnische Flüchtlingskinder wurden aufgenommen. Auch Hilfsprogramme für Norwegen, insbesondere für Nordnorwegen mit Lebensmitteln, Treibstoff, Kleidung und Heizmaterial, wurden von schwedischer Seite auf den Weg gebracht. Nach dem Beginn der deutschen Politik der „Verbrannten Erde“ sind diese Hilfen intensiviert worden.

Schwedens Haltung war in vielen Bereichen seiner Politik im Zweiten Weltkrieg ambivalent. So war die Unterstützung Deutschlands aus politischen und vor allem ökonomischen Gründen sehr intensiv. Auf der anderen Seite wurde Hilfsmaßnahmen für die skandinavischen Bruderländer durchgeführt, so konnte u.a. der größte Teil der dänischen Juden 1943 nach Schweden gerettet werden. Auch hat Schweden Tausenden jüdischer Kinder aus Deutschland und Österreich Aufnahme gewährt, andererseits führte Schwedens Politik auch dazu, dass Juden von deutscher Seite ein „J“ in den Pass gestempelt wurde.

Die humanitären Aktionen allerdings, die Schwedens Rolle im Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart prägen, waren ein Ergebnis der veränderten geostrategischen Lage und der Wiederannäherung an die Westalliierten ab 1943.

So wurde die Entsendung des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, er gehörte zur Familie der SKF-Besitzer, nach Budapest zur Rettung von ungarischen Juden nicht vom schwedischen Staat sondern von jüdischen Organisationen und der Roosevelt-Regierung aus initiiert worden.

Auch die „Aktion der Weißen Busse“ oder besser bekannt als „Aktion Bernadotte“ – die Rettung skandinavischer Häftlinge aus deutschen Konzentrationslagern – ging von dänischen Initiativen und dem norwegischen Diplomaten und Repräsentanten der norwegischen Exilregierung in Stockholm Niels Christian Ditleff aus. Im Februar 1945 hat das schwedische Außenministerium den Beschluss gefasst, unter Leitung des Vizepräsidenten des Roten-Kreuz, Grafen Folke Bernadotte, eine Rot-Kreuz-Expedition nach Deutschland auszurüsten. In schwierigen und langwierigen Verhandlungen gelang es Bernadotte vom SS-Führer Heinrich Himmler die Erlaubnis zu erhalten, zuerst kranke und schwache dänische und norwegische Häftlinge aus deutschen Konzentrationslagern über Dänemark nach Schweden zu transportieren. Am 20. April 1945 konnten dann alle skandinavischen Häftlinge, die im KZ-Neuengamme gesammelt wurden, nach Schweden gebracht werden. Später konnten auch noch nichtskandinavische Häftlinge, darunter viele Jüdinnen und Juden, aus unterschiedlichen deutschen Konzentrationslagern nach Schweden evakuiert werden. Insgesamt wurden ca. 21.000 Häftlinge unterschiedlicher Nationalitäten im Rahmen der „Aktion der Weißen Busse“ gerettet.

DIE BESONDERE ROLLE Schwedens im Zweiten Weltkrieg wurde Jahrzehnte nahezu ausschließlich unter dem Mythos der humanitären Aktion gesehen. In den letzten Jahren beschäftigen sich zunehmend Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einer kritischen Sicht. 1998 wurde die schwedische Regierungsinitiative „Levande historia“ (Lebendige Geschichte) gegründet, die sich eine intensive Lehre, Forschung und Vermittlung über den Holocaust zum Ziel gesetzt hat. In den Jahren 2002 und 2003 steht die weitere Erforschung und mögliche Neubewertung der schwedischen Geschichte im Zweiten Weltkrieg auf dem Programm.



www.levandehistoria.org

Die baltischen Staaten im zweiten Weltkrieg und der Wandel zwischen 1989 und 1991

IM 20. JAHRHUNDERT hing die Unabhängigkeit der baltischen Staaten hauptsächlich von den beiden europäischen Großmächten – Deutschland und Russland (später die Sowjetunion) – ab. Der erste Weltkrieg hatte beide Länder geschwächt; beide hatten Revolutionen und Identitätskrisen durchlebt. 1918 nutzten die baltischen Staaten das so entstandene Machtvakuum, um sich von Russland zu trennen und ihre Unabhängigkeit zu erklären, die dann 1920 vom sowjetischen Russland anerkannt wurde.

Zwischen 1920 und 1940 bestanden die baltischen Staaten aus drei kleinen Staaten mit bedeutender Agrarwirtschaft. Sie empfanden sich als am äußersten Rand Europas. Die Wirtschaft, die sich bislang zum russischen Markt hin orientiert hatte, musste sich nun der neuen Situation anpassen. Diese ökonomische Umgestaltung bezog sich vornehmlich auf die Landwirtschaft und zielte darauf ab, die Produkte in den Westen zu exportieren. In den frühen 20er Jahren wurden radikale Wirtschaftsreformen durchgeführt. Landgüter in Estland und Lettland im Besitz der Deutsch-Balten bzw. im Besitz der Polen in Litauen wurden unter den Bauern aufgeteilt, was der wirtschaftlichen sowie politischen Macht der Deutsch- und Polnisch-Balten ein Ende setzte. Die Entwicklung des industriellen Sektors ging langsamer voran. Sie war in Estland am erfolgreichsten; Lettland und Litauen dagegen verzichteten auf Großindustrie und konzentrierten sich auf die Produktion von Verbrauchsgütern. Auf innenpolitischer Ebene wurden liberale Verfassungen eingeführt, bei denen das Parlament eine führende Rolle spielte. Es kam zu einem Zusammenschluss von Staatshäuptern und Regierung, die wiederum weitgehend vom Parlament abhängig waren. Dennoch waren die baltischen Staaten durch ihre politische Instabilität, den erheblichen Einfluss politischer Extreme und den Mangel an demokratischer Erfahrung gezeichnet, und schließlich etablierten sich in allen drei Staaten autoritäre Diktaturen, 1926 in Litauen, 1934 in Estland und Lettland.

In der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg gerieten mehrere europäische Länder unter einen autoritären politischen Einfluss, meistens durch rechte und konservative Gruppen. Worin könnte sich diese Entwicklung begründen? Wie stellte sich die Situation in eurem Land dar?

IN DEN 30ER JAHREN entwickelten sich sowohl Deutschland als auch die Sowjetunion zu totalitären Diktaturen und erlangten erneut politische Macht. Die baltischen Staaten gerieten in die politische Isolation. Sie unterhielten geringfügige interne Beziehungen, teilweise wegen des litauisch-polnischen Grenzkonflikts in bezug auf Vilnius. Als einzig bedeutendes Ereignis gilt die Ratifizierung eines Verteidigungs-Paktes zwischen Estland und Lettland im Jahre 1923, welche den Weg für die Bildung der Baltischen Union 1934 ebnete. Außenpolitisch versuchten die baltischen Staaten, bei gleichzeitiger

Bewahrung ihrer Neutralität, den Einfluss des nationalsozialistisch geführten Deutschlands wie auch der Sowjetunion zu minimieren und ein Gleichgewicht zwischen beiden Ländern aufrechtzuerhalten.

Am 23. August 1939 schlossen das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion einen Nicht-Angriffs-Pakt, (den sogenannten Molotov-Ribbentrop Pakt, MRP), welcher ein geheimes Protokoll enthält. Darin war bestimmt, dass Estland, Lettland, Ostpolen und Finnland unter sowjetische Herrschaft kommen sollten, Litauen und Westpolen dagegen unter die deutsche. Nach der Niederlage und Aufteilung Polens im September 1939 wurde auch Litauen Russland zugeordnet, woraufhin Russland dem litauischen Staat das besetzte Gebiet Vilnius „schenkte“. Das zwischen dem 28. September und 10. Oktober 1939 geschlossene Abkommen zwischen der Sowjetunion und den baltischen Staaten ermöglichte die Einrichtung russischer Militäreinheiten auf baltischem Gebiet, insgesamt etwa 75.000 Soldaten. Die Sowjetunion forderte das Gleiche von Finnland, allerdings erfolglos. Die Folge war der zwischen November 1939 und März 1940 geführte Winter-Krieg zwischen Finnland und der Sowjetunion. Daraufhin musste Finnland das Karelische Gebiet, samt Vyborg (Viipuri), an die Sowjets abtreten.

WÄHREND DES WINTER-KRIEGES von 1939–40 hielten sich die baltischen Staaten an ihre Neutralitätserklärung, obwohl in Estland positionierte sowjetische Militäreinheiten benutzt wurden, um Finnland anzugreifen. Die Regierungen der baltischen Staaten bemühten sich gute Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten und Zwischenfälle mit sowjetischen Streitkräften zu vermeiden, bis eine Besserung des internationalen politischen Klimas in Sicht sei.

Nach der deutschen Eroberung von Paris am 14. Juni 1940, wurden die baltischen Staaten von Russland aufgefordert, zusätzliche Truppen auf ihrem Territorium zu stationieren und neue Regierungen zu bilden. Zwischen dem 14. und 18. Juni 1940 wurden die baltischen Staaten besetzt. Sogenannte Volksregierungen wurden nach Vorschriften sowjetischer Abgesandter eingerichtet. Zugleich wurden kommunistische Parteien legalisiert und die Aktivitäten nicht-kommunistischer Gruppen als illegal deklariert.

Im Juli 1940 wurden „Pseudo“-Wahlen für regionale Parlamente organisiert. Am 21. Juli wurde eine Versammlung gebildet, die sich zum neuen sozialistischen Staat erklärte und sich mit dem Anliegen der Sowjetunion beizutreten an die Sowjets wandte, was schließlich im August 1940 offiziell geschah.

1940–1941, während ihres ersten Jahres als Mitglied der Sowjetunion, wurden die baltischen Staaten ihrer wichtigsten wirtschaftlichen Ressourcen entledigt; viele Mitglieder der professionellen Elite wurden ins Exil verbannt bzw. deportiert. Alle Wirtschaftsunternehmen wurden nationalisiert. Außerdem wurden Agrarreformen eingeführt, die vorschrieben, dass Privatbesitz nun auf 30 Hektar begrenzt war. Alles darüber hinaus wurde beschlagnahmt und unter den Kleinbauern oder Landarbeitern ohne eigenes Land verteilt.

Unmittelbar nach der Besetzung begann die politische Unterdrückung (Arrest, Deportation), im Juli wurden der lettische Präsident (Karls Ulmands) sowie der estnische (Konstantin Beets) nach Rußland deportiert (Litauens Präsident Ananas Smetona hatte das Land bereits vor der Besetzung verlassen) und der Austausch der Verwaltungsbeamten begann. Am 14. Juni 1941 fand eine Massendeportation statt, der ca. 48.000 Menschen zum Opfer fielen.

Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten war unter der deutschen Besatzung 1941 – 1944 nicht möglich. Die baltischen Gebiete sollten

germanisiert werden, wozu es allerdings durch den Krieg nicht kam. Die Unterdrückung der Menschen richtete sich vor allem gegen die Juden (siehe dazu untenstehende Tabelle). Trotz alledem gab es keinen militärischen Widerstand gegen die Deutschen. Ein Kampf gegen die Deutschen hätte mit einer anschließenden Schwäche bezahlt werden müssen, die eine neuerliche sowjetische Besatzung provoziert hätte. Daher gab es eher einen passiven Widerstand: das Verteilen von Flugblättern, illegale Zeitungen und die Vorbereitung auf die Unabhängigkeit, sobald sich dazu eine Gelegenheit bieten würde.

Der pro-sowjetische Widerstand war unbedeutend, nur in Litauen, wohin der Einfluss von weißrussischen Partisanen sowie von geflohenen jüdischen Widerstandskämpfern aus den Ghettos reichte, hatte er Bedeutung. Viele Balten traten den deutschen Truppen bei, motiviert durch die Leidenszeit unter der sowjetischen Besatzung. 1944 dienten insgesamt 60.000 Esten und über 100.000 Letten in der deutschen Armee, ein Teil von ihnen war eingezogen worden, ein anderer Teil diente als Freiwillige. Die Litauer stellten ihre eigenen Truppen. All diese Truppen agierten 1944 als Verteidigungstruppen gegen die Sowjets, die die baltischen Staaten erneut eroberten.

Die Eliten oder die politisch aktiveren Gruppen, die man brauchte, um eine funktionierende Gesellschaft zu führen, und die Juden, besonders aus Litauen und Lettland, gehörten zu den Opfern des Krieges.

Verluste der baltischen Staaten von 1939–59

	Estland	Lettland	Litauen	Gesamt
Rückführung der deutschen Balten 1939–41 nach Deutschland	20 000	60 000	50 000	130 000
Deportationen in die Sowjetunion	60 000	34 000	30 000	124 000
Opfer während der Nazi – Deutschen – Okkupation	10 000	37 000	10 000	57 000
ermordete oder deportierte Juden durch die Nazi-Deutschen 1941–44	4000	90 000	190 000	284 000
Rückführung der schwedischen Balten nach Schweden 1943–44	6000	-	-	6000
Flüchtlinge in den Westen 1943–45	65 000	115 000	70 000	250 000
Deportationen nach Sowjetrußland 1944–59	75 000	136 000	200 000	411 000
Opfer bei Grenzübertritten	65 000	30 000	-	95 000
Rückführung der Polen nach Polen 1945–47	-	-	180 000	180 000
Insgesamt	305 000	502 000	730 000	1 537 000
Einwohner 1940	1 054 000	1 886 000	2 925 000	
Menschenopfer in %	28,9%	26,6%	24,9%	

NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG wurden die baltischen Staaten formell Republiken der Sowjetunion. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung wurde die Schwerindustrie bevorzugt, die Landwirtschaft wurde kollektiviert. Das politische Leben wurde durch eine Partei bestimmt – die KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjet Union), die aus regionalen Territorien bestand, die als Republiken anerkannt waren. Die Mitglieder der örtlichen KP-s waren zum großen Teil Sowjetbalten (Balten, die vor dem Krieg in der Sowjetunion gelebt hatten und in den 40er Jahren zurückgekehrt waren) oder Ausgewanderte. Die örtlichen Machthaber gehörten alle der Partei an und waren bei



A. Kaelas, Baltikum i Sovjet-sfären, Stockholm 1960, p. 9



Die Zahl der Partisanen wurde in Estland auf 30 000 geschätzt, 40 000 in Lettland, bis zu 100 000 in Litauen. Die Bewegungen wurden brutal unterdrückt und gingen in den fünfziger Jahren ein.

Dazu auch: The Anti-Soviet Resistance, edited by Arvydas Anusauskas, Vilnius 2001



Viele Balten flohen nach dem Krieg; was wisst Ihr über Exil – Balten in Eurem Land, woher kamen sie? Wie halfen sie bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit ihrer Staaten und wie helfen sie, eine neue Gesellschaft aufzubauen?

ihrer Politikgestaltung von der Partei abhängig. Die höchste gesetzgebende Instanz war der Oberste Gerichtshof, der ehemals die Entscheidungen der Parteiführung bestätigte. Die Exekutivgewalt wurde vom Ministerrat ausgeübt.

Die Geschichte der baltischen Staaten

DIE GESCHICHTE DER BALTISCHEN STAATEN von 1944–91 kann in folgende Perioden unterteilt werden:

Nachkriegs-Stalinismus (1945–53) charakterisiert durch die Entwicklung der Schwerindustrie, Kollektivierung der Landwirtschaft, Massenunterdrückung und aktiver Widerstand (sogenannte Waldbrüder).

Am Ende dieser Periode war die soziale und ökonomische Elite ausgerottet oder ruiniert, auf allen Gebieten nahm man ihnen das Entscheidungsrecht.

Wiederherstellung der nationalen Kulturen (1954–1968) begann mit dem Tod von Stalin, als N. Chruschow die Macht übernahm. Die Unterdrückung nahm ein Ende, die Kontakte zum Westen wurden wieder hergestellt. In Estland wurde dies durch die Nähe zu Finnland ermöglicht, die eine gute Beziehung zu den Sowjets hatte ebenso wie eine Sprachverwandschaft mit der estnischen Sprache. Auf wirtschaftspolitischer Ebene gestand man ihnen mehr lokale Entscheidungsrechte zu.

Zu Beginn der sechziger Jahre wuchs eine neue Generation von Intellektuellen heran, die weder am Krieg teilgenommen noch die Stalin Ära miterlebt hatten und die in dieser liberalen Situation eine Chance sahen, einen humanen Sozialismus zu erschaffen. Viele von ihnen wurden die Führer der Liberalisierung in den Achtzigern und sind heute noch politisch aktiv. Ihre damalige Hoffnung wurde aber durch die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 zerstört.

Während der **Zentralisierung und der Verwestlichung** (1968–80) wurden einerseits westliche Einflüsse im alltäglichen Leben und in der Kultur verstärkt, andererseits wurde aber der Druck und die Kontrolle durch die Machthaber verstärkt. Die Wirtschaft wurde wieder einer Zentralmacht unterstellt und das Wirtschaftswachstum sank. Der Kontakt zum Westen wurde erneut beschränkt.

Der Höhepunkt der Stagnation fand 1980-86 statt. In den baltischen Staaten drückte sich dies in einer Art Russifizierung aus, die mit der Verdrängung der lokalen Sprachen einher ging. Davon waren besonders Lettland und Estland betroffen, da durch die Industrialisierung viele Arbeitermigranten in den Ländern lebten. Es gab große russisch besiedelte Gebiete (Nordost Estland, Südost Lettland), selbst in den drei Hauptstädten wurden die ursprünglichen Bewohner zur ethnischen Minderheit.

Vor **der nationalen Renaissance** 1987–90 hatten die baltischen Staaten drei Hauptprobleme:

1. Die Führung der Wirtschaft durch eine Zentralmacht. Die Unternehmen unter den sowjetischen Ministerien (sogenannte Einheitsfabriken) arbeiteten völlig unabhängig von örtlichen Behörden, ihre Arbeiter rekrutierten sie von außer halb, oft auch das Führungspersonal, darüber hinaus wurde die Produktion meistens in andere Sowjetrepubliken verkauft.

2. Die Einwanderung nach Estland und Lettland und der verringerte Gebrauch der eigenen Sprache. Im Jahre 1989 waren in Estland nur 64% der Bevölkerung estnischer Abstammung und in Lettland gab es nur noch 51% Letten. In Litauen machte die einheimische Bevölkerung rund 80% aus. Dies war dem Umstand zu verdanken, dass Litauen vor dem Krieg eher ein Agrarstaat war und dass nach der Industrialisierung die benötigten Arbeiter aus den eigenen ländlichen Gebieten kamen.
3. Umweltprobleme durch die kolonialen Sowjetfabriken und Truppenbasen.

DIESE DREI PROBLEME waren eng mit einander verwoben und konnten nicht einzeln gelöst werden. Als Michael Gorbatschow 1985 mit Perestroika und Glasnost begann, wurden diese Probleme von der sowjetischen Presse verschwiegen. Die Tschernobyl Katastrophe 1986 erschuf ein riesiges Umweltproblem in der gesamten Union.

Die Befreiung der baltischen Staaten begann mit Protesten im Umweltbereich. Neben den kulturellen und sozialen Protestaktionen waren die Umweltthemen politisch neutral und daher ungefährlich.

In den Achtzigern waren Umweltthemen überall im Ostseeraum ein großes politisches Thema, die Industrialisierung mit ihren Konsequenzen geriet unter Druck. Wie sieht die Situation der politischen Diskussion um den Umweltschutz in Eurem Land aus?

Die Hauptereignisse der Befreiung in den baltischen Staaten sehen wie folgt aus:

- 1987: Umweltbewegungen auf einer basisdemokratischen Ebene, in denen die Toleranzschwelle der Machthaber getestet wurde.
- 1988: Intervention der Intellektuellen und einer breiten Bevölkerungsmehrheit in die Politik; Forderungen nach einer größeren Autonomie.
- 1989: erste offizielle Unabhängigkeitsforderungen.
- 1990: Suche nach Wegen in die Unabhängigkeit.
- 1991: Erreichung der Unabhängigkeit.

ES IST BEMERKENSWERT, dass die Führungsrolle in diesem Prozess zwischen den Ländern wechselte, 1987 war Lettland das aktivste, 1988 Estland, von 1989 an übernahm Litauen die Führungsrolle.

Das Jahr 1987 begann mit Protesten in Lettland. Schon 1985 hatte Moskau den Plan gehabt, ein hydroelektrisches Kraftwerk in Plavinas bei Daugava zu errichten. Die Inbetriebnahme dieses Kraftwerkes hätte große Gebiete von Mittelllettland überflutet. Im Herbst 1986 erschien in der Presse ein Aufruf, gegen die Errichtung des Kraftwerkes zu protestieren, indem die Bevölkerung Protestbriefe schicken sollte. Diese veranlaßten die Machthaber, das Projekt Ende 1987 einzustellen. Zur selben Zeit wurde in Estland eine Umweltbewegung ins Leben gerufen, der so genannte Phosphor Krieg. In Nord-Estland, in der Nähe von Rakvere, wollte die Zentralmacht die größten Phosphorminen in Europa errichten. In diesem Gebiet gab es die besten Böden für die Landwirtschaft in ganz Estland, die ruiniert worden wären, wenn die Minen ihre Arbeit aufgenommen hätten. Und dieses Projekt hätte erneut eine große Anzahl an Arbeitsmigranten ins Land gebracht. Im April 1987 begannen Proteste laut zu werden, besonders von Studenten und Intellektuellen, im Herbst 1987 stoppte die estnische Regierung vorübergehend das Projekt.

DIE UMWELTPROTESTE VERURSACHTEN eine Diskussion über die sowjetische Wirtschaftspolitik. Im September 1987 stellten 4 estnische Wirtschaftswissenschaftler (Edgar Savisaar, Siim Kallas, Mikk Titma, Tiit Made) eine Alternative zur Planwirtschaft vor: IME – Isemajandav Eesti (Selbstfinanziertes Estland), welche die wirtschaftliche Autonomie Estlands innerhalb der Sowjetunion vorschlug.

1987 begann der Protest auch in anderen Bereichen. Am 14. Juni 1987 wurde in Riga die erste politische Versammlung zum Gedenken des Jahrestages der Deportation von 1941 abgehalten, am 23. August (der Jahrestag des MRP) gab es diese Versammlungen bereits in allen Hauptstädten der baltischen Staaten. Die Organisatoren gehörten Dissidentenzirkeln an, die forderten, dass man die geheimen Protokolle des Molotow-Ribbentrop-Paktes veröffentlichen sollte. Sie forderten ebenso die Anprangerung der stalinistischen Massenunterdrückung.

Geschichte spielt in der Gestaltung von Politik eine wichtige Rolle. Welche anderen Formen von „Geschichtspolitik“ kennt Ihr?

1988 ÜBERNAHM ESTLAND die Führungsrolle. Noch im November 1987 hatten die Machthaber in Lettland versucht (im Februar 1988 in Estland und Litauen) die „Vorkriegsgedenkfeiern“ (Friedensvertragstag in Taut am 2 Februar, Unabhängigkeitstag in Litauen am 16 Februar und der estnische Unabhängigkeitstag am 24 Februar) zu verhindern. Zur selben Zeit veränderte sich die Situation in Estland, im Januar 1988 wurde der konservative Ideologe der Estnischen Kommunistischen Partei (KP) Rein Ristlaan gegen den liberaleren Indrek Toome ausgetauscht, der den Dialog mit den Reformern begann.

Wenn 1987 der Protest noch in den Kinderschuhen steckte, so begannen 1988 die Intellektuellen in den Prozess einzugreifen. Am 1.–2. April 1988 kritisierte die estnische Kunstgesellschaft bei ihrem Treffen sehr deutlich die Handlungen des estnischen Ministerrates und sprachen ihm ihr Misstrauen aus (ähnliche Treffen gab es auch in Riga und Vilnius im Juni).

Im April 1988 wurde die Estnische Volksfront (Eesti Rahvarinne, ERR, Führer Edgar Savisaar) gegründet – sie wurde die erste Massenorganisation. Die Mitglieder kamen aus der kommunistischen Partei (Reformer) sowie aus unterschiedlichsten Bereichen. Im Juli wurden ähnliche Organisationen auch in Lettland (Latvijas Tautas Fronte, Führer Dainis Ivans) und in Litauen (Sajudis, Führer Vytautas Landsbergis) gegründet. Sie hatten ca. 100 000 Mitglieder in jedem Land und beeinflussten stark die örtlichen kommunistischen Parteien. Es war ihr Ziel, eine eigenständige Wirtschaft innerhalb der Sowjetunion zu errichten, die Zuwanderung zu reduzieren, Privatunternehmen zu legalisieren und die Umwelt zu schützen. In Estland war die Führungsspitze der kommunistischen Partei bereits ausgetauscht worden, daher waren die Kontakte zwischen der ERR und der kommunistischen Partei recht gut. In Lettland und Litauen waren die Beziehungen dagegen recht kühl und die neu formierten Bewegungen radikaler.

IM JUNI NAHMEN die Proteste der Bevölkerung plötzlich zu, von Estland aus begann die sogenannte singende Revolution, eine sehr gefühlvolle Massenbewegung. Zu dieser Zeit wurden die Landessymbole und Fahnen (Trikoloren) legalisiert. Der Einfluß der KP begann zu sinken, am 16. Juni wurde der estnische Führer der KP, Karl Vaino gegen den liberalen Vaino Väljas ausgetauscht. Im Herbst bekannte sich die gesamte Führung der KP zu den reformerischen Ideen. In Lettland und Litauen vollzog sich der Wechsel der Führungsspitze der Partei erst im Oktober, als Algirdas Brazauskas die Führung der litauischen KP und Janis Vagris die Führung der lettischen KP übernahm.

NEBEN DER VOLKSFRONT gab es noch eine Reformbewegung auf nationaler Ebene, die von ehemaligen Dissidenten angeführt wurde. Diese verlangten die völlige politische Unabhängigkeit von der Sowjetunion, indem sie sich auf die unrechtmäßige Besetzung von 1940 beriefen und von daher auf den rechtlichen Fortbestand der baltischen Staaten beharrten. Im August wurde die Estnische Partei der Nationalen Unabhängigkeit gegründet, ähnliche Parteigründungen fanden auch in den anderen beiden baltischen Staaten statt. Während in Estland die Beziehungen zwischen der ERSP und der Volksfront recht kühl waren (wegen der Zusammenarbeit mit der KP), hatten sie in Lettland und Litauen einen engeren Kontakt.

UM DEN NATIONALEN TENDENZEN in Estland und Lettland entgegen zu treten, formierten sich sogenannte Internationale Bewegungen (in Estland im Juli, in Lettland im Oktober), in denen sich hauptsächlich der eingewanderte russisch sprechende Teil der Bevölkerung zusammenschlossen, die in den gegenwärtigen Ereignissen eine Gefahr für ihre Privilegien sahen (Dominanz der russischen Sprache, etc.). Ihr Hauptanliegen war es, den „nationalistischen“ Tendenzen entgegen zu treten und den Bestand der Sowjetunion zu sichern. Ein heikles Thema, dass dadurch zu einem schwerwiegenden Problem wurde, dass die eingewanderten Arbeiter in vielen strategisch wichtigen Wirtschaftszweigen eine dominante Rolle einnahmen (Erdöl, Energie, Eisenbahn). Dadurch ging der Unabhängigkeitsprozess in Estland und Lettland etwas langsamer vonstatten und war durch mehr Kompromisse gekennzeichnet. Die Einwandererbewegung in Litauen Jedinstvo hatte weniger Einfluss und ihre Mitglieder kamen meistens aus nicht russisch sprachigen Ländern (z.B. Polen). Am 16. November 1988 nahm der Oberste Gerichtshof von Estland die Unabhängigkeitserklärung an, (als erstes Land der Sowjetunion), in der die übergeordnete Stellung der estnischen Gesetzgebung gegenüber dem sowjetischen Recht festgelegt wurde. Das war die Antwort auf Michael Gorbatschows Bestrebungen, die Zentralmacht zu stärken und die Verfassung der Sowjetunion zu verändern. Ähnliche Unabhängigkeitserklärungen wurden von Litauen (Mai 1989) und Lettland (Juli 1989) angenommen, später auch von anderen Sowjetrepubliken.

1989 ÜBERNAHM LITAUEN die Führungsrolle. Es wollte eine offizielle Unabhängigkeit erreichen. Es gab zwei verschiedene Vorstellungen, wie diese Unabhängigkeit aussehen könnte. Die erste wurde die Nullvariante genannt: Es sollte ein neuer Staat errichtet werden, mit allen Einwohnern, inkl. aller Einwanderer, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf dem Territorium des neuen Staates lebten, und alle sollten die Staatsbürgerschaft erhalten. Die zweite Vorstellung ging von dem rechtlichen Fortbestand des alten Staates aus und daher sollten nur die Einwohner die Staatsbürgerschaft erhalten, die vor der Besetzung von 1940 bereits im Lande lebten – selbstverständlich auch ihre danach geborenen Abkömmlinge, die Einwanderer wurden erst nach einer Einbürgerung Staatsbürger des Landes. In Lettland und Estland einigte man sich auf diese zweite Variante, da die Zahl der Einwanderer sehr hoch war. 1989 begann die Registrierung der Bürger in beiden Ländern, und diese registrierten Bürger wählten 1990 eine alternative Machtinstitution, den Estnischen und den Lettischen Kongress.

Das Jahr 1989 begann damit, dass die lokalen Sprachen zu den offiziellen Landessprachen erklärt wurden (in Litauen im Mai 1989). Der Vorkriegsgedenktag von 1918 wurde zum ersten Mal offiziell begangen.

1989 WURDE IN DER SOWJETUNION die Wahl für die Abgeordneten des Volkskongresses abgehalten; in den baltischen Ländern wurden meistens die Abgeordneten der Volksfront gewählt. Ihr Hauptanliegen war es, die geheimen Protokolle des Molotow-Ribbentrop-Paktes zu veröffentlichen und sie zu annullieren.

Offiziell wurde ihre Existenz von den Sowjets geleugnet. Im August 1989 entschied eine spezielle Kommission allerdings, dass diese Protokolle existiert haben. Als politisches Manifest gedacht, organisierte die Volksfont am 23. August (50. Jahrestag des MRP) die größte Massenveranstaltung, die baltische Kette – eine Menschenkette zwischen den drei Hauptstädten, an der 2.000.000 Menschen auf einer Strecke von 600 Kilometern teilnahmen.

ZUR SELBEN ZEIT zerfielen die kommunistischen Systeme der Staaten in Osteuropa, und es kamen durch freie Wahlen nicht-kommunistische Kräfte an die Macht. Der Umstand, dass sich die Sowjets nicht in diese Ereignisse einmischten, ermutigte die baltischen Bewegungen. Im Dezember 1989 erklärte der Kongress der Volksabgeordneten offiziell die Existenz des geheimen Protokolls des MRP und seine Unrechtmäßigkeit von Vertragsbeginn an.

IM MÄRZ 1990 wurden überall in den Sowjetrepubliken die ersten freien Wahlen mit verschiedenen Parteien für die obersten lokalen Ratsversammlungen organisiert. In den baltischen Staaten wurden diese Wahlen von den Unabhängigkeitsbefürwortern gewonnen, trotz der Tatsache, dass auch die Einwanderer und die Angehörigen der russischen Truppen an dieser Wahl teilnahmen.

Im Februar wurden auch die alternativen Wahlen für den Estnischen und Lettischen Kongress abgehalten, die sich für eine Staatsbürgerschaft beruhend auf der Vorkriegsstaatsbürgerschaft aussprachen. In Estland hatte dieser alternative Kongress einen erheblichen Einfluss, in Lettland dagegen eher einen geringen.

DER FÜHRENDE STAAT war aber immer noch Litauen. Am 11. März 1990 erklärte der oberste Litauische Rat Litauen zu einem unabhängigen Staat (als erster der Sowjetunion.). Moskau antwortete mit einer dreimonatigen Wirtschaftsblockade, bis sich Litauen bereit erklärte, ihre Unabhängigkeitserklärung für 6 Monate aufzuschieben. Estland und Lettland unternahmen keine solch radikalen Schritte; im Mai 1990 riefen sie eine Übergangsperiode aus und nahmen wieder ihre alten Vorkriegsnamen an. Im Herbst 1990 begann die estnische Regierung unter der Führung der Volksfront (Ministerpräsident E. Savisaar) eine Wirtschaftsreform einzuleiten, die eine Zollgrenze zur restlichen Sowjetunion, eine Preisreform auf Grundlage eines freien Marktes und die Einstellung der Zahlungen für den gemeinsamen Haushalt der Union beinhaltete. 1991 ging Estland zu einer wirtschaftlichen Eigenfinanzierung über. 1991 wurde Michael Gorbatschows Politik wesentlich konservativer und die Unabhängigkeit der baltischen Staaten sollte gewaltsam verhindert werden. Am 13. Januar versuchte Moskaus Spezialtruppe, OMON, die litauische Regierung zu stürzen und die alte pro-sowjetische wieder einzusetzen. In einer blutigen Auseinandersetzung wurden 14 Menschen getötet, aber Litauen nahm seine Entscheidung nicht zurück. Ein paar Tage später kam es in Riga zu ähnlichen Ereignissen. Die baltischen Bestrebungen wurden von dem russischen Präsidenten Boris Jeltsin stark unterstützt, der sich am 13. Januar in Tallinn mit baltischen Führern traf und Verträge zwischen Rußland und den baltischen Staaten aushandelte.

AM 17. JANUAR 1991 führte Gorbatschow ein Referendum zum Fortbestehen der Sowjetunion durch. Die baltischen Staaten boykottierten es und organisierten ihre eigene Volksabstimmung zur Unabhängigkeit (in Litauen am 10. Februar, in Lettland und Estland am 3. März), bei denen die Unabhängigkeitsbefürworter gewannen. In Litauen waren 90% der Wähler dafür, in Lettland 73,6 und in Estland 77,8%. Michael Gorbatschow begann daraufhin mit offiziellen Verhandlungen, die allerdings verschleppt wurden. Am 19. August unternahm konservative Kräfte einen Putschversuch und wollten Gorbatschow stürzen, der Putsch wurde jedoch niedergeschlagen. Anlässlich dieser Ereignisse erklärten sich die baltischen Staaten endgültig für unabhängig, Estland am 20. August, Lettland am 21. August. (Litauen hatte dies bereits 1990 getan). Am 24. August wurden sie von der Russischen Föderation anerkannt, die Sowjetunion folgte am 6. September. Am 17. September wurden die baltischen Staaten in die UN aufgenommen. Die russischen Truppen verließen die baltischen Staaten 1993–1994.

Diskussion



Was sind die Unterschiede, was die Gemeinsamkeiten bei der Verfolgung der Unabhängigkeit der einzelnen baltischen Staaten?

Welche politischen Erfahrungen können die baltischen Staaten durch ihre Mitgliedschaft in die EU einbringen?

Die deutsche Wiedervereinigung

Das bekannteste Symbol des „Kalten Krieges“, wie seit 1948 die Spannungen zwischen den westlichen Demokratien und den sozialistischen Staaten im Osten bezeichnet wurden, war die Berliner Mauer, die seit 1961 die Stadt teilte. Die Blockkonfrontation zwischen Ost und West war auch bestimmendes Element im Ostseeraum: Die Sowjetunion hielt die drei baltischen Staaten besetzt, Polen und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gehörten ebenfalls zum sowjetischen Einflussbereich. Die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und Norwegen gehörten der NATO an, Schweden und Finnland waren formal neutral. Oft waren die beiden neutralen Länder Vermittler oder Konferenzorte, wie bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die von 1972–1974 in Helsinki tagte und wo 1975 die „Schlussakte von Helsinki“ unterzeichnet wurde. Sie verpflichtete die Unterzeichner auf die Einhaltung der Menschenrechte und war gerade in den sozialistischen Ländern Bezugspunkt von oppositionellen Bewegungen.

ALLGEMEIN WIRD DIE ÖFFNUNG der Berliner Mauer am 9. November 1989 als Endpunkt des Kalten Krieges und der ideologischen Konfrontation betrachtet, auch wenn die Sowjetunion erst 1991 zerfiel. Die hohe symbolische Bedeutung dieses Ereignisses begründet diese Wirkung.

Im Beitrag sollen die außenpolitischen Konstellationen und als zweites die Entwicklungen in der DDR skizziert werden.



Die Blockkonfrontation hatte viele Verbindungen über die Ostsee abreißen lassen, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen waren unterbrochen. Der Ostseeraum selbst rückte an den Rand des Weltgeschehens. Gibt es Verbindungen, die nach 1990 wieder aufgenommen wurden – Schiffflinien, Zugverbindungen oder anderes, die vor 1939 schon bestanden haben?



Zum Kalten Krieg gibt es eine Internetseite:
www.coldwar.org/index.html

Zur Geschichte der Berliner Mauer:
<http://userpage.chemie.fu-berlin.de/BIW/wall.html>



Es gab viele Bedenken gegen die Wiedervereinigung Deutschlands, gerade angesichts der deutschen Geschichte. Worin könnten diese begründet sein?

Ein Beispiel hierzu unter www.ggyasi.org/Archives1.html

Die außenpolitischen Konstellationen und ihre Auswirkungen

DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG ist Teil des Umbruchs- und Auflösungsprozesses der ehemals sozialistischen Staaten und damit eines der wichtigsten Momente bei der Auflösung der Nachkriegskonstellation. Da die beiden deutschen Staaten augenfälliger Ausdruck der Teilung der Welt in zwei Machtblöcke waren, fokussieren sich in dem Einigungsprozess eine ganze Reihe von Elementen dieser Zweiteilung der Welt.

NICHT ZU DENKEN ist die deutsche Wiedervereinigung ohne die Änderungsprozesse, die 1985 mit dem neuen Generalsekretär der KPdSU, Michael Gorbatschow, eingeleitet wurde. Sein „neues Denken“ zielte auf eine Reform der sozialistischen Länder. Neben der Perestroika (Umgestaltung) und Glasnost (Transparenz) innerhalb der sowjetischen Gesellschaft gehörte dazu vor allem auch die Aufgabe der Breschnew-Doktrin, also des sowjetischen Anspruches auf Hegemonie über die osteuropäischen Länder, im Jahre 1988. Damit war der Weg frei für Reformprozesse in diesen Ländern. Polen ließ im April 1989 die viele Jahre verbotene Gewerkschaft Solidarnosc wieder zu und bereitete eine pluralistische Wahl vor, Ungarn hob im Mai 1989 die starken Grenzsicherungen gegenüber dem Westen auf. Diese Reformprozesse dynamisierten sich zum Ende des Jahres 1989.

POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER in dem Jahr bis zur deutschen Wiedervereinigung waren die beiden deutschen Staaten und die vier Alliierten, sowie in einer gewissen Weise noch Polen. Es bestanden Ende 1989 drei Interessensgruppen:

Die deutsche Bundesregierung – obwohl von der Entwicklung selbst völlig überrascht – setzte mit der Erklärung des konservativen Bundeskanzlers Helmut Kohls über den „10 Punkte Plan“ einer langsamen Vereinigung (mittels einer Konföderation) am 28. November 1989 die Wiedervereinigung wieder auf die aktuelle Tagesordnung. Dabei wurden die Deutschen von der amerikanischen Regierung unter Georg Bush (Senior) aktiv unterstützt.

Die Sowjetunion und die SED-Reformregierung der DDR unter Hans Modrow setzte auf Reformen, ähnlich wie in der Sowjetunion. Eine Wiedervereinigung war für sie kein aktuelles Thema. Gorbatschow sprach von den „Realitäten der Nachkriegsgeschichte“, die anzuerkennen seien. Eine Revision der Grenzen wurde abgelehnt.

England und Frankreich waren nicht prinzipiell gegen eine Wiedervereinigung, betrachteten sie aber auch nicht als aktuelle Frage. Sie versuchten immer wieder, eine Verlangsamung des Vereinigungsprozesses zu erreichen. Dabei drängte vor allem der französische Präsident Mitterrand sehr früh darauf, ein wiedervereinigtes Deutschland stärker in die damals noch EG heißende EU einzubinden.

NEBEN FRANKREICH UND ENGLAND waren auch die anderen europäischen Nachbarn von Deutschland etwas beunruhigt. Die größte Sorge war, dass ein größeres Deutschland die Revision der Grenzen in Europa anstreben könnte. Sie spielten bei den Verhandlungen insofern eine Rolle, als die Sicherung der polnischen Westgrenze Grundlage einer deutschen Wiedervereinigung war.

SEIT DER REFORMPOLITIK von Gorbatschow hatte die Sowjetunion – u.a. mit neuen Abrüstungsvorschlägen und der Aufgabe der Breschnew-Doktrin – die außenpolitische Bühne in Europa bestimmt. Seit der Maueröffnung jedoch geriet die Sowjetunion immer stärker in die außenpolitische Defensive.

IM DEZEMBER 1989 versuchte die Sowjetunion noch, ein Treffen der vier Alliierten zu organisieren, auf dem über das weitere Schicksal der beiden deutschen Staaten verhandelt werden sollte. Es kam zu einem Botschaftertreffen des Alliierten Kontrollrates am 11. Dezember 1989, dies war jedoch das letzte Treffen dieser Art. Die Bundesregierung empörte sich über jede Verhandlung allein unter Alliierten über Deutschland. Sie reklamierten das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und verlangte eine Beteiligung an jeglichen Verhandlungen über das weitere Schicksal Deutschlands. Bundeskanzler Kohl ging davon aus, dass die Bevölkerung der DDR über eine Wiedervereinigung frei abstimmen sollte und dieses Votum dann bindend sein werde.

Da die USA diese Haltung voll unterstützten, kam es auch zu keinen eigenen alliierten Verhandlungen über Deutschland mehr. Vielmehr folgten die sogenannten „2+4“-Verhandlungen. (beide deutsche Staaten und die vier Alliierten)

Im Februar 1990 wurden gemeinsame Verhandlungen beschlossen, die bis Juli 1990 mit drei Treffen auf Ministerebene und mehreren Treffen auf Beamtenebene stattfanden. Am 12. September 1990 wurde in Moskau der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ beschlossen, der bis zum 15. März 1991 von allen Ländern ratifiziert wurde. Erst seit diesem Zeitpunkt ist Deutschland auch rechtlich vollständig souverän.

ES GAB IN DEN ERSTEN MONATEN nach dem Mauerfall eine sich ständig dynamisierende Entwicklung auf die Einigung hin. Vor dem Mauerfall hatte kein Politiker, weder im Osten noch im Westen, mit einer deutschen Wiedervereinigung in so kurzer Zeit gerechnet.

Diskussion



Seit den 70er Jahren wurde seitens des Westens auf eine Kooperation mit der Sowjetunion hingearbeitet. Heute gibt es die Kritik, dass die Konfrontationspolitik des Westens gegenüber dem Osten hätte fortgesetzt werden sollen. Was hätten die Folgen sein können, was wäre anders gewesen?

DIE ANFÄNGLICHE ERWARTUNG, dass die DDR als Staat noch einige Zeit bestehen würde, gab die Bundesregierung im Januar endgültig 1990 auf. Stattdessen wurde nun Kurs auf eine schnelle Vereinigung genommen. Die Modrow-Regierung der DDR wurde seitens der Bundesregierung nicht mehr ernstgenommen, im März 1990 erlangte die „Allianz für Deutschland“ eine Mehrheit bei der vorgezogenen Wahl in der DDR. Sie bildete eine konservative Koalitionsregierung in der DDR, die auf einen sofortigen Anschluss an die BRD hinarbeitete.

Seit Januar 1990 war auch die Sowjetunion prinzipiell zur deutschen Einigung bereit. Allerdings versuchte die sowjetische Regierung vor allem ihre Sicherheitsbedürfnisse zu garantieren. Bei den Verhandlungen brachte sie immer wieder die Forderungen nach der Neutralität von Deutschland ins Gespräch. Die freie Bündniswahl – faktisch die Anerkennung der NATO-Mitgliedschaft von Deutschland – wurde im Juli 1990 bei bilateralen Verhandlungen zwischen Kohl und Gorbatschow im Kaukasus ausgehandelt. Im Gegenzug gewährte die BRD eine Reihe von Krediten und Unterstützung für die Sowjetunion. Zu berücksichtigen ist auch, dass zu der Zeit die Sowjetunion bereits zu zerfallen begann, Litauen schon seine Unabhängigkeit erklärt hatte.



Siehe auch den Text zu der Entwicklung im Baltikum.

DIE FESTE EINBINDUNG Deutschlands in die NATO war wiederum Bedingung der Amerikaner, die ansonsten die Bundesrepublik bei ihrem schnellen Einigungskurs vorbehaltlos unterstützte.

Zur außenpolitischen Regelung gehörte auch die Sicherung der polnischen Westgrenze, die die BRD 1970 zwar faktisch, aber nicht rechtlich anerkannt hatte. Zwar war bei den 2+4-Verhandlungen im Juli 1990 in Paris auch der polnische Außenminister anwesend, aber die Bundesregierung – und hierbei vor allem Kohl – bestanden darauf, dass eine abschließende Regelung der Grenze erst ein wiedervereinigtes Deutschland vornehmen könne. Dieser bilaterale Vertrag wurde am 14. November 1990 geschlossen. Gerade die Grenzfrage wurde in den skandinavischen Ländern mit einiger Sorge betrachtet, da die Befürchtung bestand, die Deutschen könnten Gebietsansprüche stellen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher reiste zum Beispiel im März 1990 nach Kopenhagen, um der dänischen Regierung zu versichern, dass es keinen Revanchismus der Deutschen geben werde.

DIE ENGLISCHEN UND FRANZÖSISCHEN BEDENKEN gegen die Einigung wurden vor allem durch eine verstärkte Einbindung Deutschlands in die EG-Strukturen abgefedert. Der Vertrag von Maastricht von 1992, die Europäische Währungsunion und andere Regelungen hin zur Europäischen Union waren auch das Ergebnis der deutschen Wiedervereinigung, da vor allem Mitterrand darüber hoffte, das größer gewordene Deutschland in multilaterale Strukturen einzubinden. Ergebnis der Verhandlungen war auch der Ausbau der KSZE-Strukturen zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE). Die alten Bündnisstrukturen des Ostens zerfielen sehr schnell, so der Warschauer Pakt oder das Wirtschaftsbündnis COMECON.

Diskussion



Worin sind die Ängste der europäischen Nachbarn gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung begründet gewesen?

Die Entwicklung in der DDR

DIE DDR hatte gegenüber den anderen sozialistischen Staaten keinen selbstverständlichen nationalen Bezugsrahmen: Mit der BRD bestand ein zweites Deutschland, mit dem sich die DDR in einem ständigen Kräfteressen und Vergleichen befand. Die BRD war für viele DDR-Bürger Bezugspunkt und bot mit der Nicht-Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft einen Fluchtpunkt für die DDR-Bürger: DDR-Bürger wurden in Westdeutschland wie Bundesbürger behandelt. Die DDR hatte kein sicheres „Staatsvolk“ wie die anderen sozialistischen Länder.

DIES WAR SICHER mit ein Grund, warum die DDR als eines der treuesten Vasallen der Sowjetunion galt und kaum eigenständige Politik – wie Polen oder Rumänien – gegenüber der Sowjetunion betrieb. Die von Gorbatschow eingeleiteten Reformprozesse wurden daher auch von der DDR äußerst skeptisch und ängstlich beobachtet und nicht übernommen. Der Bezug auf die Sowjetunion erhielt seit 1988 in der DDR subversiven Charakter. Der Propagandaspruch aus früheren Jahren „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ wurde von Oppositionellen aufgegriffen, um den Wunsch nach Reformen auszudrücken.

WWW

Unrer www.hdg.de/indexeng.html findet sich die Internetseite des „Haus der deutschen Geschichte“, ein Regierungsmuseum in Bonn zur Nachkriegsgeschichte von DDR und BRD mit interessanten Details; Die Homepage <http://home.ptt.rv/ego/> bietet eine Sammlung von Links zur DDR-Geschichte in deutsch, englisch und russisch.

DIE ÖFFNUNG DER UNGARISCHEN GRENZE zum Westen hin führte im Sommer 1989 zu einer verstärkten Ausreisebewegung von DDR-Bürgern über die nun offene Grenze. Es ist umstritten, ob diese Ausreisebewegung, die eine ständige Delegitimierung der DDR bedeutete, oder die inneren Reformkräfte den wesentlicheren Anteil an dem Zusammenbruch der DDR hatten. Faktisch geriet die DDR jedoch in eine schwere Krise im Sommer 1989, da die Zahl der Flüchtlinge in die Zehntausende ging und vor allem der Block der sozialistischen Länder auseinanderbrach. Die DDR schloss die Grenzen zu Polen und zu Ungarn, schließlich sogar zur CSSR.

DEMGEGENÜBER FORMIERTE SICH aber auch die Opposition in der DDR selbst. Im September 1989 wurde das Neue Forum gegründet, ein eigentlich für die DDR unvorstellbarer Gedanke, da sich eine tatsächliche Oppositionsgruppe formierte. Diese „Bürgerbewegung“ stellte in den nächsten Monaten eine Reihe von politischen Akteuren in der DDR, der Einfluss als Bewegung wurde jedoch geringer, als der politische Prozess in Richtung Wiedervereinigung ging.

Es ist in der SED-Führung auch über die „Chinesische Lösung“ diskutiert worden, also die bewaffnete Niederwerfung der Demonstrationen, wie sie im Sommer 1989 gegenüber der Studentenbewegung in China erfolgt war. Gleichzeitig gab es aber auch Reformkräfte in der SED, die sich gegen eine solche Lösung sperren.

Am 7. Oktober feierte die DDR ihren letzten Geburtstag, den 40. Jahrestag der Staatsgründung. Gorbatschow war anwesend. Das bekannte Zitat „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ ist allerdings so nicht von ihm gefallen. Er sagte vielmehr: „Unsere Erfahrungen und die Erfahrungen von Polen und Ungarn haben uns überzeugt: Wenn die Partei nicht auf das Leben reagiert, ist sie verurteilt.“

ENTSCHEIDEND WAR, DASS GORBATSCHOW gegenüber dem Politbüro der SED deutlich machte, dass die Sowjetunion bei inneren Problemen der DDR nicht militärisch eingreifen würde.

Der Wendepunkt war vermutlich der 9. Oktober 1989 in Leipzig, als mehrere zehntausend Menschen zu einer großen Demonstration unter dem Motto „Wir sind das Volk“ kamen und für Reformen demonstrierten. Die Staatssicherheit (Stasi), Volkspolizei und Nationale Volksarmee waren in großer Zahl angetreten, und es ist anzunehmen, dass Teile des Repressionsapparates eine gewaltsame Niederschlagung planten. Es gab aber aus der SED-Zentrale in Berlin nur widersprüchliche Anweisungen. Das hierarchiefixierte System der SED war nicht handlungsfähig: Es gab keinen eindeutigen Schießbefehl und die Demonstration verlief unblutig.

Die SED, der sowjetischen Unterstützung verlustig, versuchte durch die Ablösung von Staatschef Erich Honecker durch Egon Krenz am 18. Oktober eine „Wende“ einzuleiten. Am 4. November 1989 demonstrierten in Ostberlin mehrere hunderttausend Menschen für eine Reform, aber für den Erhalt der DDR als eigenständigen Staat. Die Delegitimierung des alten SED-Systems war unübersehbar. Dann passierte am 9. November ein Missgeschick: ZK-Mitglied Günter Schabowski erhielt bei einer Pressekonferenz Nachricht über eine Neuregelung der Ausreisemöglichkeit. Mit ihr sollten zwar die Ausreise und Besuchsreisen in den Westen erheblich erleichtert werden, aber es war eine langsame Umsetzung geplant. Auf die Frage eines Journalisten, ab wann die Regelung gelte, sagte Schabowski „ab sofort“, da er die Regelung selbst nicht mit entschieden hatte. Als sich dies



Philip Zelikov/ Condolezza Rice:
Germany Unified and Europe
Transformed, Cambridge MA,
1995. Deutsch unter dem Titel:
Sternstunde der Diplomatie. Die
deutsche Einheit und das Ende
der Spaltung Europas, Berlin
1999. Zitat S. 128.

herumsprach, strömten die Menschen zur Mauer und verlangten Durchlass. Die Grenzsoldaten, ohne irgendeine Anweisung, gaben dem Druck schließlich einfach nach und ließen die Menschen in den Westen. Die Mauer war offen.

NEUER MINISTERPRÄSIDENT wurde im Dezember 1989 der SED-Reformer Hans Modrow, der noch versuchte, die DDR zu reformieren. Es wurden Runde Tische zwischen Bürgerbewegung, Regierung und SED gebildet, die ebenfalls für eine Reform arbeiteten. Aber es gab auch einen Stimmungsumschwung. Die bekannten „Montagsdemonstrationen“ in Leipzig veränderten ihren Charakter: Die Parole „Wir sind das Volk“ lautete nun „Wir sind ein Volk“. Der Gedanke der Wiedervereinigung, der bei der DDR-Opposition keine Rolle gespielt hatte, dominierte nun die Straße. Dazu hatte natürlich auch beigetragen, dass die Bundesregierung ab Ende November für die Wiedervereinigung – wenn auch mit mehrjähriger Perspektive – eintrat.

ABER AUCH IN WIRTSCHAFTLICHER Hinsicht hatte die DDR angesichts der Ausweichmöglichkeit BRD kaum eine Chance. Ca. 2000 Menschen – überwiegend junge und qualifizierte – verließen während des Jahreswechsels 1989/90 täglich das Land. Die Bundesregierung verweigerte auch die Unterstützung der DDR, wenn nicht Reformen hin zur Marktwirtschaft erfolgen würden. Die strukturellen Daten der DDR machten jedoch eine Reform ebenso schwierig. Die DDR war im Ausland hoch verschuldet, die Industrieanlagen waren oft alt und unproduktiv, die Umweltverschmutzung hatte dramatische Ausmaße angenommen. Ein Fortbestand der DDR als eigenständiger Staat hätte viele Entbehrungen bedeutet. Der überwiegende Teil der DDR-Bevölkerung war aber nicht mehr bereit, sich auf Experimente eines „Dritten Weges“ einzulassen. Es kann daher für die folgende Zeit von einem eher immer stärker werdenden „Vereinigungsdruck“ durch die DDR-Bevölkerung gesprochen werden.

Diskussion



Noch in den 80er Jahren wurde häufig von einem „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus gesprochen – Warum spielt heute ein „Dritter Weg“ kaum noch eine Rolle in politischen Diskussionen?

DIE INNERE EINHEIT war letztlich im wesentlichen eine Verhandlungsfrage. Ende April 1990 einigten sich Kohl und der neue DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière auf die Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990. Ab diesem Zeitpunkt war die Deutsche Mark Zahlungsmittel in der DDR. Es war abzusehen, dass dieser ökonomischen Einigung sehr bald auch die politische folgen würde. Die Volkskammer der DDR stimmte am 23. August der Vereinigung mit der BRD zum 3. Oktober 1990 zu. Da es sich um einen Beitritt der ehemaligen DDR handelte, wurde auch die Verfassung der Bundesrepublik nicht neu diskutiert.

WENN AUCH DER „VEREINIGUNGSDRUCK“ die entscheidende Rolle bei der Wiedervereinigung gespielt hat, ist dieser gesamte Prozess dennoch nicht denkbar ohne die seit 1985 beginnenden Reformen in der Sowjetunion. Die sozialistische Staatengemeinschaft bestand 1991 nicht mehr: 1989 waren auch die sozialistischen Regierungen von Polen und Ungarn (durch Wahl), CSSR (durch Demonstrationen) sowie Rumänien (gewaltsam) gestürzt. Die Sowjetunion löste sich 1991, nach einem Putschversuch alter Kommunisten, auf. Die kommunistische Herrschaft – und damit auch die Blockkonfrontation – bestimmte nicht mehr das politische Geschehen in Europa.

FÜR DEN OSTSEERAUM waren die politischen Auswirkungen der Wiedervereinigung bald zu spüren. Ein Staat war verschwunden, im Baltikum entstanden drei neue Staaten. Polen wie die drei baltischen Staaten wurden intensiv vom Westen aus unterstützt, damit die ökonomische Situation stabilisiert werden konnte. Die politischen Gegensätze bestimmten nicht mehr die Politik im Ostseeraum.

Ein „Rat der Ostseerainerstaaten“ (CBSS) wurde 1992 gegründet. Alle Anrainerstaaten und Norwegen und Island gehören ihm an. Vom CBSS sind vier Mitgliedsländer der EU, vier haben die Mitgliedschaft beantragt, Russland ist über ein Partnerschaftsabkommen mit der EU verbunden.

WWW

Einen kurzen Überblick über die Einigungen in Deutschland gibt <http://www.intellectbooks.com/europa/number3/blacksel.htm>

Informationen zum CBSS: <http://www.baltinfo.org/CBSS.htm>

Quellen und Literatur:

Zur Hanse:

Ausklang und Nachklang der Hanse im 19. und 20. Jahrhundert, herausgegeben von Antjekathrin Graßmann, Trier 2001.

Philippe Dollinger, **La Hanse (XIIe-XVIIe siècles)**, Paris 1964. German: **Die Hanse**, Stuttgart 1966. English: **The German Hansa**, London 1970. Polish: **Dzieje Hanzy**, 1975.

Rolf Hammel-Kiesow, **Die Hanse**, München 2000.

Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos, herausgegeben von Jörgen Bracker, Volker Henn und Rainer Postel, Hamburg 21998.

Hjertman, E.G., Böhlin, P. **Hanseförbundet**, Christianstad 1833.

Jüri Kivimäe, **Hansa**, Tallinn 1994.

Arnved Nedkvitne, **Die Hanse und Norwegen – neue Perspektiven**

Jarle Simensen, **Die lange Geschichte**, pages 20–33.

Nordisk Familjebok, Konversationslexikon och realencyklopedi, 10.Bd., Stockholm 1909

Ingvild Øye, **Bergen and the German Hansa**, Bergen 1994.

Johannes Schildhauer/ Konrad Fritze/ Walter Stark, **Die Hanse**, Berlin 1981.

Johannes Schildhauer, **The Hansa. History and culture**, Leipzig 1985.

Erik Tiberg, **Moscow, Livonia and the Hanseatic League, 1487–1550**, Stockholm 1995.

Erika Uitz, **Die Frau in der mittelalterlichen Stadt**, Freiburg, 2. Auflage 1992.

Edgar Wolfrum, **Geschichte als Waffe**. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

Zweiter Weltkrieg und Folgen

Robert Bohn und Jürgen Elvert (Hg.): **Kriegsende im Norden**, Stuttgart.

David Cesarani / Paul A. Levine (Ed) **„Bystanders“ to the Holocaust, A Re-evaluation**, London, Portland 2002.

Ole Kristian Grimnes, **Occupation and Collective Memory in Norway**

Stig Ekman/ Nils Edling (Ed), **War Experience, Self Image and National Identity: The Second World War as Myth an History**, Stockholm 1997.

Steven Koblik, **The Stones cry out**. Swedens response to the persecution of the Jews 1933–1945, New York 1988.

Ingrid Lomfors/ Irène Lindgren und Renate Walder(ed), **Veränderliche oder unveränderliche schwedische Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges in Schweden, die Schweiz und der Zweite Weltkrieg**. Beiträge zum interdisziplinären Symposium des Zentrums für Schweizerstudien an der Universität Örebro, 30.9.–2.10–1999, Frankfurt am Maine, u.a. 2001.

Fritz Petrick, **Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940–1945)**, Berlin, Heidelberg 1993

Fritz Petrick, **Studien zur Nordeuropapolitik Hitlerdeutschlands**, Ruhestörung, Berlin 1998.

Gerd R. Überschär, **Die Einbeziehung Skandinaviens in die Planung „Barbarossa“**. **Finnland in Hitlers Kalkül bei der Wiederaufnahme seines „Ostprogramms“; und: ders: Die Position Schwedens während der Vorbereitungsphase des Krieges. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 4: Der Angriff auf die Sowjetunion**, Stuttgart 1983.

Ulrich Völklein, **Geschäfte mit dem Feind. Die geheime Allianz des großen Geldes während des Zweiten Weltkrieges auf beiden Seiten der Front**, Hamburg, Wien 2002.

Material im Internet

www.levandehistoria.org

www.Redcross.se

Geschichte der baltischen Staaten

Georg von Rauch, **Geschichte der Baltischen Staaten 1920–40**, Hannover 1986
(is also published in English)

Romuald J. Misiunas, Rein Taagepera, **The Baltic States, Years of Dependence 1940–90**, London 1993.

Rein Taagepera, **Estonia: return to independence**. Boulder, 1993.

Zigmantas Kiaupa, Ain Mäesalu, Ago Pajur, Gvido Straube, **The history of the Baltic countries**, Tallinn, 1999

Eberhard Demm, Roger No'el, William Urban, **The independence of the Baltic States: origins, causes, and consequences: a comparison of the crucial years 1918–1919 and 1990–1991**. Chicago, 1996.

Material im Internet:

20th Century Timeline for Baltic States <http://www.balticsww.com/timeline.htm>

Estonian history

www.ciesin.ee/ESTCG/HISTORY/

www.ibs.ee/ibs/history/brief/

www.estonica.org/eng/teema.html?kateg=43

Latvian history: www.vernet.lv/VT/history.html

Lithuanian history: www.randburg.com/li/general/general_6.html

Deutsche Wiedervereinigung

Alsop, Rachel (ed.): **German Reunification**, 1992, Gale Research

Anderson, Christopher/Kaltenthaler, Karl/Luthardt, Wolfgang (ed.): **Domestic Politics of German Unification**, 1993, ISBN 1-555- 87409-6

Fritsch-Bournazel, Renata: **Europe and German unification**, New York, Oxford 1992

Glaessner, Gert-Joachim/Wallace, Ian: **The German Revolution of 1989: Causes and Consequences**, London 1991

James, Harold/Stone, Marla (ed.): **When the Wall came down: reactions to German unification**, New York 1992

Merkel, Peter H./Glaessner, Gert-Joachim: **German Unification in the European Context**, Pennsylvania State University, 1994,

Chronologie: 1000 Jahre im Ostseeraum

Ostseegebiet vom 10. bis zum 20. Jh. Eine Chronologie

Zeit	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Deutschland	Dänemark	Schweden/ Norwegen	Finnland
10. Jh.	In diesen Gebieten siedeln Esten, Liven, Lettgaller, Kuren und Litauer. Sie leben überwiegend vom Ackerbau, Jagd und Viehzucht und bilden keine größeren staatlichen Strukturen aus. Sie werden mit als letzte Völker in Europa christianisiert.			966 König Mieszko I erhebt das Christentum zur Staatsreligion	962 Heiliges Römisches Reich (später mit dem Zusatz: deutscher Nation) gegründet.	Ca 960 König Harald Blauzahn erhebt das Christentum zur Staatsreligion im geeinten Dänemark		
				1096: Antijüdische Pogrome in Westeuropa während des Ersten Kreuzzuges. In den folgenden Jahrhunderten fliehen viele Juden vor der Verfolgung in Westeuropa in litauische und polnische Gebiete, wo sie Schutz und Aufnahme finden.	1096: Beginn der deutschen Ostexpansion. Slawische Gebiete (u.a. Ostholstein, Mecklenburg, Pommern) durch Dorf- und Städtegründungen unter Herrschaft deutscher Adeltiger	1066: Slawen zerstören Haithabu, das bedeutende Handelszentrum der Wikinger bei Schleswig. Die Dominanz der Wikinger im Ostseeraum beginnt zurückzugehen. Expansion der Wikinger (Normannen) durch die Eroberung von England im selben Jahr weitgehend abgeschlossen.		
11. Jh.					1143: Gründung Lübecks in der Nähe des slawischen Handelsplatzes Liubice. In diesem und dem folgenden Jahrhundert werden über 4000 Städte in Europa gegründet.			Finnen werden mit als letzte Volksgruppe in Europa christianisiert

Ostseegebiet vom 10. bis zum 20. Jh. Eine Chronologie

Zeit	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Deutschland	Dänemark	Schweden/ Norwegen	Finnland
12. Jh.					<p>1161: Hanse als Bezeichnung für die Gemeinschaft der Kaufleute des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, die in Gotland Handel treiben. In Nowgorod, Brügge, London und Bergen errichten die Hansekaufleute später große Kontore.</p>	<p>1104 Erzbistum im damaligen dänischen L und (heute Südschweden) für ganz Skandinavien eingerichtet.</p>	<p>1155 König Erik Heilige erobert mit erstem Kreuzzug Süd-westliches Finnland</p> <p>1164 Uppsala trennt sich von Lund ab und wird ein eigenes Erzbistum für Schweden.</p>	
13. Jh.	<p>1198 beginnt die Eroberung Estlands und Lettlands von den deutschen und dänischen Kreuzrittern.</p> <p>1201: Gründung Rigas</p> <p>1227 Eroberung Estlands beendet</p> <p>1290 Eroberung Lettlands beendet</p> <p>Der Deutsche Orden baut auf diesem Gebiet und Preußen den deutschen Ordensstaat auf.</p> <p>Hansische Kaufleute in der selben Gegend an Stadtgründungen beteiligt.</p>		<p>Um 1250: Litauer begründen ein Herzogtum im Kampf gegen den Deutschen Orden.</p>	<p>1231–88 Der Deutsche Orden erobert Preußen, das mit den deutschen Kolonisten besiedelt wird</p>	<p>1250 Friedrich II. stirbt, die kaiserliche Macht in Deutschland zerfällt.</p> <p>1294 Handelsrechte von Frauen werden in Lübeck garantiert</p> <p>13. Jh. Ostexpansion erreicht Preußen, Lettland und Estland.</p>	<p>1219 Dänemark erobert Nord-Estland und besitzt es bis zum 1346.</p> <p>1224 verliert Dänemark seine wendische Besitzungen an der Ostsee</p>	<p>Mit den Reformen von Birger Jarl ca. 1240–50 beginnt Schweden seinen Staatsaufbau.</p> <p>1250 Stockholm wird gegründet</p> <p>Mit den Kreuzzügen 1250 und 1293 gerät Finnland endgültig unter Herrschaft von Schweden bis 1809.</p> <p>1323 wird die Grenze zwischen Nowgorod und Schweden in Karelien festgelegt.</p>	

Ostseegebiet vom 10. bis zum 20. Jh. Eine Chronologie

Zeit	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Deutschland	Dänemark	Schweden/ Norwegen	Finnland
14. Jh.	1343–45 Aufstand der Esten, der von dem Livländischen Orden unterdrückt wird	Das litauische Großfürstentum steigt zur östlichen Führungsmacht auf.	1320 Wladislaw I. einigt verschiedene Gebiete erneut und krönt sich zum König	1356: Erster Hansetag in Lübeck. Es wurde die Handelsblockade von Flandern beschlossen, auch die Eigenbezeichnung erstmals „dudesche hanse“ verwendet. Von der Schutzorganisation der Fernhandelskaufleute vor Ort entwickelt sich ein Städtebund, der den Handel im Ostseeraum für Jahrhunderte dominiert.	Ca 1340–60 Innerer Streit und Kriege mit der Hanse	1361: Waldemar Atterdag IV bringt Visby unter dänische Herrschaft, die Hanse sieht sich in ihren Handelsprivilegien bedroht und beginnt einen Krieg gegen Dänemark.	Der Einfluss der deutschen Bürgerschaft in den schwedischen Städte wächst.	
	1346 Dänemark verkauft Nord-Estland an den Livländischen Orden	1385: Litauen geht eine Union mit Polen ein und 1387 wird das Christentum zur Staatsreligion erhoben	1364 Universität Krakau gegründet.	1386 Union mit Litauen		1370: Friede von Stralsund. Dänemark ist geschlagen, die hansische Handelshegemonie ist wieder hergestellt.	1397: Union von Kalmar: Dänemark, Schweden und Norwegen bilden eine Union. Die Dänische Königin Margarete I ist auch Königin von Norwegen (seit 1380 Personalunion).	
								1350: Die Pest, die seit 1347 von Italien ausgehend sich in ganz Europa verbreitet, erreicht den Ostseeraum. Ein Drittel der europäischen Bevölkerung fällt ihr zum Opfer. Die Bevölkerungsverluste durch die Pest führen zur „Agrarkrise“ in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, die Produktion von Getreide geht erheblich zurück

Ostseegebiet vom 10. bis zum 20. Jh. Eine Chronologie

Zeit	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Deutschland	Dänemark	Schweden/ Norwegen	Finnland
15. Jh.	Die Blütezeit des Hansehandels. 1494: Auflösung des Hansekontors in Nowgorod, das unter der Herrschaft des Moskauer Großfürstentums gekommen war. Reval und Dorpat übernehmen die Leitung des Osthandels.		1410: Schlacht von Tannenberg, der Deutsche Orden wird vom polnisch-litauischen Großherzogtum besiegt.		Die Blütezeit der Hanse. 1418: Die führende Rolle von Lübeck als „Vorort“ der Hanse in den hansischen Statuten formell bestätigt.	Zeit der Kalmarer Union Dänisch-hansische Kriege 1410, 1430–35 und Unionskämpfe zwischen Dänemark und Schweden. 1434–35 findet in Schweden ein Aufbruch mit Engelbrekt Engelbrektsson an der Spitze gegen die dänische Herrschaft statt.		
16. Jh.	1523 lutherische Reformation in den Städten. 1558–62 Livländischer Krieg, Russland siegt. Daraufhin kommt es 1583–1629 zum Russisch-polnisch-schwedischen Krieg in Livland, als dessen Ergebnis Livland zwischen den drei Ländern geteilt wird. 1561 wird das Kurländische Herzogtum gegründet, das bis 1795 besteht		1525 wird der Ordensstaat säkularisiert und unterstellt sich der polnischen Krone. 1569: Litauen gibt seine Selbstständigkeit gegenüber Polen in der Lubliner Union auf. Die Gegenreformation stellt den Katholizismus wieder Union mit Schweden 1592–99 bricht durch die Religionskämpfe zusammen.	1517 beginnt die Reformation. Sie vergrößert die Zersplitterung Deutschlands und führt zu inneren Konflikten in den Hansestädten zu	Luthertum breitet sich mit Reformation aus. Kampf mit Schweden um die Übermacht in Skandinavien. 1534–36: „Grafenfehde“; Thronwirren, Lübeck und Hanse durch Niederlage geschwächt.	1521–1523: Endgültige Lösung Schwedens von Dänemark, Gustav I. Wasa wird unabhängiger König. Ende der Kalmarer Union. Teile Südschwedens bleiben bis 1658 dänisch, Norwegen bis 1814 In seinem Kampf wird Gustav Wasa durch die Hanse unterstützt. Mit der Reformation setzt sich das Luthertum durch. 1561 König Erik XIV erobert Nord-Estland Rekatholisierungsversuche 1570–80. Union mit Polen 1592–99 bricht durch die Religionskonflikte zusammen.		
	15.–16. Jh.: Die Position der Hanse schwächt sich durch die Verlagerung der Handelswege in den Westen und die Verstärkung der Zentralmächte in den Territorialstaaten. „Sammlung der russischen Erde“ unter Moskaus Führung und Aufstieg zur Großmacht unter Iwan IV (1533–1584), aber Niederlage gegen Polen-Litauen und Schweden (1583).							

Ostseegebiet vom 10. bis zum 20. Jh. Eine Chronologie

Zeit	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Deutschland	Dänemark	Schweden/ Norwegen	Finnland
17. Jh.	<p>1600–1621 durch die Kriege mit Polen und Dänemark (1643–45) gelangen Estland und Livland unter schwedische Herrschaft.</p> <p>1632 Universität von Tartu (heute Dorpat) gegründet</p> <p>1680 Reduktionspolitik der baltendeutschen Landbesitzungen</p>	<p>1618–48 der 30-Jährige Krieg verwüstet Deutschland</p> <p>1648 Westfälischer Friede, Deutschland ist endgültig ohne einflussreiche Zentralgewalt, die einzelnen Fürstentümer steigen zu Großmächten auf, vor allem Preußen.</p> <p>1669: Letzter Hansetag, keine gemeinsame Organisations-politik mehr.</p>	<p>1600–1660 Thronstreit mit Schweden. Polen ist Großmacht in Ost-Europa.</p> <p>Durch bedeutende Position des Adels schwächt sich die Königsmacht.</p>	<p>Kriege mit Schweden, Dänemark dadurch geschwächt.</p> <p>Die Versuche, Schweden wieder zurückzuerobern missglücken.</p>	<p>1621: Schweden erobert Livland (ungefähr das heutige Lettland und Estland) und nimmt den russischen Zugang zur Ostsee. Aufstieg Schwedens zur führenden Macht im Ostseeraum.</p> <p>1630: Schweden landen in Deutschland und greifen in den Dreißigjährigen Krieg gegen die Habsburger ein.</p> <p>Schwedens Handelspolitik begünstigt an der Ostsee den Transithandel von Niederländern und England.</p> <p>1675 in der Schlacht von Fehrbellin zerstört das aufsteigende Brandenburg/ Preußen zum ersten Mal das schwedische Heer</p>	<p>1700–1721: Nordischer Krieg hauptsächlich zwischen Schweden und Russland. Russisches Bündnis mit allen wichtigen Mächten (Polen, Dänemark, Livland). Russland drängt die schwedische Hegemonie im Ostseeraum zurück, erhält zeitweilig die Herrschaft über Finnland (Karelien), endgültig 1809 russisch beherrscht. 1703: Gründung Petersburg. Russland unter Peter I (genannt der Große) orientiert sich am europäischen Westen.</p>		
18. Jh.	<p>1710 Estland und Livland werden Teil von Russland.</p> <p><i>Die Baltische Spezialordnung</i> 1710-1882 gibt dem baltendeutschen Adel große Vorrechte in der Verwaltung des Landes.</p>	<p>Polen durch den Nordischen Krieg erheblich geschwächt (Schwedischer und sächsischer König kämpfen um den polnischen Thron).</p> <p>1772 Erste, 1793 zweite, 1795 dritte und letzte polnische Teilung. Preußen, Russland und Österreich teilen sich das polnische Gebiet auf, Russland bekommt Litgale, Kurland und Litauen</p>	<p>Brandenburg/ Preußen wird Großmacht in Deutschland</p>	<p>Dänemark verbündet im Nordischen Krieg mit Polen und Russland, keine Erfolge gegen Schweden.</p>				
	<p>17.–18. Jh. Die Hanse ist verschwunden, und die neuen Handelsmächte sind von 17. Jahrhundert ab England und die Niederlande, militärisch sind in Nord-Europa Schweden, später Russland und Preußen am stärksten. Russland wird im 18. Jh. eine neue Großmacht und hat die politische Entwicklung Europas bis zum heutigen Tage sehr stark beeinflusst.</p>							

Ostseegebiet vom 10. bis zum 20. Jh. Eine Chronologie

Zeit	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Deutschland	Dänemark	Schweden/ Norwegen	Finnland
19. Jh.	<p>1816–1819 wird die Leibeigenschaft in Estland und Lettland aufgehoben</p> <p>1829 Erste Dampferverbindung Reval-Lübeck</p> <p>Ca 1860–80 die Periode der Nationalbewegungen, die größere Rechte betreffend die Baltendeutschen bei der Verwaltung fordert.</p> <p>1857 erscheint das estnische Nationalepos „Kalevipoeg“</p> <p>Ca 1880–1918 Russifizierungspolitik</p>	<p>1815 wird nach dem Wiener Kongress ein „Kongresspolen“ geschaffen, das in Personalunion mit Russland steht.</p> <p>1830/31 Nationaler Aufstand in Polen und Litauen</p> <p>1861 die Leibeigenschaft in Polen, Litauen und Latgale wird aufgehoben</p> <p>Ca 1880–1918 Russifizierungs- und Germanisierungspolitik in den jeweils russischen und deutschen Gebieten</p>	<p>1806 Napoleon zerstört das Deutsch-Römische Kaiserreich</p> <p>1871: Gründung des Deutschen Reiches unter preußischer Hegemonie. Vorausgegangen war ein Krieg gegen Frankreich.</p> <p>1895: Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals („Kiel-Canal“) verkürzt den Seeweg in die Ostsee um 470 Kilometer.</p>	<p>Dänemark, das mit dem geschlagenen Frankreich unter Napoleon verbündet war, verliert 1814 Norwegen an Schweden. In Norwegen fand dies nur bedingt Zustimmung. Kurz zuvor war in Norwegen eine Verfassung verkündet worden, die von Schweden akzeptiert wurde und bis heute in Kraft ist.</p>	<p>1846: Die „Erikjansare“, eine christlich-fundamentalistische Sekte aus Schweden, emigriert als Gruppe in die USA.</p> <p>Bis 1930 wandern aus dem noch stark agrarisch geprägten Schweden ca. 1,2 Millionen Menschen in die USA aus. Die USA ist das Ziel der meisten Auswanderer, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert den Ostseeraum in großer Zahl verlassen.</p> <p>1850er Jahre: Der Skandinavismus versucht eine Einheitsbewegung in den nordischen Ländern zu entwickeln.</p>	<p>1809 Russland erobert Finnland von Schweden</p> <p>Finnland erhält Autonomie und steht als Großfürstentum in Personalunion mit Russland.</p> <p>1898 Beginn der Russifizierung</p>		

Ostseegebiet vom 10. bis zum 20. Jh. Eine Chronologie

Zeit	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Deutschland	Dänemark	Schweden/ Norwegen	Finnland
20. Jh.	<p>1906 Blutige Niederschlagung der Revolution im Baltikum</p> <p>Als Folge der russischen Revolution von 1917 zerfällt das russische Zarenreich in einem Bürgerkrieg, Finnland und Litauen werden im selben Jahr unabhängig, die Sowjetunion schließlich 1922 gegründet.</p> <p>1918: Estland und Lettland werden unabhängige Demokratien. Bürgerkrieg mit deutscher und sowjetischer Beteiligung. Polnische Republik gegründet.</p> <p>1920: Russisch-polnischer Krieg nach Angriff von Polen, Grenzen erst 1921 geregelt.</p> <p>Die neuen Staaten sind stark ökonomisch und politisch instabil.</p> <p>1926: Putsch unter Marschall Pilsudski in Polen, Errichtung einer autoritären Diktatur. Die drei baltischen Staaten werden ebenfalls zu autoritären Regimen: Litauen 1926, Estland und Lettland 1934.</p>				<p>1914–1918 Erster Weltkrieg. In der Folge wird die Monarchie gestürzt und die Weimarer Republik errichtet.</p> <p>1933 Die Nationalsozialisten kommen an die Macht und zerschlagen die Republik.</p>	<p>1914–1918: Erster Weltkrieg. Die skandinavischen Länder bleiben neutral, handeln aber mit allen kriegsführenden Ländern.</p>	<p>1905: Norwegen löst sich von Schweden und wird eigenständiges Königreich.</p>	<p>1906: Finnland reformiert nach der Revolution seinen Landtag und führt als erstes europäisches Land das Frauenwahlrecht ein.</p> <p>1917 Finnland wird unabhängig</p>
	<p>1939–1945 Der Zweite Weltkrieg erschüttert auch den Ostseeraum. Deutschland überfällt 1939 Polen, woraufhin England und Frankreich Deutschland den Krieg erklären. Polen wird zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt, 1940 werden die drei baltischen Staaten von der Sowjetunion annektiert. Norwegen und Dänemark werden 1940 von Deutschland besetzt. 1939/40 kommt es zwischen Finnland und der Sowjetunion zum sogenannten Winterkrieg. Finnland ist mit Deutschland verbündet und führt mit der Sowjetunion von 1941–44 einen zweiten Krieg mit der Sowjetunion. Schweden bleibt während des Krieges neutral. 1941 überfällt Deutschland die Sowjetunion und besetzt das Baltikum.</p> <p>Die Deutschen deportieren aus den allen besetzten Gebieten die Juden und ermorden sie systematisch. 1945 endet der Zweite Weltkrieg mit der totalen Niederlage Deutschlands, Deutschland wird zwischen den Siegermächten geteilt. Bald nach dem Ende zerbricht die „Anti-Hitler-Koalition“, und 1948 beginnt der Kalte Krieg zwischen Ost und West, der auch den Ostseeraum teilt.</p>							

Ostseegebiet vom 10. bis zum 20. Jh. Eine Chronologie

Zeit	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Deutschland	Dänemark	Schweden/ Norwegen	Finnland
20. Jh.	<p>1945: Ende des Zweiten Weltkrieges. Polnisches Gebiet verschoben von Osten nach Westen. Polen wird ein Satellitenstaat der Sowjetunion.</p> <p>1944-1953 Stalinistische Repression im Baltikum</p> <p>1989 „Singende Revolution“, in den baltischen Ländern. Am Tage der Besetzung des Baltikums durch die Sowjetunion bilden eine Million Menschen eine Menschenkette von Riga nach Vilnius. In Polen werden im Herbst freie Wahlen ermöglicht, die kommunistische Partei verliert die Macht.</p> <p>1990: Litauen tritt aus der Sowjetunion aus.</p> <p>1991: Auflösung der Sowjetunion, Estland und Lettland werden unabhängig</p> <p>1993–1994 Die russischen Truppen ziehen aus dem Baltikum ab.</p> <p>1995 Assoziierungsabkommen der baltischen Staaten mit der EU.</p>	<p>1949 DDR und BRD werden gegründet. Kalter Krieg.</p> <p>1951 BRD gründet die Montan-Union, Vorläufer der EU, mit fünf weiteren Ländern</p> <p>1968 Studierendenrevolte in der BRD.</p> <p>1990 Deutschland wird wiedervereinigt. Die Westgrenze Polens wird endgültig anerkannt.</p>	<p>1971 Dänemark tritt in die EG (später: EU) ein</p>	<p>1952: Nordischer Rat: Konsultativorgan der skandinavischen Länder; Pläne für eine Nordische Union sind nicht durchsetzbar.</p> <p>1995 Schweden tritt der EU bei</p>	<p>1948–91 Finnland im „Kalten Krieg“, neutral, enge ökonomische und politische Bindungen an die Sowjetunion</p> <p>1972–1974 tagt die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, (KSZE) in Helsinki. Die Schlussakte verpflichtet zur Einhaltung der Menschenrechte.</p> <p>1995 Finnland tritt der EU bei</p>			